

# **Ergebnisse Haushaltsberatungen HFBDP am 02.12.2021**

Lfd. Nr.	Antragsteller/Schrifführung					Fachdienststelle			HFBDP Beratungsergebnis am 02.12.2021	
	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage		Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
101	HFBDP	AUF	1101	OB	<p>VB 2 Produktgruppe 1101 Politische Gremien Einzelratsmitglieder, die keiner Gruppe oder Fraktion des Rates angehören, bekommen zusätzlich zu den kostenlosen Sachmitteln wie sie Fraktionen und Gruppen zustehen, 1/3 der Zuwendungen für die Geschäftsbedürfnisse der kleinsten im Rat vertretenen Fraktion. Die Regelung entspricht der Zuwendungsregelung für Gruppen, jedoch nur bezogen auf einen Anteil von 1/3 der Zuwendungen der kleinsten Fraktion anstatt 2/3 wie bei Gruppen.</p> <p>Begründung: Einzelmandatsträger bekommen Aufwandsentschädigungen, ihnen wird ein Büro gestellt, aber sie erhalten keine Mittel für ihre Geschäftsbedürfnisse, um sich mit Sachkompetenz für ihre Arbeit in Rat und Ausschüssen vor- und nachzubereiten. Ein Büro ist im digitalen Zeitalter verzichtbar – nicht aber die Erweiterung der Ressourcen für die Ratsarbeit, um sich auf die Kompetenz und Zusammenarbeit mit den sachkundigen Einwohnern, BürgerInnen und Experten zu stützen und um angemessene Öffentlichkeitsmittel für die Information über die Tätigkeit zu erstellen.</p>	x.				abgelehnt
102	HFBDP	SPD CDU	1103	OB	<p>PG 110301: Einrichtung einer Anti-Diskriminierungsberatungs- und Beschwerdestelle für Beschäftigte, Kundinnen und Kunden der Stadtverwaltung Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen folgende Zielvereinbarung in die PG 110301 aufzunehmen: Mittelfristige Ziele für den Planungszeitraum 2022 bis 2025: „Einrichtung einer Anti-Diskriminierungsberatungs- und Beschwerdestelle für Beschäftigte der Stadtverwaltung, Kundinnen und Kunden.“ Kurzfristige Ziele für das Planungsjahr 2022: „Erarbeitung eines Arbeitsplatzprofils, um Betroffenen im Sinne des AGG die schnelle und barrierearme Möglichkeit zu bieten, in Diskriminierungsfällen direkte und professionelle Unterstützung zu erhalten.“ Maßnahmen zur Zielerreichung: „Einrichtung einer Personalstelle für die Anti-Diskriminierungsberatungs- und Beschwerdestelle.“ Begründung: Diskriminierungen gehören auch in Gelsenkirchen zur gesellschaftlichen Realität und sind kein Randphänomen. Sie gehören zum Alltag der in Gelsenkirchener lebenden Menschen, aber auch zum beruflichen Alltag der 6700 Beschäftigten der Stadtverwaltung und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen. Überall dort, wo Menschen miteinander arbeiten, und im Kundenkontakt interagieren, kommt es zu unterschiedlichen Handlungsweisen, die sich aus unterschiedlichem Denken, Wahrnehmen, Fühlen oder Wollen sowie unterschiedlichen persönlichen Ressourcen und Stellungen in innerbetrieblichen/dienstlichen Hierarchien ableiten.</p>	x.				zugestimmt

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBDP Beratungsergebnis am 02.12.2021
103					Die daraus resultierenden Diskriminierungen betreffen das biologische Geschlecht, die Ethnische Herkunft oder rassistische Gründe, Religion oder Weltanschauung, das Alter, die Behinderung aber auch die sexuelle Identität. Mit der Einrichtung und öffentlichen Bekanntmachung einer kommunalen Antidiskriminierungsberatungs- und Beschwerdestelle wollen wir ein direktes Zeichen an die Bürger/innen, aber auch an die Beschäftigten setzen. In dem Wissen, dass soziale Konflikte und Diskriminierung überall vorkommen können, unter den Mitarbeitenden aber auch im Kundenkontakt, soll deutlich gemacht werden, dass wir diese ernst nehmen und uns aktiv dagegen verwehren. Bürger/innen und Beschäftigte der Stadtverwaltung erhalten eine feste Ansprechperson und Anlaufstelle, an die sie sich in entsprechenden Diskriminierungsfällen direkt und ggfls. anonym wenden können. Für Ratsuchende bedeutet dies, dass sie Unterstützung erhalten, unabhängig davon, aufgrund welchen Merkmals sie benachteiligt wurden. Dadurch, dass ihre Diskriminierungserfahrungen nicht automatisch auf ein Merkmal reduziert werden, können Mehrfachdiskriminierungen und Diskriminierungen aufgrund spezifischer Merkmalskombinationen (etwa Geschlecht und Herkunft) als eigenständige Phänomene erkannt und verstanden werden. Die Antidiskriminierungsstelle steht als eine niederschwellige Anlaufstelle allen Bürger/innen sowie Beschäftigten der Stadtverwaltung, die mittel- oder unmittelbar Opfer von Diskriminierung wurden, anonym beratend und entlastend zur Verfügung. Diese Antidiskriminierungsberatungs- und beschwerdestelle sollte auf Grund der hohen Synergien und den Erfahrungen die bereits andere Kommunen mit einer derartigen Stelle gemacht haben, in der Gleichstellungsstelle verortet werden und mit einer qualifizierten Vollzeitstelle besetzt werden.	x.				
104	HFBDP	SPD CDU	1108	2 6; PG 5201	PG 1108 + 5201: Personalkonzept Für die Entwicklung eines "Personalkonzeptes 2025" für die Bauverwaltung werden im Haushalt 25.000 € als externes Projektbudget eingestellt. Die Bau- und Personalverwaltung erarbeitet dabei - mit externer Unterstützung von Fachberatern - ein Personalkonzept, das die Attraktivität unter Berücksichtigung von Gehalt, Arbeitsplatz und Rahmenbedingungen sowie relevanten weiteren Faktoren auch im Marktumfeld beleuchtet und den Ratsgremien bis Mitte 2022 Handlungsvorschläge unterbreitet, um die unbefriedigende Situation nachhaltig zu verbessern.	x.				zugestimmt
105	HFBDP	SPD CDU	1108	2	PG 1108: Pilotprojekt Fachkarriere in der Stadtverwaltung Zur Aufstockung der Kapazitäten der Bauverwaltung wird ein „Pilotprojekt Fachkarriere in der Stadtverwaltung“ initiiert. Ziel ist die Attraktivität der Stadt Gelsenkirchen als Arbeitgeber deutlich zu erhöhen und die Personalressourcen in der Bauverwaltung zu steigern. Hierzu sind 10.000 € in den Haushalt einzustellen.	x.				zugestimmt

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBDP Beratungsergebnis am 02.12.2021
106	HFBDP	B90/Die Grünen	1108	2	Zur Sitzung des Haupt-, Finanz-, Beteiligungs-, Personal- und Digitalisierungsausschusses am 02.12.2021 stellt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rahmen des Haushaltsberatungsverfahrens folgenden Änderungsantrag: Änderungsantrag für die Produktgruppe 1108: 5701 VB1 – Stelle „Urbane Produktion“ in der Wirtschaftsförderung Die derzeit befristete Projektstelle „Urbane Produktion“ in der Wirtschaftsförderung wird bis zum 31.12.2022 fortgeführt. Die dafür notwendigen Personalkosten werden in den städtischen Haushalt eingestellt. Begründung: In den letzten Monaten haben die mit der Stelle verbundenen Aktivitäten eine beachtliche Außenwirkung erzielt, wertvolle Netzwerke gehoben und aufschlussreiche Daten gewonnen. Das Thema „urbane Produktion“ war nicht nur im Rahmen von TRANSURBAN in Schalke von Bedeutung, sondern auch im Zuge des Festivalsprogramms von „Walnuss & Gewebe“ zentraler Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzung mit dem Strukturwandel im Ruhrgebiet. Hier wächst ein zeitgemäßer und nachhaltiger Ansatz für den urbanen Lebensraum, der sich nicht nur auf das lokale Wirtschaften bezieht, sondern auch das Gemeinwohl vor Ort im Blick hat und die Identität der Stadt sowie der Region stärken kann. Von Nachhaltigkeit kann aber auch nur da gesprochen werden, wo Strukturen verstetigt werden, die über einen Projektzeitraum hinaus Prozesse begleiten können. Deshalb ist aus Sicht der grünen Fraktion eine Fortführung der Stelle <u>unbedingt geboten</u> .	x.				zugestimmt  Hinweis: Verlängerung der Stelle bis 31.12.2022.
107	HFBDP	AUF	1108	2	VB OB Produktgruppe 5703 Finanzbeziehungen zu sonstigen Beteiligungsunternehmen In der Nordsternparkpflege GmbH werden im Jahr 2022 fünf Stellen geschaffen, um Mitarbeiter aus zeitlich befristeten Maßnahmen / Verträgen im Rahmen der Beschäftigungsförderung in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren ggf. auch in Kooperation mit Gelsenendienste. Die Kosten dafür werden in den Haushalt eingestellt. Begründung: Damit soll für die Mitarbeiter eine Beschäftigungssicherung erreicht werden. Zeitlich befristete Maßnahmen, die jährlich und z.T. über längere Zeiträume jeweils verlängert werden, sind keine Zukunftsperspektive für die Mitarbeiter. Die Stadt sollte hier mit ihren Beteiligungsunternehmen als Vorbild fungieren.	x.				abgelehnt
108	HFBDP	AUF	1108	2	VB 2 Produktgruppe 1108 Personal- und Organisationsmanagement Der Rat der Stadt Gelsenkirchen fördert Maßnahmen für die Erhöhung der Ausbildungsquote, der Bereitstellung der dafür nötigen Räumlichkeiten und des Ausbildungspersonals mit dem Ziel der mittelfristigen schrittweisen Erreichung einer 10-prozentigen Quote für Ausbildung und Übernahme in den erlernten Beruf in der Kernverwaltung und in den städtischen Eigenbetrieben schrittweise bis zum Jahr 2026. Jugendliche Geflüchtete werden dabei berücksichtigt. Begründung: Die Auszubildenden stellen ein Potential dar für die Gewinnung von Personal für die unbesetzten Stellen, für den Verbleib in der Stadt entgegen einer hohen Personalfuktuation. Die Corona-Krise hat die ohnehin schwierige Ausbildungssituation für Gelsenkirchener Jugendliche noch weiter verschärft. Das erfordert besondere Maßnahmen. Eine Erhöhung der Auszubildendenzahl wurde bereits in den letzten Jahren positiv umgesetzt. Damit wird der besonderen Verantwortung als öffentlicher Arbeitgeber Rechnung getragen.	x.				abgelehnt

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
109	HFBPD	AUF	1109	2	<p>VB 2 PG 6101 Zentrale Finanzwirtschaft Der Gewerbesteuerhebesatz wird auf 530 Prozentpunkte angehoben. Begründung: 1. Die Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes bis auf 530 Prozentpunkte ist notwendig, um fehlende Einnahmen der Stadt zu ergänzen. Diese Erhöhung der Gewerbesteuerhebesatzes würde Mehreinnahmen von ca. 7,5 Mio brutto entsprechen. Damit ergibt sich die Finanzierungsmöglichkeit anderer dringlicher Ausgaben. 2. Laut Statistischem Bundesamt entscheiden sich Kapitalgesellschaften, Großunternehmen und andere Unternehmen weitgehend unabhängig vom Gewerbesteuerhebesatz für einen Standort. Entscheidend ist die Infrastruktur, Verkehrsanbindung usw. 3. Auch in anderen Industriestädten wie Oberhausen und Bottrop wurde der Gewerbesteuerhebesatz erhöht. Es ist nicht erkennbar, dass ein geringerer Satz bisher den Wirtschaftsstandort Gelsenkirchen stärken konnte – ebenso wenig, dass die letzten Anhebungen zu erheblichen Abwanderungen und Einbrüchen der Gewerbesteuer geführt hat. Der Gewerbesteuerhebesatz wurde in Gelsenkirchen zwischen 1981 und 2003 sukzessive um 130 Prozentpunkte erhöht, ohne dass aus diesem Grund eine Abwanderung der Industrie resultiert hätte.</p>	x.				abgelehnt
110					<p>4. Bei Einzelunternehmern ist die Gewerbesteuer bis zum 4-fachen des Gewerbesteuermessbetrag von der Einkommensteuer anzurechnen, so dass kleinere Einzelunternehmen bei einer Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatz nur gering belastet werden. Kapitalgesellschaften, die durch die Gewerbesteuer belastet werden, wurden in 2009 durch die drastische Senkung der Körperschaftssteuer deutlich entlastet. Der Steuersatz wurde zum 1.1.2008 von 5 auf 3,5% reduziert (Messbetragsermittlung). Die Anrechenbarkeit für Einzelunternehmer auf die festgesetzte Einkommenssteuer wurde zum 1.1.2008 vom 1,8 auf das 3,8fache erhöht. Bei Kapitalgesellschaften wurde die Körperschaftssteuer zum 1. 1. 2008 von 25 auf 15% reduziert, mit der Begründung, den Kommunen die Möglichkeit der Erhöhung der Hebesätze Gewerbesteuer zu geben. Die Gesamtsteuerbelastung der Kapitalgesellschaften liegt somit unter 30%, bei Einzelunternehmen 42% (ab 52.600 EUR Jahreseinkommen bzw. 45% ab 250.000 EUR). 5. Unternehmen, die keinen (einen niedrigen) Gewinn erzielen, zahlen dementsprechend niedrigere Gewerbesteuerbeiträge. Verluste können vor- und rückgetragen werden. 6. Eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes ist nicht abwegig, wie die optionale Erhöhung im Haushaltssanierungsplan auf 510% zeigte.</p>	x.				

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
111	HFBPD	SPD CDU B90/Die Grünen	1116	1, 6, 5, 4	PG 4101/1116: Pilotprojekt zur kostenlosen Bereitstellung von Menstruationshygieneartikel in Behörden, Schulen und öffentlichen Einrichtungen 1. Die Verwaltung wird beauftragt in einem Pilotprojekt an weiterführenden Schulen unterschiedlicher Schulform sowie in Bürgerämtern und weiteren öffentlichen Gebäuden, die kostenlose Ausgabe von Menstruationshygieneartikel einzurichten. Dafür werden hygienische und vandalismussichere Spender für Binden, Tampons und Desinfektionstücher, die eine kontrollierte Ausgabe ermöglichen, angeschafft und installiert. 2. In einer zweijährigen Pilotphase sollen Erfahrungen, Reaktionen und Kosten des Angebots mit einer wissenschaftlichen Evaluation ermittelt werden. 3. Für das Pilotprojekt sind 20.000 Euro im Haushalt der Stadt Gelsenkirchen einzustellen	x.				zugestimmt
112	AfG	SPD CDU	1116	1, 6, 5, 4	Produktgruppe 4101 + 1116 / Pilotprojekt zur kostenlosen Bereitstellung von Menstruationshygieneartikel in Behörden, Schule und öffentlichen Einrichtungen: 1. Die Verwaltung wird beauftragt in einem Pilotprojekt an weiterführenden Schulen unterschiedlicher Schulform sowie in Bürgerämtern und weiteren öffentlichen Gebäuden, die kostenlose Ausgabe von Menstruationshygieneartikel einzurichten. Dafür werden hygienische und vandalismussichere Spender für Binden, Tampons und Desinfektionstücher die eine kontrollierte Ausgabe ermöglichen, angeschafft und installiert. 2. In einer zweijährigen Pilotphase sollen Erfahrungen, Reaktionen und Kosten des Angebots mit einer wissenschaftlichen Evaluation ermittelt werden. 3. Für das Pilotprojekt sind 20.000 Euro im Haushalt der Stadt Gelsenkirchen einzustellen	x	zugestimmt		Grundsätzlich sind im Vorfeld zunächst die Rahmenbedingungen und der Umfang des zweijährigen Pilotprojektes abzustecken (u.a. Festlegung exemplarischer Standorte, Einholen von Angeboten, anfallende Kosten pro Standort für vandalismussichere Spender, Befüllungsmaterial, Reinigungskosten, Informationen zur praktischen Umsetzung anderer Kommunen etc.).  Neben GELSENDIENSTE wäre auch eine Einbindung und Begleitung des Referates Hochbau und Liegenschaften, des Referates Bildung sowie des Referates Gesundheit im Zuge des Pilotprojektes erforderlich, so dass sich zum weiteren Vorgehen zunächst ein Erörterungstermin, auch unter Beteiligung der antragstellenden Fraktion, anbieten würde. Hier könnte ggf. auch eine Vorauswahl hinsichtlich möglicher Standorte getroffen werden.  Eine Evaluation des Projektes wäre z.B. in der Form möglich, dass Angaben zu den entstehenden Kosten, Befüllungsintervallen oder möglichen Vandalismusschäden im Rahmen der zweijährigen Testphase ermittelt werden.	erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)
113	OPV	SPD CDU	1201	1	"KI meets Ordnung" - Modellprojekt Schulhof- und Spielplatzordnung Für die Umsetzung eines Modellprojektes im Jahr 2022 unter Beteiligung des Referates 32 und der Stabsstelle Vernetzte Stadt werden 60.000 € in den Haushalt eingestellt. Inhalt des Modellprojektes ist die Anbindung eines KI-basierten, autonomen Ansatzes an die vorhandenen Streifen- und Kontrollressourcen auf unseren Schulhöfen und Spielplätzen, um Vandalismus und verwandte Belästigungen zu reduzieren. Die Evaluierung und Auswahl geeigneter StartUps bzw. Technologien (bspw. Sensorik, IoT-Ansätze, 5G-Netzanbindung wenn nötig, etc.) mit der Stabsstelle Vernetzte Stadt und die Beteiligung der politischen Gremien am Modellprojekt sind Teil des Antrags.	x	zugestimmt		Im Hinblick auf einen zielgerichteten und ressourcenschonenden Personaleinsatz wird das Modellprojekt ausdrücklich befürwortet.	zugestimmt
114	OPV	SPD CDU	1201	1	Budget Präventionsrat Die finanziellen Mittel für die Präventionsarbeit sollen von 1.500 € auf 5.000 € angehoben werden.	x	zugestimmt		Der Antrag wird befürwortet. Die Budgeterhöhung unterstützt und fördert die Arbeit der Präventionsräte im Stadtgebiet.	zugestimmt
115	HFBPD	AfD	1201	1	Produktgruppe 1201, Kommunaler Ordnungsdienst  Unsere Anfrage zu Produktgruppe 1201 „Kommunaler Ordnungsdienst“ (Produkt 120101) wurde in der Stellungnahme im Ausschuss für Ordnung, Prävention und Verbraucherschutz beantwortet, allerdings leider nicht vollständig. Die AfD-Fraktion beantragt einen im Ermessen der Verwaltung zu ermittelnden Haushaltsansatz für einen 24/7-Betrieb des KOD, da wir die Notwendigkeit dafür bereits jetzt sehen. Die Kräfte aus dem Quartierservice sind darin zu integrieren, was bisher nicht der Fall ist. Auch sollten die Körperkameras (bevorzugt bei nächtlichen Einsätzen) für den KOD zeitnah beschafft und einkalkuliert werden.	x.				abgelehnt

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBDP Beratungsergebnis am 02.12.2021
116	HFBDP	AfD	1206	1	Produktgruppe 1206, Bußgelder Unsere Anfrage zu Produktgruppe 1206 „Bußgelder“ wurde in der Stellungnahme im Ausschuss für Ordnung, Prävention und Verbraucherschutz beantwortet, allerdings leider nicht vollständig. Die AfD-Fraktion beantragt, dass die Verwaltung im Hinblick der Haushaltstransparenz den Durchschnittssatz der Erhöhung der Bußgelder in Prozent ermittelt und diese Höhe noch im Haushaltsverfahren (als Mehreinnahmen) abbildet.	x.				abgelehnt
117	BV Süd	CDU	1207	1	Da die Einrichtung eines „Zebrastrifens“ in der Weindorfstraße skeptisch betrachtet wird, ist als Alternative eine Geschwindigkeitswarnanlage zu favorisieren. Diese Anlage kann stationär verbaut werden oder auch als mobile Anlage für den Gelsenkirchener Süden beschafft werden, wie seinerzeit schon für den Haushalt 2021 beschlossen.	x	zugestimmt		Derzeit befinden sich sechs Dialogdisplays im Besitz der Verwaltung. Eines im Bezirk West, eines im Bezirk Nord (hauptsächlich Bülseschule), eines für die Verkehrs AG Buer/Ost, eines im Bezirk Ost, eines im Bezirk Mitte sowie ein weiteres im Bezirk Süd (hauptsächlich für die Schulwegsicherung Nansenstraße). Es ist zu prüfen, ob das für den Bezirk Süd zur Verfügung stehende Display temporär auch an der Weindorfstraße zum Einsatz kommen kann. Die Kosten für die Anschaffung eines weiteren Dialogdisplays betragen ca. 6.500 €. Durch die Anschaffung würde ein personeller Mehraufwand entstehen (Anbringung an wechselnden Standorten, Wartung, Pflege sowie Auswertung der Messdaten).	zugestimmt <b>Hinweis:</b> <b>Antrag beziffert sich auf 6.000 € lt. CDU.</b>
118	HFBDP	FDP	1208	1 zzgl. PG1210, 1211	Bürgerbus, Konzepterstellung (HFBDP) 5.000 Euro In der Produktgruppe 1208/1210/1211: Um den Bürgerservice in den Stadtteilen dezentral zu verbessern, wird die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, um einen Bürgerbus einzusetzen, um Dienstleistungen der Verwaltung vor Ort bürgernah anzubieten. Dazu sollen 5000 Euro in den Haushalt eingestellt werden. Der Bus soll seniorenfreundlich gestaltet sein und die Bedürfnisse von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen berücksichtigen. Die Mitarbeiter sollten ämterübergreifend alle Dienstleistungen von der Meldebescheinigungen über den Personal- und Führerschein, Wohngeldanträge sowie Kfz-, Um- und Abmeldungen in einem solchen Bus anbieten.	x.				zugestimmt

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
119	HFBPD	FDP	1208	1 zzgl. PG1210, 1211	Die FDP-Ratsfraktion stellt folgenden Zielvereinbarungsantrag zum Haushaltsaufstellungsverfahren 2022 in der Sitzung HFBPD am 2.12.2021: In der Produktgruppe 1208/1210/1211: Bürgerbus Um den Bürgerservice in den Stadtteilen dezentral zu verbessern, wird die Verwaltung beauftragt, die Voraussetzungen zu prüfen, einen Bürgerbus einzusetzen, um Dienstleistungen der Verwaltung vor Ort bürgernah anzubieten? Der Bus soll seniorengerecht gestaltet sein und die Bedürfnisse von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen berücksichtigen. Die Mitarbeiter sollten ämterübergreifend alle Dienstleistungen von der Meldebescheinigung über den Personal- und Führerschein, Wohngeldanträge sowie Kfz-, Um- und Abmeldungen in einem solchen Bus anzubieten. Hierzu sollte die Verwaltung im Jahr 2022 ein entsprechendes Konzept unter Berücksichtigung der rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen erstellen. Begründung: Die momentanen Probleme in der Führerscheinstelle der Stadt Gelsenkirchen machen es deutlich, dass der Bürgerservice erweitert werden muss. Für ältere Einwohner und vor allem für die Bewohner:innen der 18 Gelsenkirchener Stadtteile sind die Wege zur Verwaltung oY schwierig und lang. Der Bürgerbus könnte die Arbeit in den Ämtern entlasten. Er muss nicht täglich unterwegs sein. Garantiert werden sollte aber zumindest der Besuch des Stadtteils einmal im Monat. In den Wintermonaten könnte man das Projekt bedarfsorientiert planen also nur nach voriger Anmeldung losfahren.	x.				erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)
120	HFBPD	AfD	1212	1	Produktgruppe 1212, Sicherheitsausstattung Ausländerbehörde / Kostentransparenz  Unsere Anfrage zu Produktgruppe 1212 „Sicherheitsausstattung Ausländerbehörde“ wurde in der Stellungnahme im Ausschuss für Ordnung, Prävention und Verbraucherschutz beantwortet, allerdings leider nicht vollständig. So fehlen Ausführungen zu den angefragten finanziellen Mehraufwendungen. Die AfD-Fraktion beantragt im Hinblick auf die Kostentransparenz die Aufschlüsselung der Haushaltsansätze für die privaten Sicherheitsdienste und die Schutzausrüstung im weitesten Sinne bei der Ausländerbehörde sowie beim Jobcenter. Da das Jobcenter als gemeinsame Einrichtung betrieben wird, bitten wir hier um die Abbildung der Kosten, die anteilig auf die Stadt Gelsenkirchen entfallen.	x.			abgelehnt	
121	HFBPD	AfD	1212	1	Produktgruppe 1212, Sicherheitsausstattung Ausländerbehörde / Bereitstellung zusätzlicher Mittel  Die AfD-Fraktion beantragt, Maßnahmen zur Stärkung des Sicherheitsgefühls in der Ausländerbehörde und der Agentur für Arbeit in Gelsenkirchen zu ergreifen und finanzielle Mehraufwendungen für den Einkauf von weiterer Security-Unterstützung, Ausbau bereits vorhandener Sicherheitsmaßnahmen u. a. auch an der Pforte bereitzustellen. Die AfD-Fraktion fordert, dafür Mittel in Höhe von 40.000 € in den Haushalt einzuplanen.	x.			abgelehnt	

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
122	HFBPD	SPD CDU FDP	2101	4 zzgl. PG 3601 1: PG 5502 6: PG 1110	Grünflächenkonzept für Gelsenkirchener Schulhöfe und Kindergärten Die Verwaltung stellt 2022 ein Konzept vor, wie die Gelsenkirchener Schulhöfe und Kindergärten unter folgenden Gesichtspunkten verändert werden können: 1. Entsiegelung und Begrünung von Freiflächen an den Gelsenkirchener Schulen und Kindergärten 2. Einbindung der Schulhöfe und der Außenflächen der Kindergärten in das 1000 Bäume Programm der Stadt Gelsenkirchen 3. Unterstützung der Gremien der Schulen und Kindergärten bei der Realisierung von Projekten wie z.B. die Anlage von Schulgärten, Bienenschutz, Aufstellung von Insektenhotels oder Hochbeeten. Die ersten Maßnahmen sollen bereits 2022 realisiert werden und dafür werden 20.000 Euro in den Haushalt eingestellt. Zusätzlich prüft die Verwaltung externe Fördermittel.	x.			zugestimmt	
123	AfB	SPD CDU FDP	2101	4 zzgl. PG 3601 1: PG 5502 6: PG 1110	Grünflächenkonzept für Gelsenkirchener Schulhöfe und Kindergärten Die Verwaltung soll 2022 ein Konzept vorstellen, wie die Gelsenkirchener Schulhöfe und Kindergärten unter folgenden Gesichtspunkten verändert werden können: 1. Entsiegelung und Begrünung von Freiflächen an den Gelsenkirchener Schulen und Kindergärten 2. Einbindung der Schulhöfe und der Außenflächen der Kindergärten in das 1000 Bäume Programm der Stadt Gelsenkirchen 3. Unterstützung der Gremien der Schulen und Kindergärten bei der Realisierung von Projekten wie z.B. die Anlage von Schulgärten, Bienenschutz, Aufstellung von Insektenhotels oder Hochbeeten. Die ersten Maßnahmen sollen bereits 2022 realisiert werden und dafür werden 20.000,00 € in den Haushalt eingestellt. Zusätzlich prüft die Verwaltung externe Fördermittel.	x	zugestimmt	Zu 1. Die Entsiegelung und die Begrünung von Freiflächen an den Schulen und Kindergärten ist von verschiedenen Rahmenbedingungen abhängig (z. B. Beschaffenheit und Mächtigkeit des Oberbaus). Darüber hinaus ist die zukünftige Nutzung einer solchen Fläche, z. B. als Gehölz-, Rasen- oder Spielfläche im Vorfeld zu prüfen. Zu 2. Eine Einbindung ist derzeit in Planung. Zu 3. Der Aufwand hängt vom tatsächlichen Bedarf ab und kann zurzeit nicht beziffert werden. Eine Entsiegelung einschl. der Entsorgung des anfallenden Materials sowie Begrünungsmaßnahmen etc. verursachen selbstverständlich Kosten, deren Höhe vom Aufwand und Umfang abhängt und daher nicht bezifferbar ist.	erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)	
124	HFBPD	SPD CDU B90/Die Grünen	2101	4	PG 2101: Jedem Schulkind ein Tablet bis 2025. Unser Weg zur schulischen Digitalisierung. Die Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen beantragen zur weiteren digitalen Versorgung aller Schülerinnen und Schüler mit mobilen Endgeräten, der notwendigen Software, pädagogischen Schulungen für Lehrende und unterstützendes Personal für das Haushaltsjahr 2022 100.000,- € in den Haushalt einzustellen. Begründung: Der Stellungnahme der Verwaltung ist zu entnehmen, dass der Prozess der Versorgung mit Tablets in einer Größenordnung von 12.500 Stück bereits begonnen wurde. Das ist zweifellos ein richtiger Ansatz. Da der Bedarf mit 23.100 Geräten weiterhin immens hoch ist und die Durchführung des Homeschoolings insbesondere in der Pandemie ohne entsprechende Geräte für die Schülerinnen und Schüler nicht möglich war und ist, bedarf es dringend weiterer mobiler Endgeräte. Eine mögliche Finanzierung über Förderprogramme wie „REACT-EU“ sowie die Ausstattungsoffensive des Bundes wäre sachdienlich und notwendig im Sinne bester Bildungschancen. Die Notwendigkeit der Anschaffung dieser mobilen Endgeräte ergibt sich außerdem aus dem Umstand, dass in den nächsten Jahren die Schulbuchverlage ihr bisher in gedruckter Form vertriebenes Lehrmaterial zunehmend nur noch in digitaler Form vertreiben werden und die Nutzung ohne ein entsprechendes Endgerät für die Kinder dann nicht mehr möglich sein wird.	x.			zugestimmt	

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
125	AfB	SPD CDU	2101	4	Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen zur weiteren "digitalen" Versorgung aller Schülerinnen und Schüler mit "mobilen Endgeräten und der notwendigen Software" für die Haushaltsjahre 2022 bis 2025 jeweils 100.000,00 Euro in den Haushalt einzustellen. Begründung: Der Stellungnahme der Verwaltung ist zu entnehmen, dass der Prozess der Versorgung mit Tablets in einer Größenordnung von 12.500 Stück bereits begonnen wurde. Das ist ein richtiger Ansatz. Ob die Finanzierung über die Förderprogramme "React-EU" sowie über die Ausstattungsoffensive möglich ist, ist längst nicht geklärt. Da der Bedarf mit 23.100 Geräten weiterhin immens hoch ist und die Durchführung des Home-Schooling, insbesondere in der Pandemie, ohne entsprechendes Gerät für die Schülerinnen und Schüler nicht möglich war und ist, ist ein Abwarten über die Finanzierung weiterer Tablets über etwaige Fördertöpfe in der Sache nicht gerade förderlich. Die Notwendigkeit der Anschaffung dieser Endgeräte ergibt sich außerdem aus dem Umstand, dass in den kommenden 5 - 6 Jahren die Schulbuchverlage ihr bisher in gedruckter Form vertriebenes Lehrmaterial ausschließlich in digitaler Form verteilen werden und die Nutzung ohne ein entsprechendes Endgerät für die Kinder dann nicht mehr möglich sein wird. Die Stadt als kommunaler Schulträger ist verantwortlich dafür, allen Kindern in unserer Stadt bestmögliche Bildungschancen unter modernsten Gesichtspunkten möglich zu machen. Dies ist nach Auffassung der Koalitionäre ein guter und wichtiger Baustein. Natürlich muss angesichts der Höhe der Kosten insgesamt die Co-Finanzierung durch Bund und Land eruiert werden. Alle weiteren Schritte, z. B. wann und in welchen Schritten welche Jahrgangsstufen ausgestattet werden, soll durch ein	x	zugestimmt		Die neuen Förderprogramme "Digitale Ausstattungsoffensive" und "REACT-EU" können für die Beschaffung weiterer Endgeräte für die Schulen genutzt werden; Ziel ist hier eine 1:1 - Ausstattung. Je Gerät dürfen höchstens 500 € verausgabt werden; ob dieser Betrag ausreichen wird, kann erst nach erfolgter Ausschreibung festgestellt werden.	<i>erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)</i>
126					Die Stadt als kommunaler Schulträger ist mitverantwortlich dafür, allen Kindern in unserer Stadt beste Bildungschancen unter modernsten Gesichtspunkten zu ermöglichen. Der Ausbau der schulischen Digitalisierung ist ein notwendiger Baustein. Natürlich muss angesichts der Höhe der Kosten insgesamt die Co-Finanzierung durch Bund und Land eingeholt werden. Alle weiteren Planungsschritte, z.B. wann und in welchem Umfang welche Jahrgangsstufen an welchen Schulen ausgestattet werden, soll durch ein entsprechendes Konzept unterlegt werden.	x.				
127	HFBPD	SPD CDU B90/Die Grünen	2101	4	PG 2101: Jedem Schulkind ein Tablet bis 2025. Unser Weg zur schulischen Digitalisierung. (Zielformulierung)  Aufnahme des mittelfristigen Ziels 2022-2025: „Alle Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Gelsenkirchener Schulen sind mit mobilen Endgeräten ausgestattet. Die benötigte Software ist vorhanden, regelmäßig finden pädagogische Schulungen für Lehrende statt und notwendiges Personal steht zur Verfügung. Hierdurch werden alle Gelsenkirchener Schulen in ihrer digitalen Autonomie unterstützt.“	x.				zugestimmt
128	HFBPD	SPD CDU B90/Die Grünen	2101	4 2: PG 1108	PG 21010: Digitale Autonomie (Zielformulierung)  Aufnahme des mittelfristigen Ziels 2022-2025: „Das dafür notwendige Personal, wie beispielsweise ein Chief Information Officer (CIO), steht zur Verfügung und unterstützt alle Gelsenkirchener Schulen in ihrer digitalen Autonomie durch entsprechende Umsetzungskonzepte.“	x.				zugestimmt

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBDP Beratungsergebnis am 02.12.2021
129	AfB	B90/Die Grünen	2101	4	Haushalts-Änderungsantrag Mittelfristige Ziele (konsumtiv) 2022 - 2025, PG 2101, Produkt 210101 (Ergänzung als Satz 2) Das dafür notwendige Personal, wie beispielsweise ein Chief Information Officer (CIO), steht zur Verfügung und unterstützt alle Gelsenkirchener Schulen in ihrer digitalen Autonomie durch entsprechende Umsetzungskonzepte.	x	zugestimmt		Der Ansprechpartner für die Schulen ist der Leiter der Abteilung "Informationstechnik, Digitalisierung und Medienentwicklung" des Referates Bildung. Die Zielsetzung wird begrüßt.	<b>erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)</b>
130	HFBDP	SPD CDU B90/Die Grünen	2101	4	PG 2101: Einstellung von 10.000 € für Studie zur Evaluation der Wirkung von Fördermaßnahmen bei Schulformwechslern in Gelsenkirchen Die Anzahl der Schulformwechsler in Gelsenkirchen ist signifikant hoch. In einer wissenschaftlich begleiteten Studie soll deshalb evaluiert werden, wie wirksam die Maßnahmen bzgl. der individuellen Förderung zur Vermeidung von Schulformwechseln sind. Bei der Untersuchung sollen insbesondere auch betroffene Eltern sowie Schülerinnen und Schüler befragt werden, um die Gründe für die Schulformwechsel zu analysieren und geeignete Handlungsempfehlungen zur Verminderung der Zahl von Schulformwechseln daraus abzuleiten. Auch die aktuellen Einflussfaktoren und Rahmenbedingungen wie die CORONA-Pandemie und der Lehrkräfte- sowie Schulraummangel in Gelsenkirchen sollen für diese evidenzbasierte Analyse einbezogen werden. Die so evaluierten Ergebnisse und Handlungsempfehlungen sollen den Gelsenkirchener Schulen als Unterstützung für die Weiterentwicklung ihrer pädagogischen Konzepte bzgl. individueller Förderung zur Verfügung gestellt werden, um die Zahlen der Schulformwechsler nachhaltig zu vermindern. Für diese wissenschaftliche Untersuchung werden 10.000 Euro in den Haushalt 2022 einge stellt.	x.				<b>zugestimmt</b>
131	AfB	SPD CDU B90/Die Grünen	2101	4	Einstellung von 10.000 € für Studie zur Evaluation der Wirkung von Fördermaßnahmen bei Schulformwechslern in Gelsenkirchen Die Anzahl der Schulformwechsler in Gelsenkirchen ist signifikant hoch. In einer wissenschaftlich begleiteten Studie soll deshalb evaluiert werden, wie wirksam die Maßnahmen bzgl. der individuellen Förderung zur Vermeidung von Schulformwechseln sind. Bei der Untersuchung sollen insbesondere auch betroffene Eltern sowie Schülerinnen und Schüler befragt werden, um die Gründe für die Schulformwechsel zu analysieren und geeignete Handlungsempfehlungen zur Verminderung der Zahl von Schulformwechseln daraus abzuleiten. Auch die aktuellen Einflussfaktoren und Rahmenbedingungen wie die CORONA-Pandemie und der Lehrkräfte- sowie Schulraummangel in Gelsenkirchen sollen für diese evidenzbasierte Analyse einbezogen werden. Die so evaluierten Ergebnisse und Handlungsempfehlungen sollen den Gelsenkirchener Schulen als Unterstützung für die Weiterentwicklung ihrer pädagogischen Konzepte bzgl. individueller Förderung zur Verfügung gestellt werden, um die Zahlen der Schulformwechsler nachhaltig zu vermindern. Für diese wissenschaftliche Untersuchung werden 10.000 Euro in den Haushalt 2022 einge stellt.	x	zugestimmt		Kurzfristig kann keine Aussage getroffen werden, ob die Mittel für eine Beauftragung der Studie ausreichen. Da die Studie die innerschulischen Angelegenheiten beeinflussen wird, ist zwingend eine vorherige Beteiligung und Zustimmung der oberen und unteren Schulaufsicht zu organisieren.	<b>erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)</b>

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
132	AfB	SPD CDU	2101	4	Die Verwaltung legt dem Ausschuss für Bildung jeweils im Herbst eines Jahres alle Planungen und Maßnahmen vor, die im Zusammenhang mit der Planung, Bereitstellung und Unterhaltung von Gebäuden, Turnhallen und Schulanlagen stehen. Der Ausschuss für Bildung legt daraufhin eine Prioritätenliste fest. Abweichend von diesem Verfahren legt die Verwaltung für das Haushaltsjahr 2022 dem Ausschuss für Bildung alle Planungen in der ersten Sitzung des Ausschusses im Jahr 2022 vor.	x	zugestimmt		Eine ausschließlich für den AfB vorgelegte Liste mit anschließender Prioritätsentscheidung der Politik erscheint angesichts der vielfältig erforderlichen Maßnahmen bezüglich städtischer Einrichtungen und vorstandsbereichsübergreifender notwendiger Abstimmungen nicht zielführend.	<b>zugestimmt</b> <b>Hinweis:</b> <b>Letzter Satz des Antragstextes soll gestrichen werden lt. SPD/CDU.</b>
133	HFBPD	AfD	2101	4 2: PG 1108	Schulassistenten  Wie uns allen bekannt ist bzw. zumindest sein sollte, wird in der Institution Schule die Arbeit von verschiedensten Berufsgruppen zusammengeführt, denn unsere Bildungseinrichtungen bestehen nicht ausschließlich aus der pädagogischen Arbeit der Lehrkräfte. Im Hintergrund der reinen Unterrichtszeit verbirgt sich eine Vielzahl von weiteren Aufgabenbereichen wie z.B. Verwaltung, organisatorische Aufgaben sowie die Koordination von Schulklassen und Lehrern.  In der jüngsten Vergangenheit begann man in Nordrhein-Westfalen mit dem vereinzelten Einsatz von Schulverwaltungsassistenten, um gerade das Lehrpersonal von dem mit dem Schulbetrieb einhergehenden Verwaltungsaufwand zumindest teilweise zu befreien. Arbeitsabläufe werden professionalisiert und strukturiert, Lehrer und insbesondere die Schulleitung werden entlastet und können sich auf ihre eigentlichen Aufgaben und pädagogischen Kernkompetenzen konzentrieren. Durch diese Maßnahme ist plausiblerweise eine spürbare Steigerung der Schul- bzw. Unterrichtsqualität zu erwarten.  Angesichts der nunmehr endlich spürbar fortschreitenden Digitalisierung des Schulbetriebs sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt viel zu viele mit dieser Innovation einhergehende Tätigkeiten nach wie vor bei den Lehrkräften verortet.	x.			<b>abgelehnt</b>	
134					Die wertvolle Arbeitszeit von verhältnismäßig hoch dotierten Studienräten und anderen Lehrkräften sollte mit der Gestaltung der Unterrichtsstunde ausgefüllt werden und nicht für die Wartung und von technischem Gerät. Darüber hinaus wird ebenfalls häufig der Unterricht durch nicht funktionierende Peripheriegeräte, z.B. Drucker, Projektoren und Dokumentenkameras gestört, und viel von der ohnehin sehr begrenzten und kostbaren Zeit geht verloren.  Hinzu kommt, dass der landes- bzw. bundesweite Mangel an personellen Ressourcen im Bildungsbereich sich insbesondere auf die Besetzung von Schulleiterstellen auswirkt. Auch hier sind kreative Maßnahmen dringend gefragt, der Einsatz von Schulassistenten ist ohne Zweifel eine davon.  Der Einsatz von Schulassistenten ist nach Ansicht der AfD-Fraktion die optimale Maßnahme, um die Instandhaltung von mechanischen, elektronischen sowie elektrischen Lehrmitteln sowie ggf. für die Vorbereitung von naturwissenschaftlichen Versuchen oder die Erstellung und Vorbereitung von Übungsstücken im technischen Unterricht sowie die Einrichtung und Wartung von Dokumentenkameras, Druckern, Whiteboards und vergleichbarer Peripheriegeräte zu gewährleisten.	x.				

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBDP Beratungsergebnis am 02.12.2021
135					<p>Aus den genannten Gründen beantragt die AfD-Ratsfraktion, für die Einstellung bzw. Beschäftigung von Schulasistenten für den technischen Support und die direkte Unterstützung von Lehrkräften bei der Unterrichtsvorbereitung ein zusätzliches Budget in Höhe von 350.000,- Euro im Haushalt vorzusehen, sodass jede weiterführende Schule in Gelsenkirchen unterhalb einer Anzahl von eintausend Schülern jeweils einen Schulasistenten erhält, und pro 800 weitere Schüler jeweils einen Schulasistenten zusätzlich.</p> <p>Aus gegebenem Anlass, nämlich der Antwort der Verwaltung auf unsere Haushaltsanfrage im Ausschuss für Bildung, teilen wir Ihnen sicherheitshalber mit, dass, wenn die AfD-Fraktion die Bezeichnung „Schulasistenten“ verwendet, diese grundsätzlich auch tatsächlich Schulasistenten meint, und nicht etwa Schulverwaltungsassistenten. Dass letztere im Zuständigkeitsbereich des Landes NRW liegen, geht mittelbar aus unserem vorstehenden Antragstext hervor (die diesbezügliche Belehrung in der verwaltungsseitigen Stellungnahme zu unserer Haushaltsanfrage war insofern unnötig).</p> <p>Quellen: 1) <a href="https://deutsches-schulportal.de/schulkultur/schulen-ohne-leitung-teilzeitmodell-soll-helfen/">https://deutsches-schulportal.de/schulkultur/schulen-ohne-leitung-teilzeitmodell-soll-helfen/</a>; 2) <a href="https://berufenet.arbeitsagentur.de/berufenet/faces/index;BERUFENETJSESSIONID=V3o7U2cMzK-ay1qe1ZOMPb0ROkO1ZjRpKKNaCggFXCUjuoHnSd31-969411068?path=null/suchergebnisse/kurzbeschreibung&amp;dkz=9342">https://berufenet.arbeitsagentur.de/berufenet/faces/index;BERUFENETJSESSIONID=V3o7U2cMzK-ay1qe1ZOMPb0ROkO1ZjRpKKNaCggFXCUjuoHnSd31-969411068?path=null/suchergebnisse/kurzbeschreibung&amp;dkz=9342</a></p>	x.				
136	AFB	SPD CDU	2102	4	<p>Änderung kurzfristiges Ziel in der Produktgruppe 2102 Post-Corona-Strategie für Gelsenkirchen</p> <p>Die Corona-Pandemie hat das Leben von Kindern, Jugendlichen und Eltern stark verändert. Durch die Schließung von Schulen und Kindergärten standen Familien vor großen Herausforderungen, die sozialen Kontakte der Kinder und Jugendlichen brachen weg. Die Bildungschancen der Jugendlichen in Gelsenkirchen wurden durch die Corona-Pandemie stark beeinträchtigt. Starke Schüler und Schülerinnen wurden nicht stärker, schwache Schülerinnen und Schüler aber schwächer. Die Bildungsgerechtigkeiten werden nun deutlich sichtbar. Die Stadt Gelsenkirchen entwickelt in einer vorstandsbereichsübergreifenden Arbeitsgruppe eine Post-Corona-Strategie, um Kinder, Jugendliche und Familien in den Bereichen Bildung, Jugendhilfe und Gesundheit zu unterstützen. In dieser Arbeitsgruppe werden auch alle Fördermaßnahmen von Bund und Land wie z.B. „Aufholen nach Corona“ und „Ankommen nach Corona“ gebündelt.</p> <p>Mit der Post-Corona-Strategie sollen Kinder, Jugendliche und Familien sowohl kurz wie auch langfristig geholfen werden. Die freien Träger, die örtlichen Krankenhausträger und Ärzte werden in die Post-Corona-Strategie eingebunden. Die pandemiebedingten Folgen werden damit durch die Stadt Gelsenkirchen systematisch und zielgerichtet zum Wohle der Kinder, Jugendlichen und Familien in unserer Stadt angegangen.</p>	x	zugestimmt		Eine Arbeitsgruppe auf Vorstandsbereichsebene existiert bereits. Diese realisiert systematisch und zielgerichtet die vorhandenen Förderprogramme. Bei der weiteren Umsetzung werden die notwendigen Träger einbezogen.	zugestimmt

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
137	HFBDP	AfD	2102	4	Produktgruppe 2102, Seepferdchen-Prämie Unsere Anfrage zu Produktgruppe 2102 „Seepferdchen-Prämie“ wurde in der Stellungnahme im Ausschuss für Bildung beantwortet, allerdings leider nicht vollständig. Die AfD-Fraktion beantragt einen Haushaltsansatz für eine „Seepferdchen-Prämie“, mit der alle Leistungsberechtigten Kinder mit Hauptwohnsitz in Gelsenkirchen, die die Schwimmreifen „Seepferdchen“ vor dem Besuch der dritten Klasse einer Grundschule erlangen, eine einmalige Jahreskarte für Gelsenkirchener Schwimmbäder erhalten. Das Volumen des Haushaltstitels wird dem Ermessen der Verwaltung anheimgestellt.	x.				abgelehnt
138	HFBDP	SPD CDU B90/Die Grünen	2501	4	PG 2501: StreetArt made in Gelsenkirchen Die Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragen 50.000 Euro für Streetart-Projekte (Graffiti- und Fassadenkunst) in den Haushalt einzustellen. Die Mittel sollen für die Gestaltung von Graffiti- und Fassadenkunst im öffentlichen Raum verwendet werden für. Hierbei sollen Wünsche der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt und durch die eingestellten Mittel auch eine Gestaltung auf privaten, gut sichtbaren Flächen ermöglicht werden. Ziel ist es, durch bunte Fassaden, Stromkästen etc. eine spürbare Aufwertung einzelner, vom Strukturwandel besonders betroffener Quartiere zu erreichen. Begründung: In den vergangenen Jahren sind jährlich Mittel für die Förderung von Graffiti-Kunst z.B. auf Stromverteilerkästen im Haushalt bereitgestellt worden. Aufgrund der positiven Resonanz sowohl bei Künstlerinnen und Künstler als auch in der Bevölkerung wurde der Betrag jeweils mit den Jahren angehoben. Zugleich sind an unterschiedlichen Stellen der Stadt, wie z.B. der Betonwand an der Kurt-Schumacher-Straße Höhe Bergmannsheil oder an der neuen Unterführung Bismarck, größere Objekte von Graffiti-Kunst entstanden. Zielsetzung muss aus Sicht der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sein, diese Aktionen fortzusetzen.	x.				zugestimmt
139	KTuS	SPD CDU	2501	4	StreetArt made in Gelsenkirchen Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen 50.000 Euro für Streetart-Projekte (Graffiti- und Fassadenkunst) in den Haushalt einzustellen. Die Mittel sollen für die Gestaltung von Graffiti- und Fassadenkunst im öffentlichen Raum verwendet werden für. Hierbei sollen Wünsche der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt und durch die eingestellten Mittel auch eine Gestaltung auf privaten, gut sichtbaren Flächen ermöglicht werden. Ziel ist es, durch bunte Fassaden, Stromkästen etc. eine spürbare Aufwertung einzelner, vom Strukturwandel besonders betroffener Quartiere zu erreichen. Begründung: In den vergangenen Jahren sind jährlich Mittel für die Förderung von Graffiti-Kunst z.B. auf Stromverteilerkästen im Haushalt bereitgestellt worden. Aufgrund der positiven Resonanz sowohl bei Künstlerinnen und Künstler als auch in der Bevölkerung wurde der Betrag jeweils mit den Jahren angehoben. Zugleich sind an unterschiedlichen Stellen der Stadt, wie z.B. der Betonwand an der Kurt-Schumacher-Straße Höhe Bergmannsheil oder an der neuen Unterführung Bismarck, größere Objekte von Graffiti-Kunst entstanden. Zielsetzung muss aus Sicht der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion sein, diese Aktionen fortzusetzen.	x	zugestimmt		Die Kosten für Objektgestaltungen liegen zwischen 6.000 € und 15.000 €. Mit einem Budget von 50.000 € könnten somit jährlich drei bis fünf Gestaltungsprojekte durchgeführt werden. Die Maßnahmen müssen in Zusammenarbeit mit der Stadterneuerungsgesellschaft Gelsenkirchen koordiniert werden.	erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
140	HFBPD	SPD CDU B90/Die Grünen	2501	4	PG 2501: Kompensation Kulturcent Die Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragen zur Kompensation des Kulturcentents 30.000 Euro in den Haushalt einzustellen.	x.				zugestimmt
141	KTuS	SPD CDU	2501	4	Bezuschussung Anmietung Kiezschuppen durch den Verein Insane Urban Cowboys and -girls e.V. Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen Haushaltsmittel in Höhe von 5.000 Euro für die Insane Urban Cowboys and -girls e.V. als einmalige strukturelle Zuschussung für Anmietung und die entsprechenden kulturellen Angebote im Kiezschuppen in den Haushalt einzustellen. Begründung: Mit Beginn des Kalenderjahrs 2022 werden die Insane Urban Cowboys and -girls e.V. den Kiezschuppen (Bochumer Str. 138) anmieten und dort mit Vereinen und kulturellen Organisationen aus dem Revier ein regelmäßiges Angebot realisieren. Für die Anschubfinanzierung und die finanzielle Absicherung des Vereins sollen im Haushaltsjahr 2022 einmalig 5.000 Euro als strukturelle Förderung eingestellt werden.	x	zugestimmt		Anmietung und Betrieb des Kiezschuppen durch den Verein IUC wird mit Nachdruck begrüßt, dies kann auch zu weiteren Impulsen für Kulturinitiativen und einzelnen Projekten in Gelsenkirchen führen (Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements, Belebung der Kulturlandschaft).	zugestimmt
142	BV Ost	SPD	2501	4	Die SPD-Bezirksfraktion beantragt, Stromkästen im Bezirk Ost im Umfangsvolumen von 5.000 € bemalt werden können. Begründung: Die diversen Strom- und Schaltkästen werden regelmäßig durch hässliche Besprühungen verunstaltet. Es wurde die Erfahrung gemacht, dass bemalte Kästen nicht übersprüht werden. Um das Stadtbild zu verbessern, sollen weitere Stromkästen bemalt werden.	x	zugestimmt		Die Gestaltung von Strom- und Schaltkästen ist in der Vergangenheit erfolgreich umgesetzt und von der Bevölkerung positiv aufgenommen worden. Die Gestaltung muss allerdings im Vorfeld mit den jeweiligen Betreibern abgestimmt werden.	zugestimmt
143	HFBPD	WIN	2501	4	Änderungsantrag im HFBPD am 02.12.2021 – Open Air Kino auf der großen Wiese am Berger See (Anfrage KtuS Lfd. Nr. 12/13)  Für das Durchführen eines drei tägigen, kostenlosen Open Air Kinos auf der großen Wiese am Berger See sollen in den Haushalt 2022 30.000 € eingestellt werden. Dabei soll, wie es die Verwaltung vorschlägt, ein populäres Programm angeboten werden, wo gesellschaftliche, soziale, kulturelle und geschichtliche Themen wie Vielfalt, Inklusion, Geschlechtergerechtigkeit, usw. nicht explizit durch Filminhalte, sondern durch eine möglichst breite und niederschwellige Publikumsansprache behandelt werden. Begründung: Eine solche Maßnahme steigert das Freizeitangebot und damit die Lebensqualität unserer Stadt. Darüber hinaus entfaltet sie eine Werbewirkung und trägt dazu bei, das Image der Stadt zu verbessern. Sie bereichert das kulturelle und soziale Leben, indem man über gezeigte Filme auch eine niederschwellige Publikumsansprache erzielt. Insbesondere für junge Menschen unserer Stadt, zu denen Schüler und Studenten gehören, wäre ein solches Angebot sehr attraktiv. In Zeiten der Pandemie, wo Menschen mit vielen Einschränkungen konfrontiert waren, wäre ein solches Angebot eine sehr willkommene Abwechslung.	x.				zurückgezogen  Hinweis: Im Ausschuss für Kultur, Tourismus und urbane Szene soll die Thematik neu beraten werden.

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
144	HFBPD	WIN	2501	4	<p>Änderungsantrag im HFBPD am 02.12.2021 – Finanzielle Ausstattung und Neuausrichtung Städtepartnerschaften (Anfrage KtuS Lfd. Nr. 14)</p> <p>Für den Bereich „Städtepartnerschaften“ ist ein Betrag von 50.000 € einzustellen.</p> <p>Städtepartnerschaften sollen in die Bereiche Bildungs-, Kultur-, Wirtschafts- und Jugendaustausch sowie Sport und Tourismus aufgeteilt werden. Zu diesen Bereichen sollen regelmäßige Aktivitäten stattfinden. Unter diesen Aspekten sind Städtepartnerschaften weiter auszubauen.</p> <p>Begründung: Ein regelmäßiger Austausch würde der Stadt in o.g. Bereichen wichtige Impulse geben und sie bereichern.</p>	x				abgelehnt
145	KTuS	SPD CDU	2502	4	<p>Erinnerungstafel Walcker-Orgel</p> <p>Die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion beantragen die notwendigen finanziellen Mittel i. H. v. 1500 € in den Haushalt einzustellen, damit im Bürgerfoyer des Hans-Sachs-Hauses eine Erinnerungstafel für die ehemals beheimatete Walcker-Orgel installiert werden kann.</p> <p>Hintergrund: Da die Stadt Gelsenkirchen nach den Umbauarbeiten am HSH keinen passenden Raum mehr für die Orgel besitzt, wurde das Instrument eingelagert und für einen symbolischen Euro nach Papenburg verkauft. Das historische Instrument, eine der bedeutendsten deutschen Orgeln, wird Bestandteil der «europäischen Orgelstraße», die von Schwerin über Bremen bis in die Niederlande führt. Die Einweihung und ein erstes Konzert in Papenburg haben bereits stattgefunden. Die Orgel ist das einzige noch erhaltene Exemplar aus der traditionsreichen Orgelbaufirma Walcker in dieser Größe aus der Zeit der Weimarer Republik. Das im Jahr 1927 erbaute Instrument hat demnach 92 Register und 7262 Pfeifen.</p>	x	zugestimmt		Im Foyer des Hans-Sachs-Hauses befindet sich rund um den Fahrstuhlkorpus bereits eine illustrierte Darstellung der Hausgeschichte, die auch in aller Kürze auf die Walcker-Orgel eingeht. Eine Anbringung ergänzender Tafeln im Rahmen des Projekts Erinnerungsorte innerhalb des Hans-Sachs-Hauses ist nicht vorgesehen, da dies der einheitlichen Ausgestaltung der Räumlichkeiten widerspricht.	zugestimmt
146	KTuS	SPD CDU	2502	4	<p>Schausammlung „Gelsenkirchener Barock</p> <p>Mehr Öffentlichkeit für GE-Kulturgüter. Die Sammlung „Gelsenkirchener Barock“ ist geeignet, in ausgewählten Bestandteilen präsentiert zu werden. Für die Konzeption einer Schausammlung, die erforderlichen Restaurierungsarbeiten an den Möbeln und die Umsetzung inkl. beispielhafter Gestaltung von Wohnküchen der 1920er bis 1950er Jahre sind Haushaltsmittel i. H. v. 30.000 € einzustellen. Unter den Restbeständen des Heimatmuseums befinden sich z. B. Fayencen und Porzellane aus dem 18. und 19. Jahrhundert, die an passenden Orten ggf. in Vitrinen präsentiert werden könnten. Die Verwaltung wird gebeten, bis zur zweiten Lesung des HFBPD die je nach Sachlage hinzukommenden Mietkosten, Betreuungskosten etc. zu beziffern.</p>	x	zugestimmt		Das Referat Kultur ist bemüht, eine geeignete Ausstellungsfläche zu finden, parallel dazu können Restaurierungsarbeiten durchgeführt werden.	zugestimmt

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
147	HFBPD	FDP	2502	4	<p>Walk of Fame (KTuS) 20.000 Euro</p> <p>Produktgruppen 2502: Die Verwaltung wird beauftragt 20.000 Euro in den Haushalt einzustellen, um in 2022 die ersten drei Sterne auf einem Walk of Fame auf der Horster Straße zu platzieren. Darüber hinaus soll das Kulturreferat ein Konzept erarbeiten, welche Gelsenkirchener Persönlichkeiten in den nächsten Jahren auf diesem Walk of Fame geehrt werden sollen. In das Konzept soll zudem einfließen, ob es Sinn macht einen Förderverein zu gründen bzw. welche Sponsoren angesprochen werden können.</p> <p>Begründung: Gelsenkirchen ist eine Stadt der Persönlichkeiten. Ob Heinrich Breloer, Martin Wuttke, Michael Klaus oder Manuel Neuer. Im ersten Step schlagen wir Claire Waldorf, Anton Stankowski und Rolf Glasmeier vor. Die Liste ließe sich noch viel weiter führen. Diese Persönlichkeiten sollen mit einer Bodenplatte auf der Kulturmeile in Buer verewigt werden. Dies würde zum einen die Kulturmeile als „touristische Attraktion“ stärken und wir zeigen als Stadt, welch großartige Persönlichkeiten hier geboren wurden.</p>	x				zugestimmt
148	KTuS	FDP	2502	4	<p>Walk of Fame</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt 20.000 Euro In den Haushalt einzustellen, um In 2022 die ersten drei Sterne auf einem Walk of Farne auf der Horster Straße zu platzieren. Darüber hinaus soll das Kulturreferat ein Konzept erarbeiten, welche Gelsenkirchener Persönlichkeiten in den nächsten Jahren auf diesem Walk of Farne geehrt werden sollen. In das Konzept soll zudem einfließen, ob es Sinn macht einen Förderverein zu gründen bzw. welche Sponsoren angesprochen werden können.</p> <p>Begründung: Gelsenkirchen Ist eine Stadt der Persönlichkeiten.Ob Claire Waldorf,Anton Stankowski, Heinrich Breloer, Martin Wuttke,Michael Klaus oder Manuel Neuer.Die Liste liesse sich noch viel weiter führen. Diese Persönlichkeiten sollen mit einer Bodenplatte auf der Kulturmeile in Buer verewigt werden. Dies würde zum einen die Kulturmeile als „touristische Attraktion“ stärken und wir zeigen als Stadt, welch großartige Persönlichkeiten hier geboren worden sind.</p>	x	ohne Abstimmung	Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.	erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)	
149	KTuS	SPD CDU	2503	4	<p>Zuschuss Verein Kunstschule</p> <p>Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen den Zuschuss für den Verein der Kunstschule um 15.000 Euro entgegen des Haushaltsentwurfes zu erhöhen.</p> <p>Begründung: Durch die Erweiterung der Angebote der Kunstschule Gelsenkirchen (KUKO-Mobil, weitere Angebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene) sind die Aufgaben an die Geschäftsführung und den Verein gestiegen und können nicht mehr ehrenamtlich abgebildet werden. Der Verein ist mit der Bitte um Erhöhung der Mittel an die SPD-Fraktion herangetreten. SPD-Fraktion und CDU-Fraktion beantragen, hierfür die Summe von 15.000 € in den Haushalt 2022 aufzunehmen.</p>	x	zugestimmt	Damit sich die Einrichtung als kreativer außerschulischer Lernort weiter etablieren kann und um den Fortbestand der Kunstschule weiterhin zu sichern, sind die ergänzenden Mittel von 15.000 € (zusätzlich zu den von der Verwaltung eingestellten 5.000 €) ausdrücklich zu begründen.	<p>zugestimmt</p> <p><b>Hinweis:</b> Erhöhung des Ansatzes um 15.000 €.</p>	

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
150	HFBPD	AfD	2505	4	Produktgruppe 2505, Ersatzbeschaffung von Medien in der Stadtteilbibliothek  Unsere Anfrage zu Produktgruppe 2505 „Ersatzbeschaffung von Medien in der Stadtbibliothek“ wurde in der Stellungnahme im Kulturausschuss beantwortet, allerdings leider nicht vollständig. Die AfD-Fraktion beantragt im Rahmen der Kostentransparenz die Bezifferung der Kosten für die Ersatzbeschaffung von Medien in der Stadtbibliothek bei Verlust, Diebstahl und Sachbeschädigung. Darüber hinaus beantragen wir die Bildung eines Produkts mit einer entsprechenden sechsstelligen Kennziffer.	x.				abgelehnt
151	HFBPD	AfD	3102	5	Produktgruppe 3102, Unterbringung von Geflüchteten  Unsere Anfrage zu Produktgruppe 3102 „Unterbringung von Geflüchteten“, Produkt 310204 „Ausweitung der Unterbringung von Flüchtlingen in privatem Wohnraum“, wurde in der Vorlage im Ausschuss für Arbeit und Soziales beantwortet, allerdings leider nicht vollständig. Die AfD-Fraktion beantragt eine deutlich höhere Auslastung der Flüchtlingsunterkünfte und eine Neukalkulation der Pro-Kopf-Kosten, da davon auszugehen ist, dass die derzeitigen Kosten pro Person entsprechend sinken müssten. Für Personen ohne Bleibeperspektive (ohne Duldung) ist die Unterbringung in den freien Kapazitäten der Flüchtlingsheime generell anzustreben, da durch eine solche Maßnahme Wohnraum für diejenigen Bürger frei würde, die auf preisgünstige Wohnungen auf dem ohnehin schon angespannten Gelsenkirchener Wohnungsmarkt angewiesen sind.	x.				abgelehnt
152	HFBPD	B90/Die Grünen	3102	5	Änderungsantrag für die Produktgruppe 3102 „Die Mittel für die Quartierskoordination bzw. Quartiersarbeit werden für das Jahr 2022 um 60.000€ erhöht.“ Begründung: Der Zwischenbericht Quartierskoordination (Verwaltungsvorlage 20-25/1665) macht den großen Handlungsbedarf bei der sozial-integrativen Quartiersarbeit deutlich. Es ist zwingend notwendig, die beiden Personalstellen zur Quartierskoordination auch in den nächsten Jahren weiterzuführen. Neben der Analyse der 40 REGE-Bezirke in Gelsenkirchen, der Feststellung dringender Handlungsbedarfe sowie der Konzeptentwicklung für die weitere Stärkung der Quartiersarbeit besteht fortlaufend ein Bedarf an Koordination, Vernetzung und Unterstützung bestehender Quartiersinitiativen. Dazu bedarf es dieser Personalstellen. Darüber hinaus müssen in den REGE-Bezirken mit den größten Handlungsbedarfen dauerhafte Strukturen geschaffen werden, mit denen bestehende Quartiersaktivitäten abgesichert und neue initiiert werden können. Die Notwendigkeit der Absicherung von bestehender, guter Quartiersarbeit besteht insbesondere dort, wo bisherige Förderprogramme auslaufen, wie im Jahr 2022 im Stadtteil Schalke.	x.				zugestimmt

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
153					Die beabsichtigte strukturelle Förderung der Initiative Alfred-Zingler-Haus kann hier ein wichtiger Baustein sein. Es ist jedoch geboten, weitere im REGE-Bezirk Schalke-Ost aktive Initiativen, wie u.a. das Laok Libre, in ihrer Arbeit finanziell zu unterstützen. Das Stadtbüro Schalke sollte als Anlaufstelle erhalten bleiben und längerfristig mit einer (mindestens) 0,5 Personalstelle „Quartierskümmerer/in“ ausgestattet werden. Es bietet sich zusätzlich an, die aktuell leerstehenden Ladenlokale in einem unmittelbar angrenzenden Pavillon an der Liboriusstraße 63 für die Quartiersarbeit in Schalke zu nutzen. Für diesen Zweck sollen die Mittel der Quartierskoordination für das Jahr 2022 um 60.000 Euro erhöht werden.	x.				
154	ASA	B90/Die Grünen	3102	5	Die Mittel für die Quartierskoordination bzw. Quartiersarbeit werden ab dem Jahr 2022 um 100.000 Euro auf 430.000 EUR erhöht. In den Haushaltsjahren 2023 und 2024 wird ein weiterer Mittelaufwuchs um jeweils 100.000 EUR vorgenommen (2023: 530.000 EUR, 2024: 630.000 EUR).	x	ohne Abstimmung		Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.	erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)
155	ASA	SPD CDU	3103	5	Produktgruppe 3103 / Radeln ohne Alter: Das Projekt „Radeln ohne Alter“ ermöglicht es Vereinen und gemeinnützigen Organisationen, kostenlose und begleitet Rikschatouren für ältere Menschen, vornehmlich Bewohner:innen von Seniorenhäusern anzubieten. Dies gibt den Menschen die Möglichkeit, intensiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und bietet zudem Erfahrungen, die alle Sinne ansprechen. Um Initiativen zu unterstützen, die ein solches Angebot in Gelsenkirchen anbieten können, wird beantragt, in den Haushaltsjahren 2022 und 2023 jeweils die Summe von 10.000 € bereit zu stellen.	x	zugestimmt		In 2018 wurde durch den Beirat für Senioren und der Arbeitsgemeinschaft Gelsenkirchener Selbsthilfegruppen und Behindertenverbände die Anschaffung einer Rikscha durch das Generationennetze Gelsenkirchen e.V. refinanziert. Diese Rikscha kam vor der Pandemie regelmäßig im nördlichen Stadtgebiet zum Einsatz. Derzeitiger Standort ist das AWO-Seniorenzentrum-Horst. Eine Ausweitung des Angebotes war daraufhin angedacht und Gespräche mit Radeln ohne Alter gestartet, die allerdings durch die Pandemie zum Erliegen kamen. In 2022 werden die Gespräche erneut aufgegriffen und das Angebot ausgebaut.	zugestimmt
156	HFBPD	SPD CDU B90/Die Grünen	3107	4	Die Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN stellen im Rahmen des Haushaltsplanberatungsverfahrens den folgenden Änderungsantrag zur Produktgruppe 3107: Die jährlichen Zuschüsse für die Förderung interkultureller Projekte werden ab 2022 von 20.000 EUR auf 30.000 EUR erhöht. Über die Vergabe der Zuschüsse entscheidet der Integrationsrat.	x.				zugestimmt
157	BV Süd	CDU	3107	4	Bezug nehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung (1. Zyklus, Anlage 1, lfd. Nr. 1 "Meile der Integration Ückendorfer Straße" bzw. "gesamtstädtische Konzeption im Bereich Streetwork und mobiler Jugendarbeit"), beantragt die CDU-Bezirksfraktion die massive Erhöhung des eingesetzten Betrages für das gesamtstädtische Konzept insofern, dass für den Gelsenkirchener Süden alleine 100.000 Euro bereit gestellt werden müssen. Die Summe auf alle fünf Bezirke zu verteilen, entspricht wohl eher dem sprichwörtlichen „Tropfen auf den heißen Stein“ und wäre daher insgesamt in entsprechendem Maße zu erhöhen.	x	zugestimmt		Welcher gesamtstädtische Bedarf besteht und wie sich diese Bedarfe auf die einzelnen Stadtbezirke aufteilen, bleibt dem Beratungsergebnis und dem Beschluss des Gesamtkonzepts durch die politischen Gremien vorbehalten.	erledigt Hinweis: zurückgezogen lt. CDU

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
158	HFBPD	AfD	3107	4	<p>Produktgruppe 3107, Clearingstelle</p> <p>Unsere Anfrage zu Produktgruppe 3107 „Clearingstelle“ wurde in der Stellungnahme im Ausschuss für Bildung beantwortet, allerdings leider nicht vollständig.</p> <p>Auf Seite 412 des Haushaltsplanentwurfs für 2022 finden sich folgende Verwendungszwecke: Interkulturelle Nachbarschaft, Kommunales Integrationszentrum, Clearingstelle.</p> <p>Die AfD-Fraktion beantragt im Hinblick auf die Kostentransparenz die Aufschlüsselung der Haushaltsansätze, um erkennen zu können, welche Eigenanteile in diesen Verwendungszwecken auf die Stadt zukommen.</p> <p>Zudem wird beantragt, den Kostenansatz im Haushalt auf null zu reduzieren, weil für den Personenkreis der Europäer kein Bedarf für eine Clearingstelle besteht: EU-Bürger sind über die EU-Gesundheitskarte versichert, für Nicht-EU-Europäer gibt es Sozialversicherungsabkommen mit allen Herkunftsländern. Arbeitnehmer und Leistungsbezieher des Jobcenters sind gesetzlich krankenversichert. Alle anderen, wie Freiberufler, Selbständige und Studenten müssen sich selbst versichern. Wer dies trotz gesetzlicher Verpflichtung nicht tut, muss als Unversicherter die medizinischen Kosten selbst tragen. Daran ändert auch keine Clearingstelle etwas.</p>	x.				abgelehnt
159	HFBPD	AfD	3107	4	<p>Produktgruppe 3107, Prävention gegen Frühsexualisierung</p> <p>Unsere Anfrage „Kopftuch sexualisiert kleine Mädchen“ (Produktgruppe 3107) wurde in der Stellungnahme im Ausschuss für Bildung dahingehend beantwortet, dass die Stadt Gelsenkirchen sich an keinem „Kopftuch-kritischen“ präventivem Projekt oder Programm beteiligt.</p> <p>Die AfD-Fraktion beantragt, dass sich die Stadt an präventiven Projekten oder Förderprogrammen beteiligt, um der Frühsexualisierung von Mädchen durch das erzwungene Tragen eines Kopftuchs entgegenzuwirken. Daher wird beantragt, einen Haushaltsansatz in Höhe von 25.000 € für ein entsprechendes Präventionsprojekt zu bilden.</p>	x.				abgelehnt

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
160	HFBPD	AfD	3107	4	<p>Studie über Inhalte von Predigten in Gelsenkirchener Moscheen</p> <p>Gelsenkirchen blickt zurück auf ein Jahr, in dem ein muslimisch geprägter antisemitischer Mob übelste Beleidigungen gegenüber jüdischen Mitbürgern vor der Gelsenkirchener Synagoge in Sprechchören verbreitete. Strafverfahren sind anhängig.</p> <p>Zugleich spaltet die Frage der Zulässigkeit des Muezzinrufes die Gelsenkirchener Bevölkerung.</p> <p>Viele Menschen sind besorgt und fragen sich: Was wird eigentlich in Moscheen gepredigt? Weil die Predigten zumeist, wenn nicht gar zu 100 %, nicht in deutscher Sprache gehalten werden, ist es von allgemeinem Interesse zu erfahren, welchen Inhalts diese Predigten sind.</p> <p>Der Tenor kann jeweils so sein, dass im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens mäßigend auf die Gläubigen eingewirkt wird mit Aufrufen zu Toleranz. Der Tenor kann jedoch auch so sein, wie es der Tagesschau-Redakteur Constantin Schreiber in Berlin erlebt hat (The Huffington Post, Artikel vom 30.03.2017 „Was der Journalist Constantin Schreiber in deutschen Moscheen gehört hat, ist niederschmetternd“, von Susanne Klaiber; siehe Anlage*). Wir als AfD-Ratsfraktion beantragen daher zur Klärung dieser Frage die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 20.000 € für eine entsprechende Studie, die sich der Frage widmet: „Was ist Inhalt der Predigten in Gelsenkirchener Moscheen und welche Meinungen/ Koran-Interpretationen/ Ratschläge für das Leben in einer nicht-muslimischen Mehrheitsumgebung werden dort vermittelt?“</p> <p><i>*Hinweis der Verwaltung: Die umfangreiche Anlage kann aus Platzgründen nicht dargestellt werden; sie kann auf Wunsch bereitgestellt werden.</i></p>	x.			abgelehnt	
161	HFBPD	SPD CDU B90/Die Grünen FDP	3602	4	<p>PG 3602: Gegen jeden Antisemitismus: Projektmittel für Gedenkstättenfahrten</p> <p>Vor dem traurigen und schockierenden Hintergrund eines spürbar gestiegenen Antisemitismus in unserer Gesellschaft beantragen die Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP 50.000 Euro Projektgelder für die Durchführung von Gedenkstättenfahrten in den Haushalt einzustellen. Die Projektgelder können von Jugendverbänden abgerufen werden.</p>	x.			zugestimmt	<p><b>Hinweis:</b> Mittel lt. Antragstext sind auf 75.000 € zu erhöhen lt. SPD.</p>
162	KJF	SPD CDU B90/Die Grünen FDP	3602	4	<p>Gegen jeden Antisemitismus: Projektmittel für Gedenkstättenfahrten</p> <p>Vor dem traurigen und schockierenden Hintergrund eines spürbar gestiegenen Antisemitismus in unserer Gesellschaft beantragen die Fraktionen SPD, CDU, B 90/Die Grünen und FDP 50.000 Euro Projektgelder für die Durchführung von Gedenkstättenfahrten in den Haushalt einzustellen. Die Projektgelder können von Jugendverbände abgerufen werden.</p>	x	zugestimmt		Stellungnahme der Verwaltung erfolgt mündlich.	erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
163	KJF	SPD CDU B90/Die Grünen	3602	4	PG 3602: Projektförderung „Gemeinsam stark in Schalke“ Für die Umsetzung des Projektes „Gemeinsam stark in Schalke“ der Amigonianer Soziale Werke e. V. werden 60.000,00 € in den Haushalt eingestellt. Das Projekt ist Teil der wohngebietsorientierten offenen Kinder-, Jugend- und Familienarbeit des Amigonianer Soziale Werke e.V. in Gelsenkirchen am Standort Haus Eintracht. Mit der Projektförderung wird ein Beitrag zur lokalen Familienarbeit geleistet - die Stadtteile in denen sich die Einrichtungen der Amigonianer befinden, zeichnen sich durch einen hohen Anteil von sozial benachteiligten Familien, einem teilweise geringen Bildungsniveau, geringes Familieneinkommen und einen hohen Anteil an Migranten aus. Durch die Projektförderung in genannter Höhe kann die Weiterführung dieser wichtigen Arbeit im Jahr 2022 gesichert werden. Der genaue Förderzeitraum mit Beginn im Jahr 2022 ist mit dem Träger abzustimmen. Das Projekt wird in der Umsetzung auf unterschiedliche Methoden der sozialen Arbeit zurückgreifen.	x.	zugestimmt		Stellungnahme der Verwaltung erfolgt mündlich.	zugestimmt  Hinweis: Mittel nur für 2022 bereitstellen; es soll aber nach Lösungen für 2023 ff. gesucht werden lt. B90/Die Grünen.
164	ASA	SPD CDU	3602	4	Produktgruppe 3602 / Inbetriebnahme der Schmalspureisenbahn an der Kinderburg im Revierpark Nienhausen: Die Verwaltung wird beauftragt, die Wiederinbetriebnahme der Schmalspureisenbahn im Revierpark für die Haushaltsjahre 2022 bis 2024 mit einer Summe von 10.000 € p.a. zu unterstützen. Die Begründung ergibt sich aus dem Schreiben des „Ziegenmichel e.V.“ in der Anlage.	x	zugestimmt		Der Ziegenmichel e.V. erhält für die Kinderburg zurzeit Fördermittel der offenen Kinder- und Jugendarbeit durch die Stadt Gelsenkirchen in Höhe von rd. 32.000 €/jährlich. Eine Erhöhung des Zuschusses wäre mit einer Kürzung anderer Trägermittel verbunden.	zugestimmt
165	KJF	SPD CDU	3602	4	PG 3602: Dynamisierung der Mittel für die Jugendverbandsarbeit Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen die Mittel für die Jugendverbandsarbeit fortan laufend zu dynamisieren und dafür im Haushaltsjahr 2022 entsprechend rd. 2.700 Euro zusätzlich einzustellen. Die Verwaltung wird aufgefordert, zukünftig den vorgeschlagenen Dynamisierungsfaktor (20% nach Steigerung des Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamt, 80% nach Tarifsteigerung des TV-L West) bei der Aufstellung kommender Haushalte zu berücksichtigen.	x.	zugestimmt		Stellungnahme der Verwaltung erfolgt mündlich.	zugestimmt
166	KJF	SPD CDU	3602	4	PG 3602: Mädchenzentrum/mobiles Mädchenzentrum mit Mädchen Musik Akademie Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen 8.000 Euro für die Anmietung eines Proberaums des Mädchenzentrums. Die entsprechenden Gelder sind für Miete und Nebenkosten zu verwenden.	x.	zugestimmt		Stellungnahme der Verwaltung erfolgt mündlich.	zugestimmt
167	KJF	SPD CDU	3602	4	PG 3602: Investitionskosten für die OT-Träger Vor dem Hintergrund der seit vielen Jahren nicht angepassten Investitionskosten für die OT-Träger beantragen die Fraktionen von SPD und CDU die Investitionsmittel dauerhaft um 20.000 Euro/Jahr auf 40.000 Euro/Jahr zu erhöhen.	x.	zugestimmt		Stellungnahme der Verwaltung erfolgt mündlich.	zugestimmt
168	KJF	SPD CDU	3602	4	PG 3602: Gemeinsam für Ückendorf Für das neu initiierte und bereits erfolgreich gestartete Projekt „Gemeinsam für Ückendorf“ soll eine Anlaufstelle geschaffen werden. Die drei Träger evangelische Jugend, Katholische Jugendsozialarbeit und Falken wollen insbesondere den neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen ein zukunftsweisendes Angebot zur Freizeitgestaltung, nachhaltigen Bildungsbeteiligung und sozialen Integration bieten. Das Projekt soll einen wesentlichen Beitrag zur ganzheitlichen Veränderung im gesamten sozialen Milieu des Stadtteils leisten. Für erforderliche Umbaumaßnahmen (z.B. Toilettenanlage, Lüftung, etc.) im zur Verfügung stehenden Ladenlokal, ist ein Betrag von 15.000,00 € in den Haushalt einzustellen.	x.	zugestimmt		Stellungnahme der Verwaltung erfolgt mündlich.	zugestimmt

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
169	BV Nord	SPD	3602	4	Förderung der Jugendarbeit in der buerschen City Nach Pöbeleien und Unruhestiftungen von Jugendlichen in der buerschen City wurde offensichtlich, dass eine zielgerichtete Jugendarbeit im Zentrum von Buer erforderlich ist. Bei den daraus resultierenden Gesprächen mit der evangelischen Jugend, der Caritas und den Falken wurde die Bereitschaft signalisiert, die Jugendarbeit ihrerseits in der buerschen City zu intensivieren. Auch wurde deutlich, dass verschiedene Problemfelder existieren, deren Bewältigung unter der Regie des Jugendamtes angegangen werden sollten. Zur Bereitstellung eines zeitgemäßen Angebotes für Jugendliche im buerschen Zentrum sollten daher 15 000 € in den Haushalt eingestellt werden. Überdies hinaus sollte daher auch die Anmietung eines leerstehenden Ladenlokals über die Stadtverwaltung in der buerschen City als zentraler Anlaufpunkt für eine mögliche, citynahe Jugendarbeit der genannten Organisationen umgehend geprüft werden.	x	zugestimmt		Bezüglich möglicher Leerstände in der Innenstadtlage des Stadtteils Buer und auch in anderen Stadtteilen kann keine Auskunft erteilt werden. Es handelt sich bei den Leerständen um Flächen im privaten Eigentum Dritter und nicht um Liegenschaften der Stadt Gelsenkirchen. Kenntnisse über die Immobilien liegen der Verwaltung nicht vor. Gleichwohl prüft die Verwaltung zurzeit gesamtstädtisch eine Konzeption im Bereich Streetwork und mobiler Jugendarbeit. Insoweit ist eine bezirksscharfe Aufstellung der Kosten sowie Personalbedarfe zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Vorsorglich wurde ein Budget i.H.v. 100.000 € (gesamtstädtisch) zum Haushalt 2022 eingestellt, um ggf. nächstes Jahr nach Fertigstellung des Konzeptes erste Maßnahmen einleiten zu können.	erledigt  Hinweis: zurückgezogen lt. SPD
170	HFBPD	B90/Die Grünen	3602	4	Zielvereinbarung für die Produktgruppe 3602  Aufnahme des mittelfristigen Ziels: „Sicherstellung der bedarfsgerechten Abdeckung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im Bezirk West und Horst-Süd.“  Aufnahme des kurzfristigen Ziels: „Analyse der Bedarfe für Kinder und Jugendliche im Bezirks West und Horst-Süd.“  Maßnahmen zur Zielerreichung: „Besondere Betrachtung der Bedarfe in Horst-Süd im Rahmen der Thematisierung des Jugendhilfeplans.“	x.				zugestimmt
171	AfG	SPD CDU	4101	5	Produktgruppe 4101 / Gesundheitsschutz und Gesundheitsförderung - Kampagne zur Suchtvorbeugung ausbauen: Die Fraktionen von SPD und CDU wollen die Kampagne zur Suchtvorbeugung weiter ausbauen und die Zielgruppe erweitern. Schülerinnen und Schüler sollen bereits ab der Jahrgangsstufe 6 in die Kampagne mit einbezogen werden. Dafür beantragen die Fraktionen von SPD und CDU zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 Euro.	x	zugestimmt		Die Einbeziehung von Schülerinnen und Schülern ab Jahrgangsstufe 6 in die Kampagne "100% (er)Leben! - Kampagne zur Suchtvorbeugung in Gelsenkirchen" ist nach gegenwärtiger Einschätzung für das Jahr 2022 realisierbar. Die Schaffung eines finanziellen Rahmens zur frühen Sensibilisierung von Kindern für die Gefahren der Sucht ist fachlich zu begrüßen.	zugestimmt
172	HFBPD	B90/Die Grünen	4101	4 zzgl. PG 4102	Änderungsantrag für die Produktgruppe 4101/4102 „Einstellung eines Budgets in Höhe von 14.000€ für das Jahr 2022 zur Förderung des Projektes der Familientrauerarbeit von „Lavia – Institut für Familientrauerbegleitung“ Begründung: Die Lavia Familientrauerbegleitung hat zurzeit 15 Kinder- und Jugendtrauergruppen im Alter von 5 -27 Jahren, insgesamt 140 Einzelpersonen, die die Gruppen besuchen. Der Gesamtbedarf an Finanzmitteln liegt im Jahr zurzeit bei ca. 80.000 € (Miete, Versicherung, Personal, Trauergruppen und Akutbegleitung). Als dringend förderbedürftig wird im Moment die Akutbegleitung gesehen. Von der Akutanfrage bis zum Hilfeplangespräch gibt es einen Leer-Bereich, wo nirgends die Kosten der Trauerbegleitung übernommen werden. Da, wo kein Jugendamt unterstützt, also bei Menschen über 18 bzw. 27 Jahren, gibt es keinerlei Unterstützung außerhalb der Spenden. Hier werden dringend 14.000 € benötigt, um 40 Einzelpersonen aus Gelsenkirchen 5 Std. eine Trauerbegleitung anzubieten.	x.				zugestimmt
173	AfG	B90/Die Grünen	4101	5	Einstellung eines Budgets in Höhe von jährlich 14.000,00 € für die Jahre 2022 – 2026 zur strukturellen Förderung der Familientrauerarbeit von „Lavia – Institut für Familientrauerbegleitung“	x	ohne Abstimmung		Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.	erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
174	HFBPD	AfD	4102	5	Produktgruppe 4102, Gesundheitsmaßnahmen für Zuwanderer aus Südosteuropa  Unsere Anfrage zu Produktgruppe 4102 „Gesundheitsmaßnahmen für Zuwanderer aus Südosteuropa“ wurde in der Vorlage im Ausschuss für Gesundheit beantwortet, allerdings nicht vollständig. In Deutschland muss sich jeder Bürger krankenversichern, sei es bei einer gesetzlichen Krankenkasse oder bei einer privaten Krankenversicherung. Somit ist sichergestellt, dass jeder Bürger sowie dessen Angehörige krankenversichert sind. Die AfD-Fraktion beantragt daher, dass die Stadt keine Haushaltansätze für die medizinischen Behandlungen von Zuwanderern aus Südosteuropa bildet, da diese Zuwanderer bzw. deren Behandlungskosten von der EU-Gesundheitskarte (bei EU-Bürgern) oder durch Sozialversicherungsabkommen der Nicht-EU-Balkanländer abgedeckt sind.	x				abgelehnt
175	AfS	SPD CDU	4201	4	PG 4201: Qualifizierungsoffensive Sport Für die Sporttreibenden aller Altersklassen in Gelsenkirchen ist es wichtig, von qualifiziert ausgebildeten Übungsleitern oder Trainer angeleitet zu werden. Deshalb ist es von großer Bedeutung für die Gesundheit unserer Sporttreibenden, dass alle Anleitenden in den Vereinen über Grundkenntnisse verfügen und nötige Sozialkompetenzen erlernt haben (sogenannte C-Lizenz), damit Sport in unseren Vereinen für alle Sporttreibende mit Spaß gesund betrieben werden kann. Vor diesem Hintergrund beauftragen die Fraktionen von SPD und CDU die Verwaltung/Gelsensport, die Daten der vorhandenen Übungsleiter-/Trainer-Lizenzen in den Vereinen des organisierten Sportes in unserer Stadt, soweit möglich, zu evaluieren und den bisher nicht ausgebildeten Anleitenden ein Qualifizierungsangebot über den Dachverband der jeweiligen Sportart zu unterbreiten. Zu diesem Zweck soll für eine Qualifizierungsoffensive Sport 25.000 € in den Haushalt eingestellt werden. Das Projekt soll begleitet und jährlich ausgewertet sowie bearbeitet werden. Ziel der Qualifizierungsoffensive ist es, dafür Sorge zu tragen, dass alle Sporttreibenden in den Vereinen unserer Stadt sicher ihren Sport ausüben können und von ausgebildeten, ehrenamtlichen Übungsleiter:innen begleitet werden können.	x	zugestimmt		Stellungnahme der Verwaltung erfolgt mündlich.	zugestimmt
176	AfS	SPD CDU	4201	4	PG 4201: Weiterführung Open Sunday Das Projekt „Open Sunday“ richtet sich an Kinder, die bisher nicht über den Vereinssport erreicht werden konnten. Als offene Veranstaltungsreihe können die Kinder des Quartiers ohne vorherige Anmeldung teilnehmen. Der Open Sunday ist ein wichtiges Projekt, das dem Bewegungsmangel entgegenwirkt und gerade auch diejenigen Kinder erreicht, die aus unterschiedlichen Gründen nicht in Sportvereinen aktiv sind. Gerade vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Corona Pandemie auf das Bewegungsverhalten von Kindern, ist die Fortführung des Projekts sinnvoll. Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen vor diesem Hintergrund Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 € zur Fortführung des Projekts „Open Sunday“ einzustellen. Zugleich werden Gelsensport und die Verwaltung beauftragt, sich um eine (Teil-)Finanzierung aus weiteren Fördermitteln zu bemühen.	x	zugestimmt		Stellungnahme der Verwaltung erfolgt mündlich.	zugestimmt

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
177	AFS	SPD CDU	4201	4	PG 4201: Mittel für Präventions- und Interventionsprojekte gegen Rassismus, Diskriminierung, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und sexualisierter Gewalt im Sport Die Fraktionen der SPD und CDU haben im vergangenen Haushalt einen Haushaltsantrag mit dem o.g. Titel eingebracht. Zur Weiterführung und Verstetigung dieser Maßnahmen sowie dem Aufbau entsprechender Netzwerkstrukturen, u.a. mit der "Fachstelle für Rechtsextremismus und Rassismus" und dem Kinderschutzteam des Jugendamtes, beantragen die Fraktionen von SPD und CDU finanzielle Mittel in Höhe von 10.000 Euro in den Haushalt einzustellen.	x	zugestimmt		Stellungnahme der Verwaltung erfolgt mündlich.	zugestimmt
178	AFS	SPD CDU	4201	4	PG 4201: „Konzept 'eSports in Gelsenkirchen“ Auch bei den privaten Freizeitaktivitäten der Menschen spielt die Digitalisierung der Gesellschaft eine immer größere Rolle. In den letzten Jahren haben die klassischen Videospiele bzw. der heutige eSport (elektronischer Sport) technisch und gesellschaftlich eine enorme Entwicklung und Anerkennung erfahren. Es finden bereits Wettbewerbsveranstaltungen statt, die bislang überwiegend kommerziell organisiert sind. Diese Veranstaltungen haben einen Live-Eventcharakter und werden auch über Spartensender, dem Internet oder die sozialen Medien einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Seitens der NRW-Landesregierung werden bereits Maßnahmen zur Unterstützung von eSports-Athletinnen und -Athleten unternommen (z.B. die Förderung des Modelprojektes „Sportjugend NRW zu E-Sport-Angeboten in der Jugendarbeit“). Es ist anzuerkennen, dass der eSport eine große Akzeptanz erfährt und auch Menschen mobilisiert, die sich nicht für klassische Sportaktivitäten interessieren. Die ehrenamtliche Arbeit in diesem Bereich soll vermehrt Unterstützung durch Anerkennung auch im kommunalen Bereich erfahren. Die technischen bzw. geistigen Herausforderungen bieten zudem eine gleichwertige Chance für Menschen mit Behinderungen. Mit der Beauftragung einer Konzeption für eSport in Gelsenkirchen soll dieser Entwicklung auch in unserer Stadt Rechnung getragen werden und ein Grundstock gelegt werden, um zukünftigen Entwicklungen im eSport und auch der damit verbundenen möglichen Präventionsarbeit Rechnung zu tragen. Zur Erstellung des Konzepts in 2022 sind 20.000 € einzustellen.	x	zugestimmt		Stellungnahme der Verwaltung erfolgt mündlich.	zugestimmt
179					Die Verwaltung wird daher gebeten, ein Konzept zu erarbeiten, welches insbesondere folgende Aspekte beinhaltet: 1) Genaue Abbildung des Status quo der eSport-Aktivitäten in Gelsenkirchen 2) Darstellung der Möglichkeiten einer dauerhaften Kooperation mit den maßgeblichen Akteuren (z.B. Gelsensport, Sportvereine, Wirtschaft) 3) Möglichkeiten hinsichtlich der Planung und Durchführung von Wettbewerbsveranstaltungen mit Eventcharakter und Darstellung der Rahmenbedingungen 4) Evaluation der Chancen des eSports für Bildungseinrichtungen, Pädagogik und Jugendarbeit, sowie Chancen oder Risiken der Etablierung des eSports für die Vereine 5) Darstellung von Zugangsmöglichkeiten zu Fördermitteln	x	zugestimmt			

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
180	BV West	SPD	4201	4	Wetterschutzkabinen Beckhausen 05 Die SPD Fraktion beantragt Mittel aus der Produktgruppe 4201 zum Errichten von zwei (Heim und Gastmannschaft) Wetterschutzkabinen für Ersatzspieler und Betreuer in Höhe der Mittellinie des Großspielfeldes auf der Sportanlage von Beckhausen 05. Die Kosten hierfür betragen laut Verwaltung ca. 3.700 Euro pro 3m Schutzkabine.	x	zugestimmt		Siehe hierzu die Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der Bezirksvertretung West, Sitzung vom 9.11.2021, Drucksachen Nr. 20-25/2021, lfd. Nr. 8 - investiv.	zugestimmt <b>Hinweis: Einstellung von insg. 7.400 € in den Haushalt.</b>
181	HFBPD	AfD	4201	4	Produktgruppe 4201, Sportentwicklung bei übergewichtigen und adipösen Kindern  Unsere Anfrage zu „Sportentwicklungsplanung bei übergewichtigen und adipösen Kindern“ (Produktgruppe 4201) wurde in der Stellungnahme im Ausschuss für Sportentwicklung beantwortet, allerdings leider nicht vollständig. Die AfD-Fraktion beantragt im Hinblick auf die Kostentransparenz die Aufschlüsselung der finanziellen Mittel zur Reduzierung von Übergewicht bei Kindern im Haushaltsplan. Das von der Verwaltung genannte Bewegungsraumkonzept ist insbesondere vor dem Hintergrund der sich bereits verschärfenden Corona-Schutzmaßnahmen, die auch die körperliche Bewegung jeglicher Art einschränken, zeitnah zu erarbeiten und umzusetzen. Zudem sollte es weitere Aufklärungs-, Unterstützungs- und Anreizsysteme geben, um stadtteilnah möglichst viele übergewichtige Kinder zu erreichen. Die dafür entstehenden Kosten sollen im Ermessen der Verwaltung in den Haushalt aufgenommen werden.	x.				abgelehnt
182	HFBPD	B90/Die Grünen	5101	1	Änderungsantrag für die Produktgruppe 5101 Einstellung von 10.000€ für ein Beratungsangebot Mehrweg in der Gastronomie Zur Unterstützung Gelsenkirchener Unternehmer*innen soll ein Beratungsangebot zum Thema Mehrweg in der Gastronomie geschaffen werden. Neben der Bereitstellung und bei Bedarf auch mehrsprachiger Aufbereitung von Informationen bezüglich verschiedener Materialien und Umsetzungsoptionen sollte der Zweck dieses Beratungsangebotes darin bestehen, die Letztvertreibenden auf die 2023 in Kraft tretende Gesetzesnovelle vorzubereiten. Zu diesem Zweck sollen 10.000 € in den Haushalt eingestellt werden.	x.				zugestimmt
183	WIBG	B90/Die Grünen	5101	1	Änderungsantrag für die Produktgruppe 5101 Einstellung von 10.000€ für ein Beratungsangebot Mehrweg in der Gastronomie Zur Unterstützung Gelsenkirchener Unternehmer*innen soll ein Beratungsangebot zum Thema Mehrweg in der Gastronomie geschaffen werden. Neben der Bereitstellung und bei Bedarf auch mehrsprachiger Aufbereitung von Informationen bezüglich verschiedener Materialien und Umsetzungsoptionen sollte der Zweck dieses Beratungsangebotes darin bestehen, die Letztvertreibenden auf die 2023 in Kraft tretende Gesetzesnovelle vorzubereiten. Zu diesem Zweck sollen 10.000 € in den Haushalt eingestellt werden.	x	zugestimmt		Die in der Novelle des Verpackungsgesetzes enthaltene neue Mehrwegangebotspflicht, die ab dem 01.01.2023 gelten wird, richtet sich an alle "Letztvertreibenden", die Lebensmittelverpackungen aus Einwegkunststoff sowie Einwegbechern, unabhängig von deren Material, in den Verkehr bringen. Letztvertreibende sind diejenigen, die mit Essen oder Getränken befüllte To-Go-Verpackungen an Verbraucherinnen und Verbraucher verkaufen, also in der Regel die Gastronomiebetriebe, wie zum Beispiel Restaurants, Cafés, Bistros, aber auch Kantinen, Tankstellen und Cateringbetriebe. Von der Pflicht ausgenommen sind kleinere Geschäfte wie u.a. Imbisse und Kioske, in denen insgesamt fünf Beschäftigte oder weniger arbeiten und die eine Ladenfläche von nicht mehr als 80 Quadratmetern haben. Diese Betriebe müssen es jedoch ihren Kundinnen und Kunden ermöglichen, deren eigene, mitgebrachte Mehrwegbehältnisse befüllen zu lassen. Die Erarbeitung von Plänen/Strategien zur Umsetzung der o.g. rechtlichen Vorgaben des Verpackungsgesetzes liegt in der Eigenverantwortung der Letztvertreibenden.	erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021	
184	ABL	SPD CDU	5102	6	Buerscher Waldbogen II Zur Fortführung und Sicherstellung weiterer Stadterneuerungsprojekte ist es angezeigt, über Möglichkeiten der Realisierung weiterer hochwertiger Wohnungsbauprojekte in der Stadt, wie im Buerschen Waldbogen, nachzudenken. Hierzu sind 50.000 € für die externe Unterstützung zur Schaffung von entsprechendem Planungsrecht für ein Bauprojekt „Buerscher Waldbogen II“ in den Haushalt einzustellen.	x	zugestimmt (als Empfehlung an den StePIA)		Zur Identifizierung der angesprochenen Wohnbaupotenziale kann mit Hilfe externer Unterstützung eine Potenzialanalyse im Stadtgebiet durchgeführt werden, um strategische Hinweise zur Errichtung hochwertiger Wohnbauprojekte zu erlangen. Es ist davon auszugehen, dass die Flächen im Nachgang planungsrechtlich gesichert und weiter hinsichtlich Altlasten, Verfügbarkeit etc. untersucht werden müssen.	<b>erledigt</b> <b>Hinweis:</b> <b>zurückgezogen lt. SPD/CDU infolge des Antrags lfd. Nr. 186</b>	
185	StePIA	SPD CDU	5102	6	Buerscher Waldbogen II Zur Fortführung und Sicherstellung weiterer Stadterneuerungsprojekte ist es angezeigt, über Möglichkeiten der Realisierung weiterer hochwertiger Wohnungsbauprojekte in der Stadt, wie im Buerschen Waldbogen, nachzudenken. Hierzu sind 50.000 € für die externe Unterstützung zur Schaffung von entsprechendem Planungsrecht für ein Bauprojekt „Buerscher Waldbogen II“ in den Haushalt einzustellen.	x	durchgelaufen		<i>Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.</i>	<b>erledigt</b> <b>Hinweis:</b> <b>zurückgezogen lt. SPD/CDU infolge des Antrags lfd. Nr. 186</b>	
186	HFBPD	SPD CDU	5102	6	PG 5102: Neue hochwertige Wohnbebauung schaffen Zur Fortführung und Sicherstellung weiterer Stadterneuerungsprojekte ist es angezeigt, die Realisierung weiterer hochwertiger Wohnungsbauprojekte in der Stadt, wie im Buerschen Waldbogen, anzuschließen. Hierzu sind 50.000 € für die externe Unterstützung zur Schaffung von entsprechendem Planungsrecht für ein Bauprojekt in den Haushalt einzustellen. Die Identifikation geeigneter Flächen wird im 1. Halbjahr 2022 durch die Verwaltung zur Beratung in die politischen Gremien gebracht, bevor mit den Haushaltsmitteln im 2. Halbjahr erste Schritte zur perspektivischen Schaffung des nötigen Planungsrechtes eingeleitet werden.	x.				<b>zugestimmt</b>	
187	HFBPD	AfD	5102	6	Produktgruppe 5102, Gebietsbeiräte in Gelsenkirchen  Unsere Anfrage „Gebietsbeiräte in Gelsenkirchen“ (Produktgruppe 5102) wurde in der Stellungnahme im Ausschuss für Ordnung, Prävention und Verbraucherschutz beantwortet, allerdings nicht vollständig. Die AfD-Fraktion beantragt, den Kostenansatz für Gebietsbeiräte im Haushalt auf null zu reduzieren. Die AfD-Fraktion beantragt die Auflösung der Gelsenkirchener Gebietsbeiräte und die Verwendung der dafür vorgesehenen finanziellen Mittel zur Durchführung von regelmäßigen Informationsabenden mit Bürgern im Stadtgebiet. Die eingesparten finanziellen Mittel werden an den städtischen Haushalt zurückgeführt. Hierzu können auch Rahmenveranstaltungen auf Anregungen von Bürgern hin berücksichtigt werden. Als Diskussionsthemen kommen u.a. Schrottimmobiliien, Leerstand, Clan-Kriminalität, Verschmutzung, Islamismus an Schulen, Lärmbelästigung, Schädlingsbekämpfung etc. in Betracht. Die Verwaltung entsendet zur fachlichen Beurteilung und Beantwortung von Fragen einen entsprechend sachkundigen Verwaltungsangestellten.	x.					<b>abgelehnt</b>

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBDP Beratungsergebnis am 02.12.2021
188	BV Nord	CDU	5202	6	<p>Laufende Nr. 6 Schrottimmobilien Produktgruppe 5202</p> <p>Die CDU-Fraktion beantragt die Einstellung der notwendigen Finanzmittel für den freihändigen Erwerb der Wohngebäude Feldhauser Str. 127/129. Die einzustellenden Mittel werden in der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses und ggf. in der 2. Lesung des Haushalts im HFBDP weiter konkretisiert.</p> <p>Begründung: vgl. Stellungnahme der Verwaltung und die nicht absehbare Perspektive der Immobilien.</p>	x	zugestimmt		<p>Der „freihändige“ Erwerb der Wohngebäude zu einem halbwegs realistischen Kaufpreis dürfte nahezu unmöglich sein. Die zwischenzeitlich aufgerufenen Preise für verschiedene Wohnungen in den Gebäuden lassen eindeutig den Schluss zu, dass hier versucht wird, möglichst viel Rendite zu erzielen. Im Rahmen eines Zwangsversteigerungsverfahrens wurde vom Amtsgericht Gelsenkirchen eine Wohnung in der Feldhauser Str. 127 verkauft. Der gutachterlich festgestellte Verkehrswert dieser Wohnung wurde dabei deutlich überboten. An derart spekulativen Immobiliengeschäften wird sich die Verwaltung nicht beteiligen. Angesichts einer Vielzahl deutlich problematischerer Wohngebäude im gesamten Stadtgebiet, ist ein Erwerb auch nicht als vorrangig anzusehen. Auf die bisherige Stellungnahme wird verwiesen (Bezirksvertretung Nord am 11.11.2021, Drucksachen-Nr. 20-25/2020, Anfrage Nr. 6).</p>	<p><b>erledigt</b></p> <p><b>Hinweis:</b> <b>zurückgezogen lt. CDU</b></p>
189	HFBDP	SPD CDU B90/Die Grünen	5402	6	<p>PG 5402: Berichterstattung Radverkehrsinfrastruktur-Mittel im AVM (Zielformulierung)</p> <p>Aufnahme des mittelfristigen Ziels: "Regelmäßige Berichterstattung zur aktuellen Verwendung der Mittel zum Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur im AVM mit dem Ziel einer mittelfristigen Erhöhung."</p>	x.				<p><b>zugestimmt</b></p>
190	BV Süd	CDU	5402	6	<p>Zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens beantragt die CDU-Bezirksfraktion die Ausleuchtung des Weges. Auch wenn eine Befestigung des Weges aus baulichen Gründen der Verwaltung nicht möglich erscheint, ist die Ausleuchtung (inklusive der sich anschließenden dunklen Flächen) erstrebenswert. Dies kann ggf. auch mit Solarleuchten geschehen, sofern die Arbeiten durch das Einsparen von Kabelarbeiten erleichtert werden. Die entsprechenden, notwendigen Kosten sind einzuplanen.</p>	x	zugestimmt		<p>Die Wegeverbindung mündet in den nicht beleuchteten Grünstreifen entlang des Baugebietes An der Luthenburg. Eine Beleuchtung nur dieser Wegeverbindung wird deshalb von der Verwaltung als nicht zweckmäßig bewertet. Aus dem Änderungsantrag ist der Verwaltung allerdings nicht ersichtlich, ob nun auch eine Beleuchtung des sich dem Weg anschließenden Grünstreifens gewünscht wird. Nach Konkretisierung des gewünschten Bereiches, der beleuchtet werden soll, kann die Verwaltung eine entsprechende umfangreiche Planung fertigen. Solarleuchten sind - nach erster Prüfung - in der Örtlichkeit nicht einsetzbar</p>	<p><b>erledigt</b></p> <p><b>Hinweis:</b> <b>zurückgezogen lt. CDU</b></p>
191	HFBDP	B90/Die Grünen	5402	6	<p>Änderungsantrag für die Produktgruppe 5402</p> <p>„Zur Umsetzung der Aktion Stadt-Terrassen des Zukunftsnetzes Mobilität NRW inklusive eines Begleitprogramms mit Information, Kultur und Aktionen in der Altstadt von Gelsenkirchen werden in den Haushalt 2022 Mittel in Höhe von 40.000€ eingestellt. Für eine Umsetzung der Aktion in Buer im Jahr 2023 wird die gleiche Summe bereitgestellt.“</p> <p>Das Zukunftsnetz Mobilität NRW hat die Aktion „Stadt-Terrassen“ ins Leben gerufen. Kommunen können sich um die kostenlose Ausleihe von entsprechendem Stadtmobiliar bewerben, mit denen für einen begrenzten Zeitraum Parkplätze in Treppunkte für Bürgerinnen und Bürger umgewandelt werden. Um die Rahmenbedingungen für das Verleihangebot des Mobiliars (siehe Vorlage 20-25/2087) erfüllen zu können, werden die o.a. Mittel benötigt. Die Aktion ist ideal, um Vorschläge zur Aufwertung von Innenstädten durch Reduzierung des fließenden und ruhenden Verkehrs aufzugreifen und den möglichen Wandel für einen begrenzten Zeitraum erfahrbar zu machen. Der neu geschaffene Straßenraum kann unterschiedlich genutzt werden: als Fahrradstraße, Spielplatz, als Ort der Begegnung zwischen Nachbar*innen und als Ort für Kunst und Kultur. Dies ermöglicht es, die notwendige gesellschaftliche Diskussion um den Wandel der Innenstädte breit zu führen und an eine konkrete Erfahrung zu knüpfen.</p>	x.				<p><b>zugestimmt</b></p>
192					<p>Laut Vorlage 20-25/2087 wird die Weberstraße zwischen Sellhorststraße und Augustastraße als für ein solches Projekt geeignet angesehen.</p> <p>Um eine Wiederholung der Aktion „Stadt-Terrassen“ in Buer im darauffolgenden Jahr zu ermöglichen, soll die gleiche Summe für das Haushaltsjahr 2023 eingeplant werden.</p>	x.				

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
193	BV West	Die Linke	5402	6	<p>Beleuchtung Nordsternpark</p> <p>Zum Haushaltsentwurf 2022 habe ich folgenden Änderungsantrag zur Produktgruppe 5402: Austausch der Beleuchtungskörper über dem Stegekreuz im Nordsternpark und Ersatz durch Insektenfreundliche Leuchtkörper sowie Einbau von Bewegungsmeldern zur gezielten Steuerung der Beleuchtung.</p> <p>Begründung:</p> <p>Bei abendlichen Spaziergängen auf den Hauptwegen im Nordsternpark wird man schon von weitem kräftig geblendet. Abgesehen davon, dass es zu später Stunde recht wenige Spaziergänger gibt, kann es ein sinnvoller Beitrag zu Energieeinsparung, gegen Lichtverschmutzung und zur Biodiversität nachtaktiver Fauna sein, das Ausleuchten dieses Platzes zeitlich dem realen Bedarf anzupassen (Bewegungsmelder wie für den Revierpark Nienhausen vorgesehen) und technisch durch insektenfreundliche Leuchtkörper zu ersetzen.</p>	x	zugestimmt		<p>Derzeit wird die Steganlage im Nordsternpark von einer Mastanlage mit mehreren LED-Strahlern ausgeleuchtet. Die bereits verbaute LED-Technik ist insektenfreundlicher als die konventionelle Beleuchtungstechnik.</p> <p>Der gewünschte Umbau der Anlage bedarf einer Planung (mit Blick auf die Erfordernisse des Ingenieurbauwerks Steganlage), um die Steganlage von mehreren Standorten aus beleuchten und mit Bewegungssensoren versehen zu können. Diese Planung liegt derzeit nicht vor und müsste zunächst von der Verwaltung gefertigt werden. Die Planungsprioritäten des Referats Verkehr liegen vorerst allerdings bei verkehrswichtigen Projekten. Auch können Kosten für eine solche Maßnahme erst nach Erstellung einer Planung beziffert werden.</p>	abgelehnt
194	AVM	Die Linke	5403	6	<p>Taktverdichtung auf der Buslinie SB29</p> <p>Die Linksfraktion beantragt, dass im Haushalt zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, um eine Taktverdichtung der Buslinie SB29 auf 30 Minuten zwischen 6 und 22 Uhr zu verwirklichen. In Absprache mit der Stadt Bottrop soll eine Kostenteilung jeweils zur Hälfte angestrebt werden.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die SB29 ist die einzige Verbindung zwischen den Hauptbahnhöfen der beiden benachbarten Großstädte Bottrop und Gelsenkirchen. Bisher bedient diese Linie täglich genau ein Fahrzeug, welches im Stundentakt zwischen GE Hbf und Bottrop ZOB pendelt. Dabei sammelt sich über den Tag unweigerlich Verspätung durch Stau auf der A42 an. Zu den Stoßzeiten ist der einzige Bus oft überfüllt. Eine derart wichtige Direktverbindung muss im Zuge der Verkehrswende deutlich aufgewertet werden und in einem ersten Schritt mindestens halbstündlich statt wie bisher stündlich verkehren.</p>	x	durchgelaufen		Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.	abgelehnt
195	OPV	SPD CDU	5405	1	<p>Kampf gegen illegale Müllablagerungen</p> <p>Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen zur Bekämpfung illegaler Müllablagerungen 50.000 Euro in den Haushalt für das Jahr 2022 einzustellen, um mit Hilfe von sogenannten Mülldetektiven, insb. an sogenannten Müllablagerungs-Hotspots, Müllsünderinnen und -sünder auf frischer Tat zu stellen und somit eine abschreckende Wirkung zu erzielen. Der Verwaltung wird hierbei freigestellt, ob die Mittel für externes Personal ausgegeben wird oder der Einrichtung von zwei Leichtarbeitsplätzen dient.</p>	x	zugestimmt		<p>Gegen die geplante Maßnahme bestehen keine Einwände. Eine Verortung würde jedoch in der Produktgruppe 5405 (GELSENDIENSTE, Abfallbeseitigung, Straßenreinigung und Märkte/Toiletten) erfolgen.</p>	zugestimmt
196	OPV	SPD CDU	5405	1	<p>Kampf gegen illegale Müllablagerungen</p> <p>Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen zur Bekämpfung illegaler Müllablagerungen in die Zielformulierung in die PG 120101 folgenden neuen Passus aufzunehmen:</p> <p>Kurzfristige Ziele für das Planungsjahr 2022:</p> <p>"Ausbau und Intensivierung der Kontrollen insbesondere an Müllablagerungs-Hotspots"</p> <p>Maßnahmen zur Zielerreichung:</p> <p>"Vorbereitung zur Schaffung von zwei Leichtarbeitsplätze Kontrolle von illegalen Müllablagerungen spätestens zum Haushaltsjahr 2023."</p>	x	zugestimmt		<p>Gegen die genannten Zielanpassungen sowie Maßnahmen zur Zielerreichung für das Planungsjahr 2022 bestehen keine Einwände. Eine Verortung würde jedoch in der Produktgruppe 5405 (GELSENDIENSTE, Abfallbeseitigung, Straßenreinigung und Märkte/Toiletten) erfolgen.</p>	zugestimmt

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBDP Beratungsergebnis am 02.12.2021
197	BV Nord	SPD	5405	1 ggf. PG5502	Revitalisierung des Marktplatz Scholven Die SPD- Bezirksfraktion Nord beantragt Haushaltsmittel in Höhe von 10 000 € zur Beschaffung von neuem Mobiliar und der teilweisen Aufwertung der Grünflächen am Scholvener Marktplatz. Da das bisherige Mobiliar vollständig verschlissen ist, bitten wir die beantragten Mittel im Haushalt 2022 einzustellen um zu einem attraktiveren Erscheinungsbild des Scholvener Marktplatzes zu gelangen.	x	zugestimmt		Eine Aufwertung des Marktplatzes ist wünschenswert, hierzu haben bereits erste Gespräche stattgefunden.	zugestimmt
198	BV Nord	SPD	5405	1	Verschönerung des Stadtbildes in der buerschen City Aufwertung des Erscheinungsbildes der buerschen City durch die Anbringung von Blumenampeln auf der buerschen Kulturmeile sowie auf der Hochstraße und der Domplatte in Buer Die SPD- Bezirksfraktion Nord beantragt Haushaltsmittel in Höhe von 5 000 € zur Verschönerung des Stadtbildes in der buerschen City durch Anbringung von Blumenampeln auf der buerschen Kulturmeile, längs der Hochstraße sowie auf der Domplatte in Buer. Des Weiteren soll für Blumenpatenschaften (Wasserversorgung der Pflanzen durch Bürger und Geschäftsleute in der buerschen City) aktiv geworben werden um die Identifikation von Bürgern und Geschäftsleuten mit unserer Stadt zu erhöhen.	x	zugestimmt		Die in den letzten Jahren bereits erfolgten saisonalen Verschönerungen sind bei den Bürgern gut angekommen. Es sollte weiterhin versucht werden über Patenschaften oder Sponsoring die angesprochenen Bereiche aufzuwerten. Die Anmietung von Blumenpyramiden kosten pro Saison pro Stück ca. 750.- € und pro Blumenampel pro Saison ca. 225.- €.	zugestimmt
199	HFBDP	B90/Die Grünen	5405	1	Änderungsantrag für die Produktgruppe 5405 Einstellung eines Budgets in Höhe von 5.000€ für die Anschaffung und Montage von Gum Walls Begründung: Im Ausschuss für Ordnung, Prävention und Verbraucherschutz wurde durch Gelsendienste berichtet, dass bei einer einmaligen Aktion vier sogenannte Gum-Walls aufgestellt wurden. Hierbei handelt es sich um Aufsteller mit austauschbaren Plakaten, welche als Klebefläche für gebrauchte Kaugummis dienen. Dies soll die Anzahl von auf den Boden geworfenen Kaugummis, welche dort festkleben und das Stadtbild beeinträchtigen reduzieren. Gelsendienste berichtete im Ausschuss, dass diese Aufstellwände gut angenommen werden. Vor diesem Hintergrund wird ein Bedarf insbesondere an öffentlichen Plätzen wie Einkaufsstraßen, Fußgängerzonen und (Markt-) Plätzen im Gelsenkirchener Stadtgebiet gesehen.	x.				zugestimmt

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
200	HFBPD	B90/Die Grünen	5405	1	Einstellen der erforderlichen finanziellen Mittel für die Anschaffung und Montage von 12-13 Gum-Walls (Kosten 5.000 Euro).Begründung: Im Ausschuss für Ordnung, Prävention und Verbraucherschutz wurde durch Gelsendienste berichtet, dass bei einer einmaligen Aktion vier sogenannte Gum-Walls aufgestellt wurden. Hierbei handelt es sich um Aufsteller mit austauschbaren Plakaten, welche als Klebefläche für gebrauchte Kaugummis dienen. Dies soll die Anzahl von auf den Boden geworfenen Kaugummis, welche dort festkleben und das Stadtbild beeinträchtigen reduzieren. Gelsendienste berichtete im Ausschuss, dass diese Aufstellwände gut angenommen werden. Vor diesem Hintergrund wird ein Bedarf insbesondere an öffentlichen Plätzen wie Einkaufsstraßen, Fußgängerzonen und (Markt-)Plätzen im Gelsenkirchener Stadtgebiet gesehen. Bei den nachfolgend aufgezählten Örtlichkeiten handelt es sich um solche Plätze. Örtlichkeiten mit dem Antrag auf mehrere Gum-Walls sind entsprechend groß und vielfach frequentiert. Es werden folgende Örtlichkeiten vorgeschlagen: August-Schmidt-Platz (Hassel), Hochstraße (Buer), Springemarkt (Buer), Ewaldstraße (Resse), Am Markt (Resse), Cranger Straße (Erle), Marktstraße 1 (Marktplatz) (Erle), Essener Straße (Horst), Josef-Büscher-Platz (Horst), Markenstraße (Horst), Harthorststraße (Marktplatz) (Horst), - Melanchthonplatz (Heßler), Fersenbruch (Heßler), Grilloplatz (Schalke), Heinrich-König-Platz (Altstadt), Bahnhofstraße (Altstadt), Busbahnhof Gelsenkirchen (Altstadt), Bochumer Straße (Südausgang Hbf) (Neustadt), Karl-Meyer-Straße (Rotthausen), Ernst-Käsemann-Platz (Rotthausen)	x	zugestimmt		GELSENDIENSTE wird die vorgeschlagenen Örtlichkeiten näher betrachten und anschließend die Gum-Walls beschaffen sowie montieren.	erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)
201	HFBPD	AUF	5405	1	VB 2 Produktgruppe 1108 Personal- und Organisationsmanagement Im Stellenplan werden drei zusätzliche Stellen als Leichtarbeitsplätze geschaffen für ältere oder erwerbsgeminderte Arbeitnehmer in den Bereichen Pforte, „Mülldetektive“ und „Pflegeservice“ bei Gelsendienste. Die dafür nötigen Mittel werden in den Haushalt eingestellt. Begründung: Viele Arbeitnehmer bei Gelsendienste leisten schwere körperliche Arbeit. Ziel ist, ihnen mit dieser Maßnahme eine Perspektive zu bieten bei gesundheitlichen Einschränkungen.	x.			abgelehnt	
202	HFBPD	SPD CDU B90/Die Grünen	5502	1	PG 5405: Fortführung des Projektes 1000 Bäume Die Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragen die Fortführung des Projektes „1.000 neue Bäume pro Jahr“ und beantragen hierfür 100.000 Euro in den Haushalt einzustellen. Mit dem Programm sollen Anpflanzungen sowohl im öffentlichen als auch privaten Raum gefördert und ermöglicht werden. Bei dem Förderprogramm sollen Anregungen aus der Bevölkerung berücksichtigt und Pflanzungen von Bäumen und Pflanzen vor allem in Bereichen von Hitzeinseln vorrangig berücksichtigt werden.	x.			zugestimmt	
203	UNK	SPD CDU	5502	1	Gelsendienste / Fortführung des Projektes 1000 Bäume Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen die Fortführung des Projektes „1.000 neue Bäume pro Jahr“ und beantragen hierfür 100.000 Euro in den Haushalt einzustellen. Mit dem Programm sollen Anpflanzungen sowohl im öffentlichen als auch privaten Raum gefördert und ermöglicht werden. Bei dem Förderprogramm sollen Anregungen aus der Bevölkerung berücksichtigt und Pflanzungen von Bäumen und Pflanzen vor allem in Bereichen von Hitzeinseln vorrangig berücksichtigt werden.	x	zugestimmt	GELSENDIENSTE versucht aktuell, in Zusammenarbeit mit weiteren Dienststellen der Verwaltung Flächen für die Pflanzung von Bäumen zu identifizieren. Perspektivisch sollen auch Wohnungsbaugesellschaften, weitere Unternehmen und eventuell auch Privatleute involviert werden. Erst wenn genügend Flächen zur Verfügung stehen, können Bäume gepflanzt werden. Darüber hinaus wäre das Hinzufügen von weiteren Bäumen in der Baum-App grundsätzlich möglich. Eine eventuelle Gießpatenschaft von Bäumen an privaten Standorten wird allerdings nicht als sinnvoll erachtet, da Haftungsfragen bezüglich des Eigentums geklärt werden müssten (Unbekannte betreten regelmäßig Privatgelände usw.).	erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)	

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBD Beratungsergebnis am 02.12.2021
204	BV West	SPD	5502	1	Aufstellen einer Sitzbank Agnesstraße Die SPD Fraktion beantragt Mittel aus der Produktgruppe 5502 für das Aufstellen einer Sitzbank im Bereich der verlängerten Agnesstraße ( Weg zum Friedhof Sutum ) Laut Stellungnahme der Verwaltung werden hierfür ca. 4.000 Euro benötigt.	x	zugestimmt		Es ist möglich, einen Bankplatz mit Abfallbehälter dort herzustellen. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 4.000.- €.	zugestimmt
205	BV Ost	SPD	5502	1	Die SPD-Bezirksfraktion beantragt, dass am Bolzplatz zwei Bänke im Wert von jeweils 4.500 €, also insgesamt 9.000 € aufgestellt werden (Bolzplatz Erle Nord, Im Föckingsfeld / Wetterweg). Begründung: Die beiden Aufstellflächen sind nicht mit Bänken ausgestattet. Hier würden die beiden neuen Bänke eine deutliche Aufwertung des Geländes mit sich bringen und auch zum Verweilen und Zusehen einladen.	x	zugestimmt		Aufstellflächen für zwei Sitzbänke sind auf dem Bolzplatz vorhanden. Die Herrichtung eines weiteren Bankstandortes liegt bei ca. 4.000.- € Eine Aufwertung der Bolzfläche mit Rasenaussaat ist nicht empfehlenswert. Eine Rasenfläche wäre nur von kurzer Dauer haltbar. Dort wo die Rasenfläche bespielt wird, wäre das "Grün" innerhalb kürzester Zeit durch die hohe Belastung zerstört (z.B. Torraum). Um eine Rasenfläche zu allen Jahreszeiten beispielbar zu halten, fallen erhebliche zusätzliche Kosten für Pflege und Unterhaltung an (die genauen Kosten können in der Kürze der Zeit nicht beziffert werden).	zugestimmt
206	BV Ost	SPD	5502	1	Die SPD-Bezirksfraktion beantragt am Spielplatz Erle-Nord – Wetterweg – eine Aufwertung mit einer weiteren Bank im Wert von jeweils 4.500 €. Begründung: Am Spielplatz am Wetterweg gibt es für Eltern/Großeltern keine ausreichende Sitzgelegenheit. Die dort installierte Rundbank weist eine Höhe von 50cm auf und ist somit für das Sitzen von Erwachsenen nicht ausgelegt. Die weitere Bank würde den Spielplatz weiter aufwerten.	x	zugestimmt		Auf dem Spielplatz befindet sich um dem Stamm einer Kastanie herum eine große Holz-Rundbank. Zusätzlich befinden sich auf der Spielplatzfläche drei weitere Bänke mit Lehnen. Aus Sicht der Verwaltung ist damit das Angebot an Sitzgelegenheiten erfüllt. Die Herrichtung pro Bankstandort liegt bei ca. 4.000.- €.	zugestimmt
207	BV Süd	CDU	5502	1	Der Schutz von Insekten und die Aufwertung von Grünstreifen hat in den letzten Jahren massiv an Bedeutung gewonnen. Insbesondere das Massensterben von Bienen ist zu bekämpfen und neue Flächen zu generieren. Trotz der beschriebenen „Bedenken“ der Fachverwaltung sieht die CDU-Bezirksfraktion hier Handlungsbedarf und beantragt die abschließende Planung und die Einstellung von Mitteln in ausreichender Höhe.	x	zugestimmt		Sogenannte als Insektenhotels bezeichnete Bienennisthilfen können an geeigneter Stelle helfen, notwendige Artenschutzmaßnahmen für heimische Insekten im Sinne der Umweltbildung zu unterstützen. Voraussetzungen sind ein geeigneter, geschützter Standort, die Pflege und Unterhaltung des Objektes sowie eine umweltpädagogische Begleitung. Die Fläche an der Luthenburg befindet sich derzeit noch in der Entwicklungspflege durch eine Fremdfirma. Für das Anlegen einer Blumenwiese muss man von Kosten i.H.v. ca. 5,30 €/m <sup>2</sup> für kleinere Flächen ausgehen, bei einer Fläche ab 1.000 m <sup>2</sup> i.H.v. 3,40 €/m <sup>2</sup> . Die Kosten für ein Insektenhotel betragen ca. 2.000.- €. Für die ebenfalls angesprochenen Grünanlagen müssten evtl. Standorte definiert und abgestimmt werden. Im Bereich des Revierparkes wurde bereits eine von den Gelsenkirchener Werkstätten gebaute Bienennisthilfe aufgestellt. Die Einrichtung ökologisch gepflegter Blumenwiesen und weiterer Nahrungs- und Brutmöglichkeiten für heimische Insekten ist im Rahmen der Umgestaltung des Revierparks durch den RVR geplant. Weitere Standorte für Nisthilfen werden durch die Verwaltung in Kooperation mit den Werkstätten geprüft. Bei der Errichtung einer Bienennisthilfe ohne die Unterhaltung ist mit Kosten in Höhe von etwa 2.000.- € zu rechnen.	zugestimmt <b>Hinweis: Mittel in Höhe von 6.000 € lt. CDU.</b>
208	BV Ost	CDU	5502	1	Aufstellung weiterer Bänke nebst Beleuchtung an der Boulebahn am Erich Kästner Haus Es wird die Einstellung eines Betrages von 12.500 € in den Haushalt beantragt für die Aufstellung von zwei weiteren Bänken sowie für die Einrichtung einer Solarbeleuchtung im Bereich der Boulebahn am Erich-Kästner-Haus.	x	zugestimmt		Die Herrichtung pro Bankstandort liegt bei ca. 4.000.- €. Für die Beleuchtung der Bahn würden unter konventionellen Bedingungen ca. 10.000.-€ anfallen und über Solar- Beleuchtung ca. 4.500.- € (pro Stück).	zugestimmt

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
209	BV West	B90/DIE GRÜNE N	5502	1	<p>Änderung Produktgruppe 5502</p> <p>Hiermit beantragt die Bezirksfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Bezirkshaushalt West 2022 folgende Änderungen innerhalb der Produktgruppe 5502 (Gelsendienste (GD-Grünanlagen)):</p> <p>Aufnahme und Umsetzung folgender Investitionsmaßnahme: "Aufstellen von drei rückenlehnenfreien Sitzbänken mit jeweils einem Abfallbeseitigungsbehältnis entlang des Fußweges der Grünanlage an der Otto-Hue-Straße zwischen Spielplatz und Parkplatz"</p> <p>Begründung: Die im letzten Haushalt von der Bezirksvertretung West in ähnlicher Weise beschlossene Maßnahme wurde im Hauptausschuss der Stadt nicht bestätigt und deshalb nicht umgesetzt.</p>	x	zugestimmt		Die Umsetzung ist grundsätzlich möglich. In der Vergangenheit gab es, als hier zwei Bankstandorte waren, häufige Anwohnerbeschwerden wegen Ruhestörungen und extremer Vermüllung im Bereich der Bankstandorte. Die Herrichtung pro Bankstandort liegt bei ca. 4.000.- €.	zugestimmt
210	BV Mitte	B90/Die Grünen	5502	1	<p>Bank „Auf dem Bettau“</p> <p>Entsprechend dem Ergebnis der Prüfanfrage 4 wird die Aufstellung einer Bank samt Abfallbehälter für den für Fußgänger:innen und Radfahrende freigehaltenen Bereich der Straße „Auf dem Bettau“ zwischen „Auf dem Böhlingshof“ und der „Bismarckstraße“ und dafür die Bereitstellung eines Betrages von 4.000 Euro im Haushalt beantragt.</p>	x	zugestimmt		Es ist möglich, einen Bankplatz mit Abfallbehälter dort herzustellen. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 4.000.- €.	zugestimmt
211	HFBPD	FDP	5502	1	<p>Parkranger (HFBPD) 10.000 Euro</p> <p>In Kooperation mit Gelsendiensten soll sich die Verwaltung mit dem RVR bzw. der Naturund Umweltschutzakademie NRW (NUA, Dr. Gertrud Hein, Tel. 02361/305-3339, E-Mail gertrud.hein@nua.nrw.de) in Verbindung setzen, um zunächst test- und tageweise Parkranger in Gelsenkirchen einzusetzen. Angedacht sind zwei Tage im Monat. Dazu sollen 10.000 Euro für 2022 in den Haushalt eingestellt werden. Von dem Geld sollen nicht nur die Ranger selbst bezahlt werden, es soll auch eine Evaluierung Ende 2022 vorgenommen werden, um das Projekt bei positiven Entwicklungen in den nächsten Jahren sukzessive auszubauen.</p> <p>Begründung: „Park Ranger“ sollen die Wald- und Parkbesucher über das richtige Verhalten in der Natur aufklären, um der Masse an teils illegalen Lagerfeuerplätzen und Trampelpfaden sowie Müllablagerungen entgegen zu wirken. Die Ranger sollen Besucher:innen für die Natur sensibilisieren, sollen informieren und betreuen. Dialog statt Gesetzeshärte, Hinschauen statt Wegsehen. „Park Ranger“ oder Forstschutzbeauftragte können aber auch Knöllchen im Wald verhängen. Damit soll ein Beitrag zu einer saubereren Umwelt geleistet werden.</p> <p>(Beispiel: Aaron Gellern, Bielefeld; <a href="https://www.nw.de/lokal/bielefeld/miee/22568952_Dieser-Mann-hat-als-Ranger-im-Bielefelder-Wald-den-Hut-auf.html">https://www.nw.de/lokal/bielefeld/miee/22568952_Dieser-Mann-hat-als-Ranger-im-Bielefelder-Wald-den-Hut-auf.html</a>)</p>	x.				zugestimmt

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
212	HFBPD	FDP	5502	1	In Kooperation mit Gelsendiensten soll sich die Verwaltung mit dem RVR bzw. der Natur- und Umweltschutzakademie NRW (NUA, Dr. Gertrud Hein, Tel. 02361/305-3339, E-Mail gertrud.hein@nua.nrw.de) in Verbindung setzen, um zunächst test- und tageweise Parkranger in Gelsenkirchen einzusetzen. Dazu sollen 10.000 Euro für 2022 in den Haushalt eingestellt werden. Von dem Geld sollen nicht nur die Ranger selbst bezahlt werden, es soll auch eine Evaluierung Ende 2022 vorgenommen werden, um das Projekt bei positiven Entwicklungen in den nächsten Jahren sukzessive auszubauen. Begründung: „Park Ranger“ sollen die Wald- und Parkbesucher über das richtige Verhalten in der Natur aufklären, um der Masse an teils illegalen Lagerfeuerplätzen und Trampelpfaden sowie Müllablagerungen entgegen zu wirken. Die Ranger sollen Besucher:innen für die Natur sensibilisieren, sollen informieren und betreuen. Dialog statt Gesetzeshärte, Vermittlung statt Wegsehen. „Park Ranger“ oder Forstschutzbeauftragte können aber auch Knöllchen im Wald verhängen. Damit soll ein Beitrag zu einer saubereren Umwelt geleistet werden.	x	zugestimmt		GELSENDIENSTE wird Kontakt mit dem RVR, der Natur- und Umweltschutzakademie NRW und dem Kommunalen Ordnungsdienst aufnehmen, um ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten.	<b>erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)</b>
213	HFBPD	FDP	5502	1	BV-West: Boulebahn (8.000 Euro) Die Verwaltung möge entlang der Schaffrath-Promenade einen geeigneten Platz ausweisen, an dem eine Boulebahn errichtet werden kann. Für die Einrichtung der Boulebahn sollen 8.000 Euro in den Haushalt 2022 eingestellt werden. Das Projekt steht unter dem Vorbehalt einer partnerschaftlichen Pflege durch Initiativen vor Ort. Dazu sollen aktiv entsprechende Partner vor Ort gesucht werden. Begründung: Bedauerlicherweise besitzt Schaffrath bis auf ein Restaurant keine Gastronomie mehr. Ob die einstige Kult-Gastronomie „Bauer Becks“ wieder öffnen wird, darf man in Frage stellen, da in unmittelbarer Nähe des Gartens ein riesiger Lkw-Rastplatz geplant wird. Die Bewohner Schaffraths brauchen dringend Räume und Möglichkeiten, wo sie sich gesellschaftlich, sozial und sportlich betätigen und treffen können, wo dem vermeintlich anonymen Stadtmenschen das Gefühl der Zugehörigkeit gegeben wird. Am Fuße der vom RVR als touristisch wertvoll betrachteten Rungenberghalde und in einem Bereich, der gut in die vom RVR angedachte Fahrradrouten Richtung Gladbecker Halden integriert werden könnte, würde eine solche Aufwertung der Schaffrath-Promenade sicherlich zu einem Imagegewinn unserer Region beitragen.	x.				<b>zugestimmt</b>

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
214	BV West	FDP	5502	1	<p>Errichtung einer Boulebahn in Schaffrath</p> <p>Hiermit stelle ich folgenden Änderungsantrag zur Sitzung der Bezirksvertretung West am 09.11.2021: Die Verwaltung möge entlang der „Schaffrath-Promenade“ einen geeigneten Platz ausweisen, an dem eine Boulebahn errichtet werden kann. Für die Einrichtung der Boulebahn sollen 18.500 € in den Haushalt 2022 eingestellt werden. Davon sollen die Bahn selbst, eine durch Solar betriebene Beleuchtung, eine Bank und Abfallbehälter finanziert werden. Das Projekt steht unter dem Vorbehalt einer partnerschaftlichen Pflege durch Initiativen vor Ort. Dazu sollen aktiv entsprechenden Partner vor Ort gesucht werden.</p> <p>Begründung: Bedauerlicherweise besitzt Schaffrath bis auf ein Restaurant keine Gastronomie mehr. Ob die einseitige Kult-Gastronomie „Bauer Beck's“ wieder öffnen wird, darf man in Frage stellen, da in unmittelbarer Nähe des Gartens ein riesiger LKW-Rastplatz geplant wird. Die Bewohner Schaffraths brauchen dringend Räume und Möglichkeiten, wo sie sich gesellschaftlich, sozial und sportlich betätigen und treffen können, wo dem vermeintlich anonymen Stadtmenschen das Gefühl der Zugehörigkeit gegeben wird. Am Fuße der vom RVR als touristisch wertvoll betrachteten Rungenberghalde und in einem Bereich, der gut in die vom RVR angedachte Fahrradrouten Richtung Gladbecker Halden integriert werden könnte, würde eine solche Aufwertung der Schaffrath-Promenade sicherlich zu einem Imagegewinn unserer Region beitragen.</p>	x	zugestimmt		<p>Durch die Flächen laufen mehrere Gas- bzw. Produktleitungen. Es müsste möglich sein, eine kleinere Fläche für eine Boule-Bahn zu finden. Die Herstellung einer Boule-Bahn kostet ca. 10.000.-€. Für die Beleuchtung der Bahn würden unter konventionellen Bedingungen ca. 10.000.-€ anfallen und über Solar- Beleuchtung ca. 4.500.- €. Die Herrichtung eines Bankplatzes incl. Abfallbehälter liegt bei ca. 4.000.- €. Die Unterhaltung der Boule-Bahn wird nicht durch GELSENDIENSTE gewährleistet, hier müsste eine Institution oder ein Verein die Unterhaltung (Patenschaft) übernehmen.</p>	<i>erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)</i>
215	UNK	SPD CDU	5601	6	<p>Projekt Wasserwende</p> <p>1. Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen 15.000 Euro für die Fortführung des Projektes Wasserwende des Vereins a.tip:tap in den städtischen Haushalt einzustellen.</p> <p>2. Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen, in den Zielvereinbarungen der PG 560106 folgende Ergänzungen bei den Zielen vorzunehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>· Mittelfristige Ziele für den Planungszeitraum 2022 bis 2025: „Mittel- bis langfristige Fortführung des Projektes Wasserwende des Vereins a.tip: tap.“</li> <li>· Kurzfristiges Ziel für das Planungsjahr 2022: „Sicherstellung einer mittel- bis langfristigen Fortführung des Projektes Wasserwende des Vereins a.tip: tap durch die Suche nach neuen Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit dem Verein.“</li> </ul> <p>Begründung: Die Förderung des Projektes Wasserwende durch den Verein „a.tip:tap“ endet im April 2022. Die Stadtverwaltung hat das Projekt als zu prüfende Idee in den Maßnahmenkatalog für das Klimakonzept 2030/2050 aufgenommen und somit ebenfalls als sinnvolle Maßnahme für den Klimaschutz befunden. Um zumindest in Teilen eine lückenlose Projektfinanzierung zu garantieren und Strukturen zu sichern, stellen wir bereits mit diesem Antrag die dafür benötigten finanziellen Mittel bereit.</p>	x	zugestimmt		<p>In zwischenzeitlich geführten Vorgesprächen konnte eine Kosteneinschätzung aus Sicht des Vereins a.tip: tap zu den mindestens erforderlichen Mitteln für 2022 zur Fortsetzung des Projektes ab April 2022 (Jahreskosten-Ansatz: ca. 75.000 Euro, d. h. ca. 60.000 Euro ab 04/2022) und Gelsenwasser, die ihre Bereitschaft zur weiteren Unterstützung des Projektes erklärte, geführt werden. Weitere Gespräche sollen kurzfristig mit den bisherigen Projektbeteiligten Stadt Mülheim und dem dortigen Wasserversorger RWW erfolgen, um den damit möglichst von allen vier Partnern zu tragenden Mittelbedarf in 2022 sicherzustellen und zudem die Möglichkeiten und Bereitschaft zur Fortführung des Projektes ab 2023 auszuloten.</p> <p>Sollte dem vorliegenden Antrag zum Haushalt 2022 abschließend zugestimmt werden, würde der Beitrag dem Verein a.tip: tap bei Fortsetzung des Projektes als Spende zur Verfügung gestellt.</p> <p>Darüber hinaus wurde die Fortführung des Projektes "Wasserwende" ab 2023 unter weiterer Einbeziehung der relevanten Akteure auch als zu prüfende Idee in den Maßnahmenkatalog für das Klimakonzept 2030/2050 aufgenommen . Wünschenswert aus Sicht der Verwaltung wäre die Ausweitung des Projektes über die bisherigen "Wasserquartiere" hinaus auf das gesamte Stadtgebiet. Die Kostenschätzung wird im Rahmen des Maßnahmenkataloges überarbeitet.</p>	zugestimmt
216	WIBG	SPD CDU	5701	1	<p>PG 5701: Stärkung und Belegung der Haupt- und Nebenzentren durch PopUp-Formate</p> <p>Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen zur Stärkung und Belegung der Haupt- und Nebenzentren 40.000 Euro in den Haushalt für sogenannte PopUp- Formate einzustellen (bspw. Biergärten, Kulturbühnen, Open Air Kino).</p>	x	zugestimmt		<p>Die Verwaltung begrüßt die Durchführung von Pop-up-Formaten in geeigneten Lagen zur Stärkung und Belegung der Gastronomie und des Handels. Vorrangig werden derartige Formate in den Zentren gesehen. Mit den vorgeschlagenen 40.000 Euro können die Formate jedoch nur in eingeschränktem Umfang durchgeführt werden. In diesem Jahr wurde das vorhandene Budget von 90.000 € mit zwei durchgeführten Pop-up-Biergärten sowie einem Open-Air-Kinoangebot nahezu ausgeschöpft.</p>	zugestimmt

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
217	WIBG	SPD CDU	5701	1 zzgl. PG 5405	PG 5701/5405: Quartiersmärkte am Abend Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen für das Projekt „Quartiersmarkt am Abend“ 15.000 Euro Personalkosten für die Umsetzung der Veranstaltungen in den Haushalt einzustellen. Durch die Bereitstellung der entsprechenden Personalkosten soll in größeren Zeitabschnitten, z.B. einmal im Monat, mit Unterstützung von Stadtteilinitiativen wie z.B. Runder Tisch Horst, Netzwerk Heßler etc. eine Feierabendveranstaltung mit einer kleinen Anzahl von Ständen (Selbsterzeuger, Kleingärtner, Infostände, soziale Einrichtungen) ermöglicht werden.	x	zugestimmt		Für die Realisierung eines weiteren Feierabendmarktes in den Quartieren ist die regelmäßige Teilnahme von ausreichend interessierten Händlerinnen und Händlern (ca. 10 bis 12) notwendig, um Aufwand und Ertrag in einem wirtschaftlich vertretbaren Verhältnis zu halten. Zurzeit ist es unrealistisch, für die Nebenzentren die erforderlichen Händlerinnen und Händler einzuwerben. In größeren Zeitabschnitten, z.B. einmal im Monat, könnte mit Unterstützung von Stadtteilinitiativen wie z.B. Runder Tisch Horst, Netzwerk Heßler eine Feierabendveranstaltung mit drei bis fünf Ständen (Selbsterzeuger, Kleingärtner, Infostände, soziale Einrichtungen) möglich sein. In den aufgezählten Stadtteilen würden keine Kosten für die Bereitstellung der Infrastruktur anfallen. Lediglich Personalkosten für die Umsetzung der Veranstaltung in Höhe von monatlich ca. 500,00 € bis 2.000,00 €.	zugestimmt
218	WIBG	SPD CDU	5701	1	PG 5701: „Durchführung einer lokalen online Ausbildungsmesse/ virtuelle Jobbörse“ und hierfür Mittelbereitstellung in Höhe von 30.000 € im Haushalt 2022 Begründung: Die Durchführung einer solchen Online Maßnahme scheint vor dem Hintergrund der Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs in den Betrieben insbesondere auch in Handwerksbetrieben und zur Vermittlung von Arbeitssuchenden auf freie Arbeitsplätze in der Stadt während der Corona-Pandemie ein probates Mittel zu sein. Auch wenn bereits die Arbeitsagentur und die Industrie und Handelskammer derartige Angebote bereitstellen halten wir ein ergänzendes und zeitversetztes Angebot der Stadt durchaus für zielführend. Dem beantragten Mittelansatz liegt die Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage zu Grunde.	x	zugestimmt		Eine "Online Ausbildungsmesse / virtuelle Jobbörse" wurde verwaltungsseitig bislang nicht durchgeführt. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass die Agenturen für Arbeit Essen, Duisburg, Gelsenkirchen, Oberhausen und Wesel am 23.06.2021 die virtuelle Ausbildungsmesse "#AusbildungKlarmachen" veranstaltet haben. Darüber hinaus veranstalteten die IHKs im Ruhrgebiet am 05./06.11.2021 die virtuelle Ausbildungsmesse "AzuBeYou" in Kooperation.  Die Erfahrungen der Wirtschaftsförderung der Stadt Bottrop mit ihrer virtuellen Infomesse "Ausbildung + Studium" waren positiv, jedoch wurde deutlich, dass sowohl Unternehmen als auch Schüler und Arbeitssuchende derartige Veranstaltungen in Präsenz bevorzugen.  Die vorsichtig geschätzten Kosten für die Durchführung einer "Online Ausbildungsmesse / virtuelle Jobbörse" belaufen sich wie folgt: Kosten der digitalen Plattform (externer Dienstleister - Vergleich mit Stadt Bottrop): 20.000 € Lizenz Landing Page Inhalte Betreuung der Nutzer Personalkosten (Verwaltung): 10.000 € Akquise + Betreuung der Nutzer Gesamt: 30.000 €	zugestimmt
219	WIBG	SPD CDU	5701	1	PG 570102: Realisierung des Projektes Stadtstrand Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen folgende Zielvereinbarungen in die PG 570102 aufzunehmen:  Mittelfristige Ziele für den Planungszeitraum 2022 bis 2025: „Fortführung und Etablierung des Projektes Stadtstrand/Gastronomie am Wasser sowie langfristige Zurverfügungstellung einer geeigneten Projektfläche.“  Kurzfristige Ziele für das Planungsjahr 2022: „Durchführung des Projektes Stadtstrand/Gastronomie am Wasser einer Gelsenkirchener Schaustellerfamilie.“  Maßnahmen zur Zielerreichung: „Suche nach einer geeigneten Projektfläche, Unterstützung bei den entsprechenden Anträgen zur Unterstützung sowie bei den Genehmigungsverfahren.“	x	zugestimmt		Die Verwaltung hat keine Bedenken gegen eine entsprechende Aufnahme in die Produktgruppe 5701.	zugestimmt
220	HFBPD	B90/Die Grünen	5701	1	Zielvereinbarung für die Produktgruppe 5701 Aufnahme des kurzfristigen Zieles „In der Produktgruppe 5701 wird als Zielsetzung die Thematisierung und Konzeption eines Gründenden-Wettbewerbs unter Einbeziehung des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation, Beherbergung und Gastronomie ergänzt.“	x.			zugestimmt	

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021	
221	WIBG	B90/Die Grünen	5701	1	Zielvereinbarung für die Produktgruppe 5701 Aufnahme des kurzfristigen Zieles „In der Produktgruppe 5701 wird als Zielsetzung die Thematisierung und Konzeption eines Gründenden-Wettbewerbs unter Einbeziehung des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation, Beherbergung und Gastronomie ergänzt.“	x	zugestimmt		Vorsichtig geschätzte Kosten p. a. für die Etablierung eines Gründenden-Wettbewerbs in Gelsenkirchen:  Personalkosten: 150.000 € (min. 2,0 Vollzeitäquivalente entsprechender Qualifikation) • Erstmalige Konzeptionierung und Zielsetzung des Wettbewerbs • Organisatorische und administrative Durchführung des Wettbewerbs • Aufbau und Betreuung eines dauerhaften Netzwerks bestehend aus Gutachtern, Mentoren, Coaches, Sponsoren, Unterstützern, Kooperationspartnern, etc. • Betreuung und Support der Teilnehmer • Öffentlichkeitsarbeit  Öffentlichkeitsarbeit: 60.000 € • Programmierung einer aussagekräftigen Wettbewerbs-website • Etablierung und Betreuung einer Facebook-Fanpage • Bereitstellung von Informationsmaterial (Videos, Downloads, Printmedien) • Pressearbeit • Offline-Bekanntmachung (Roll-ups, Flyer, Poster, Plakate, regionale Printmedien-Werbung) • Konzeptionierung, Organisation und Durchführung einer Wettbewerbs-Veranstaltungsreihe zur Bekanntmachung, Informationsweitergabe, Entwicklung und Festigung von Gründungsideen und Geschäftsmodellen • Auftakt- und Abschluss- bzw. Preisverleihungsveranstaltung  Die Verwaltung hat keine Bedenken gegen die Ergänzung der Zielsetzung in der Produktgruppe 5701. Es wird allerdings darauf hingewiesen, dass die Durchführung eines Gründenden-Wettbewerbs finanzieller Mittel bedarf.	<i>erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)</i>	
222	HFBPD	FDP	5701	1	In der Produktgruppe 5701: Talentetag auf dem HKP/Bahnhofstr. (WIBT) 25.000 Euro Die Verwaltung wird beauftragt, 25.000 Euro in den Haushalt einzustellen, um 2022 proaktiv einen Talentetag auf dem Heinrich-König-Platz und der Bahnhofstraße durchzuführen. In enger Kooperation mit Industrie- und Handwerkskammer soll eine Bühne für Betriebe geschaffen werden, die ausbilden. Begründung: Wir müssen dem Handwerk eine neue Wertschätzung entgegen bringen. Daher sollen bei einer Open-Air-Veranstaltung Handwerker in der Innenstadt ihre „Meisterstücke“ präsentieren. Tischler könnten ihre Gesellen- oder Meisterstücke zeigen, Floristen und Landschaftsgärtner den Platz mit ihren blühenden Unikaten schmücken, junge Köche könnten neue, kreative Gerichte vorstellen und Kellner die Speisen servieren. Auch Schneider, Landwirte und andere Kreative sollten auf einem Markt der Möglichkeiten ihre Entwürfe, Zukunftsvisionen oder Produkte vorstellen. Anhand ihrer eigenen Arbeiten könnten die jungen Menschen interessierten Gästen sehr detailliert die Ansprüche, die Schwierigkeiten, aber auch die Freude über das gelungene Produkt erläutern. Zudem könnte sehr leicht ein Kontakt zu Betrieben geknüpft werden. Kreative Synergieeffekte sind denkbar: Handwerksübergreifend könnten neue Geschäftsmodelle entwickelt werden.	x.					zugestimmt

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
223	WIBG	FDP	5701	1	<p>Die FDP-Ratsfraktion stellt folgenden Änderungsantrag zum Haushaltsaufstellungsverfahren 2022 in der Sitzung des WIBT am 30.11.2021:</p> <p>In der Produktgruppe 5701: Talentetag auf dem HKP/Bahnhofstr.</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, 20.000 Euro in den Haushalt einzustellen, um 2022 proaktiv einen Talentetag auf dem Heinrich-König-Platz und der Bahnhofstraße durchzuführen. In enger Kooperation mit Industrie- und Handwerkskammer soll eine Bühne für Betriebe geschaffen werden, die ausbilden.</p> <p>Begründung: Wir müssen dem Handwerk eine neue Wertschätzung entgegen bringen. Daher sollen bei einer Open-Air-Veranstaltung Handwerker in der Innenstadt ihre „Meisterstücke“ präsentieren. Tischler könnten ihre Gesellen- oder Meisterstücke zeigen, Floristen und Landschaftsgärtner den Platz mit ihren blühenden Unikaten schmücken, junge Köche könnten neue, kreative Gerichte vorstellen und Kellner die Speisen servieren. Auch Schneider, Landwirte und andere Kreative sollten auf einem Markt der Möglichkeiten ihre Entwürfe, Zukunftsvisionen oder Produkte vorstellen. Anhand ihrer eigenen Arbeiten könnten die jungen Menschen interessierten Gästen sehr detailliert die Ansprüche, die Schwierigkeiten, aber auch die Freude über das gelungene Produkt erläutern. Zudem könnte sehr leicht ein Kontakt zu Betrieben geknüpft werden. Kreative Synergieeffekte sind denkbar. Handwerksübergreifend könnten neue Geschäftsmodelle entwickelt werden.</p>	x.	zugestimmt		<p>Eine solche Veranstaltung wäre erlaubnispflichtig. Nach entsprechender Antragstellung könnte somit eine rechtliche Möglichkeit zur Durchführung bestehen.</p> <p>Vorsichtig geschätzte Kosten (abhängig von Umfang und Größe): Raum + Infrastruktur: 25.000 € Marktfestsetzung Sondernutzungsgebühren Sicherheit Hygiene Personalkosten: 25.000 € Akquise + Betreuung von Ausstellern und Besuchern Werbung Gesamt: 50.000 €</p> <p>Die Verwaltung gibt zu bedenken, dass als vorsichtig geschätzte Kosten für eine solche Veranstaltung 50.000 € beziffert wurden.</p>	<i>erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)</i>
224	HFBPD	FDP	5703	2	<p>Digitale Stadtführung (HFBPD) 10.000 Euro</p> <p>In der Produktgruppe 5703: Die Verwaltung wird beauftragt 10.000 Euro in den Haushalt einzustellen, um eine digitale Stadtführung entlang des Rundwegs Buer-City, Rungenberghalde/Zeche Hugo, Hugo-Bahntrasse, Horst und zurück nach Buer zu etablieren. Für das Projekt sollten zwingend Fördergelder akquiriert werden, so dass die Stadt selbst nur 10 bis 20 Prozent der anfallenden Kosten zu tragen hat.</p> <p>Begründung: Von stadtprägenden Gebäuden wie dem Kunstmuseum, dem Weiserhaus oder dem historischen Rathaus Buer über Kunst im öffentlichen Raum wie dem Blobster oder der Installation Nachtzeichen bis hin zu historischen Gebäuden wie dem Schloss Horst bietet der Rundgang abwechslungsreiche Einblicke in die Gelsenkirchener Geschichte. An der Zeche Hugo mit Halde, Grünlabor und Schängelbergsiedlung könnte zudem die Bergbaugeschichte sowie der Strukturwandel verdeutlicht werden. Bei einem digitalen Stadtrundgang wird ein QR-Code, der mit Hilfe eines Handys ausgelesen werden kann und per Mausklick neue Gesichtswelten erfahrbar machen soll, an bedeutenden Gebäuden platziert. Videos, Audio-Dateien sowie aktuelle und historische Fotos werden hinterlegt, die den Betrachter über Hintergründe und Geschichte des jeweiligen Gebäudes multimedial informieren. So wird Stadtgeschichte erfahrbar und auch für Kinder interessant.</p>	x.				zugestimmt

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021
225	HFBPD	FDP	5703	2	<p>Die FDP-Ratsfraktion stellt folgenden Änderungsantrag zum Haushaltsaufstellungsverfahren 2022 in der Sitzung HFBPD am 2.12.2021:</p> <p>In der Produktgruppe 5703: digitale Stadtführung Die Verwaltung wird beauftragt 10.000 Euro in den Haushalt einzustellen, um eine digitale Stadtführung entlang des Rundwegs Buer-City, Rungenberghalde/Zeche Hugo, Hugo-Bahntrasse, Horst und zurück nach Buer zu etablieren. Für das Projekt sollten zwingend Fördergelder akquiriert werden. Begründung: Von stadtpprägenden Gebäuden wie dem Kunstmuseum, dem Weiserhaus oder dem historischen Rathaus Buer über Kunst im öffentlichen Raum wie dem Blobster oder der Installation Nachtzeichen bis hin zu historischen Gebäuden wie dem Schloss Horst bietet der Rundgang abwechslungsreiche Einblicke in die Gelsenkirchener Geschichte. An der Zeche Hugo mit Halde, Grünlabor und Schüngelbergsiedlung könnte zudem die Bergbaugeschichte sowie der Strukturwandel verdeutlicht werden. Bei einem digitalen Stadtrundgang wird ein QR-Code, der mit Hilfe eines Handys ausgelesen werden kann und per Mausklick neue Geschichtswelten erfahrbar machen soll, an bedeutenden Gebäuden platziert. Videos, Audio-Dateien sowie aktuelle und historische Fotos werden hinterlegt, die den Betrachter über Hintergründe und Geschichte des jeweiligen Gebäudes multimedial informieren. So wird Stadtgeschichte erfahrbar und auch für Kinder interessant.</p>	x.				erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)

Antragsteller/Schriftführung								Fachdienststelle		
Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €	Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
250	AfG	Die Linke	1108	2	Die Linksfraktion beantragt, dass im Stellenplan für 2022 zusätzlich zwei halbe Stellen eingerichtet werden, um das Angebot eines zentralen Hilfefonens für psychisch Kranke zu eröffnen.	abgelehnt				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
251	HFBPD	B90/Die Grünen	1109	2	Das Budget für die Bezirksforen wird ab dem Jahr 2022 von 200.000 Euro auf 265.000 Euro aufgestockt.	abgelehnt				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
252	ABL	B90/Die Grünen	1110	6	<p>Ziel „Nachhaltiges Bauen“</p> <p>Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, in der Produktgruppe 1110 Hochbaumanagement auf Seite 118 folgende Ziele aufzunehmen:</p> <p>Kurzfristiges Ziel für das Planungsjahr 2022: Vorbereitung und Kostenklärung der Einführung eines solchen anerkannten Zertifizierungssystems zum „Nachhaltigen Bauen“ wie z.B. BNB oder DGNB.</p> <p>Mittelfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2022 bis 2025: Einführung der Zertifizierung aller städtischen Bauvorhaben und der damit verbundenen Bauprozesse nach einem anerkannten Zertifizierungssystem zum „Nachhaltigen Bauen“.</p> <p>Begründung: Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte in einer entsprechenden Haushaltsanfrage das Thema „Nachhaltiges Bauen“ für einen sorgsam Umgang mit Ressourcen und für die Erreichung der Klimaziele für die städtischen Bauvorhaben und Bauprozesse aufgeworfen. In der Beantwortung durch die Verwaltung ist deutlich geworden, dass dieses Thema offensichtlich bisher nur punktuell und im Zusammenhang mit dem Zugang auf damit verbundene Fördermittel eine Rolle gespielt hat. Nach Auffassung der GRÜNEN sollte angestrebt werden, dass „Nachhaltiges Bauen“ ein grundsätzlicher Standard für städtische Bauvorhaben und Bauprozesse wird und dafür ein entsprechendes Zertifizierungssystem als strukturelles Qualitätssicherungssystem im Hochbaumanagement eingeführt wird, wie es z.B. im Landschaftsverband Westfalen-Lippe bereits angegangen worden ist.</p>	zurückgezogen				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/ abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €	Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
253	OPV	B90/Die Grünen	1201	1	<p>Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt im Rahmen des Haushaltsberatungsverfahrens die Aufnahme des folgenden mittelfristigen Zieles:</p> <p>Ausweitung der Präsenz des Kommunalen Ordnungsdienstes, mindestens in den Monaten von Mai bis September, täglich von 22:00 Uhr - 02:00 Uhr.</p> <p>Begründung: Der KOD ist lediglich bis 22:00 Uhr im Außendienst in Präsenz tätig. Dies führt dazu, dass der KOD seine originären Aufgaben im Bereich der Ordnung in den Nachtzeiten nicht wahrnehmen kann. Insbesondere in den wärmeren Monaten kommt es zu Verstößen im Ordnungsbereich auch zur Nachtzeit (Lärmbelästigungen, Vermüllungen etc.). Um diese Verstöße originär zu ahnden und nicht der lediglich bedingt zuständigen Polizei zu überlassen, ist die zeitliche Ausweitung der Präsenz im genannten Zeitraum notwendig. Erschwerend kommt hinzu, dass die Leitstelle des KOD in einem Projekt 24 Stunden besetzt ist, obwohl in den Nachtstunden keine KOD-Kräfte im Außendienst aktiv sind. Dies führt die Ausweitung der Leitstelle ad absurdum, da die Einsätze lediglich an die Polizei von der Leitstelle KOD zur Nachtzeit weitergeleitet werden.</p>	zurückgezogen				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
254	OPV	FDP	1201	1	<p>Die Verwaltung wird beauftragt, 5.000 € in den Haushalt einzustellen, um interessante, neue und innovative Nachbarschaften-Projekte zu entdecken. Dazu sollen die Bürgerinnen und Bürger über eine Werbekampagne aufgefordert werden, best-practice Beispiele zu entwickeln. Als Anreiz sollen die besten fünf Beispiele am Ende des Jahres mit je 500 € Startkapital prämiert werden.</p> <p>Begründung: Mit der Förderung des generationsübergreifenden Zusammenlebens in einem Quartier, mit der Stärkung der Identifikation mit einem Stadtteil, der Übernahme von Verantwortung für die eigene Nachbarschaft oder auch der Vermittlung von Umweltkompetenzen eignet sich ein solches Projekt.</p>	zurückgezogen				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/ abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €	Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
255	OPV	FDP	1201	1	<p>Zum Thema "Nachbarschaften stärken" wird ferner folgender Änderungsantrag gestellt:                      Die Verwaltung wird beauftragt, außerhalb der Stadterneuerungsgebiete Flächen zu definieren und 5.000 € in den Haushalt einzustellen, um Nachbarschaften zu stärken. Auf den Flächen können Nachbarn gemeinsam grüne Oasen schaffen, auf denen sie sich treffen, die sie gemeinsam pflegen. Als Anreiz sollen die besten Beispiele am Ende des Jahres prämiert werden. Die Anwohner sollen Karten für die Zoom-Erlebniswelt, Karten für Veranstaltungen von Emschertainment, einen kleinen Zuschuss für ein gemeinsames Stadtfest oder Ähnliches bekommen.</p> <p>Begründung:                      Das Gefühl und die Gewissheit, sich im unmittelbaren Wohnumfeld frei und sicher bewegen zu können, ist die Grundlage dafür, sich dort auch wohlfühlen., nachbarschaftliche Kontakte zu entwickeln und Verantwortung füreinander und für das Wohnumfeld zu übernehmen. Es ist nicht nur ein Beitrag gegen Vereinsamung und gesellschaftliche Spaltung, sondern auch für mehr Sauberkeit. Denn engagierte Nachbarinnen und Nachbarn finden sich nicht mit der Vermüllung ihrer Heimat ab; legen selbst Hand an und sensibilisieren ihre Mitmenschen für die Problematik.</p>	zurückgezogen				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
256	ASA	Die Linke	2101	4	<p>Die Linksfraktion beantragt, ab dem Jahr 2022 wird in allen Schulen und Kindertagesstätten in Gelsenkirchen eine kostenfreie warme Mahlzeit angeboten. Der Einnahmeausfall wird aus dem kommunalen Haushalt gedeckt.</p>	abgelehnt				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
257	AfB	AUF	2101	4 5: PG 4102	<p>Einstellung von ärztlichen Fachkräften für flächendeckende Schuleingangsuntersuchungen                      Im Haushalt werden 100 000 € bereitgestellt, um zusätzliche Ärztinnen und Ärzte, eventuell auf Honorarbasis, beim Gesundheitsamt einzustellen, mit dem Ziel, alle Kinder mit einer gründlichen Schuleingangsuntersuchung erfasst werden.</p> <p>Begründung                      Mit der Begründung der Überlastung des Gesundheitsamts durch die Corona-Pandemie wurden diese früher üblichen Reihenuntersuchungen nahezu gänzlich eingestellt und mittlerweile stark reduziert – nur auf Antrag von Schulen oder Eltern praktiziert.                      Dabei sind diese Untersuchungen wegen häufiger sprachlicher Defizite und psychomotorischer Entwicklungsstörungen der Kinder, insbesondere als Folge der Pandemie für Kinder und ihre Familien dringender denn je.</p>	abgelehnt				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/ abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €	Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
258	AfB	AUF	2101	4	<p>Finanzierung von Fortbildungsmaßnahmen für migrantische Lehrkräfte In den Haushalt werden 50.000 € eingestellt für Fortbildungsmaßnahmen von Migrantinnen und Migranten, gestützt auf Programme der Schulträger und der Landesregierung NRW für Menschen mit Fluchterfahrungen mit pädagogischer Ausbildung / Berufserfahrung. Damit soll dem akuten Lehrkräftemangel an Grundschulen entgegen gewirkt werden und das Lehrpersonal entlastet werden.</p> <p>Begründung: Auch nach einer Studie der Gewerkschaft GEW gibt es in der Bundesrepublik einen skandalösen Umgang mit migrantischen Lehrerinnen und Lehrern: „Tausenden zugewanderten Lehrerinnen und Lehrern wird der Weg in die Schulen verbaut.“<sup>1</sup> Laut dieser Studie werden geflüchteten und zugewanderte Menschen mit pädagogischen Ausbildungen und teils langjährigen Berufserfahrungen "unüberwindbare Hürden zur Aufnahme einer Tätigkeit an den Schulen in den Weg gelegt". Auch wenn die Ausbildung von Lehrkräften in der Verantwortung der Bundesländer liegt, kann Gelsenkirchen hier besondere Initiative ergreifen und Mittel für entsprechende Fortbildungsmaßnahmen zur Verfügung stellen. Gerade in unserer Stadt mit einem hohen Anteil migrantischer Familien können solche Lehrkräfte mit ihren Sprachkenntnissen und Lebenserfahrungen nicht nur für migrantische Kinder, sondern für alle Kinder eine große Bereicherung einbringen.</p>	abgelehnt				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
259	KTuS	B90/Die Grünen	2501	4	<p>Unterstützung bei der Etablierung einer Kleinkunsthöhne im Großraum Buer Begründung: Der Kulturbiergarten am Michaelshaus hat auch in diesem Jahr wieder gezeigt, dass im Stadtbezirk Nord ein hohes Interesse an Kleinkunst besteht. Private Initiatoren haben daher für die Einrichtung einer Kleinkunsthöhne seit einiger Zeit das Ladenlokal Horster Str. 6 (Gebäude Schauburg / Wahlscheinstelle bzw. des Kundenbüros Bildung und Teilhabe Nord) auf der sogenannten „Kulturmeile“ ins Auge gefasst. Um die Unterstützung dieser Bemühungen zum Ausdruck zu bringen, beantragt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die oben genannte Ergänzung des mittelfristigen Ziels.</p>	zurückgezogen				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
260	KTuS	Die Linke	2501	4	<p>Die Linksfraktion beantragt, den Ausfall der Einnahmen beim Kulturcent auch in 2022 wieder zu kompensieren. Dafür werden im Haushaltsplan 2022 30.000,00€ veranschlagt.</p> <p>Begründung: Mit dem Auslaufen des Stärkungspaktes sind wir nicht mehr in der Pflicht, an den unsäglichen Kürzungen in den sozialen und kulturellen Bereichen festzuhalten. Der Kulturcent speist sich aus Ticketverkäufen des MIR, welches in der Pandemie auch gelitten hat. Daher ist mit einem deutlichen Minus beim Kulturcent zu rechnen. Der Kulturcent ist ein erfolgreiches Projekt in Gelsenkirchen. Gerade nachdem nun über fast zwei Jahre nahezu alle Kulturveranstaltungen ausgefallen sind, ist es umso wichtiger, die freie Kulturszene zu unterstützen.</p>	zurückgezogen				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/ abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €	Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
261	KTuS	FDP	2502	4	<p>Weiternutzung der Kaue Die Verwaltung wird beauftragt 10.000 Euro In den Haushalt einzustellen, um einen Entwicklungsplan für die Weiternutzung der Kaue zu erarbeiten. Das kann und sollte in Anlehnung und In Abstimmung mit dem Kulturentwicklungsplan geschehen. In 2022 sollten zwei Workshops mit den Kreativen dieser Stadt durchgeführt werden, die zukünftige Nutzungsmöglichkeiten für die Kaue eruieren.</p> <p>Begründung: Die Kaue Ist ein architektonisches Highlight, ein beeindruckendes Zeugnis industrieller Vergangenheit von GE, was wir als solches bewahren sollen. Durch eine lebendige, vernetzte Kulturszene könnte hier ein wichtiger Wirtschaftszweig mit nationaler Ausstrahlung entstehen. Ziel ist es, den Austausch der Kulturinstitutionen und Aktiven in der Kulturlandschaft zu intensivieren und damit lokale und überregionale Netzwerke anzuregen. Die FDP stellt sich in direkter Nachbarschaft der Fortbildungsakademie der Wirtschaft ein kulturelles Startup vor, das Künstler:innen dabei unterstützt, sich am Markt zu präsentieren. Um den Fortbestand der Kaue zu sichern, möchte die FDP-Ratsfraktion ein Folgenutzungskonzept entwickeln.</p>	zurückgezogen				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
262	KTuS	Die Linke	2502	4	<p>Die Linksfraktion beantragt, die für 2022 vorgesehene Kürzung der Ausgaben für die Flora im Produkt 250202 nicht vorzunehmen und stattdessen en Vorjahreswert von 300.641,00€ einzustellen.</p> <p>Begründung: Aus unserer Sicht gibt es keinen Grund, gerade im Jahr nach den mehrfachen und anhaltenden „Lockdowns“ in der Kultur, die Mittel für Einrichtungen wie die Flora zu kürzen. Die Kulturszene in unserer Stadt braucht jede Unterstützung, die wir geben können. Und fast ein Viertel des Budgets zu streichen ist bei fast 5% derzeitiger Inflationsrate wohl keine Unterstützung, sondern viel eher peinlich. Daher beantragen wir, diese vorgesehene Kürzung im Produkt 250202 nicht vorzunehmen und das im Vorjahr geplante Niveau von 300.641,00€ fortzuschreiben.</p>	zurückgezogen				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
263	ASA	Die Linke	3102	5	<p>Die Linksfraktion beantragt, ab dem Jahr 2022 für das Frauenhaus Gelsenkirchen Mittel zu bezuschussen, die die Einstellung einer Hausaufgabenhilfe in Vollzeit decken.</p>	abgelehnt				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
264	ASA	AUF	3102	5	<p>In der ZOOM-Erlebniswelt wird ein Sozialticket eingeführt, um Erwachsenen und Kindern aus Gelsenkirchen mit Anspruch auf Sozialleistungen preisgünstigen Besuch in der ZOOM-Erlebniswelt zu ermöglichen. Das Sozialticket beinhaltet eine 50%ige Ermäßigung für vier Besuche pro Jahr auf den regulären Eintrittspreis.</p>	abgelehnt				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
265	ASA	AUF	3102	5	<p>In die Produktgruppe wird das Ziel aufgenommen: Die Stadt Gelsenkirchen setzt sich gegenüber der Bundesregierung und Landesregierung NRW ein für die Anhebung der Grundsicherungsleistungen und Regelsätze auf ein bedarfsgerechtes armutfestes Niveau</p>	abgelehnt				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/ abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €	Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
266	ASA	AUF	3102	5	In VB 5 Produktgruppe 3102 werden zusätzliche 50.000 € eingestellt - um allen hilfeschuchenden Frauen mit ihren Kindern Schutzmöglichkeiten in der nahen Umgebung anbieten zu können, - um die Unterbringungsmöglichkeiten der Wohnungsnothilfe zu erhöhen, die in Notfällen vorübergehend greifen, bis eine Frauenhausunterbringung realisiert werden kann, - um Träger und Initiativen Gelder zur Verfügung zu stellen. Die Arbeit bis zur Errichtung eines zweiten Frauenhauses in Gelsenkirchen soll entsprechend den Erfordernissen und den Empfehlungen des Europarates / der Istanbul-Konventionen damit gewährleistet werden.	abgelehnt				<i>Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.</i>
267	BV West	B90/DIE GRÜNEN	3602	4	Änderung Produktgruppe 3602 Hiermit beantragt die Bezirksfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Bezirkshaushalt West 2022 folgende Änderungen innerhalb der Produktgruppe 3602 (Kinder- und Jugendarbeit): Aufnahme des Mittelfristigen Zieles: "Ausbau des Netzes für Jugendeinrichtungen durch städtische Einrichtungen im Bezirk West" Aufnahme des kurzfristigen Zieles: "Lückenschluss im städtischen Angebot für Jugendeinrichtungen in Horst-Süd" sowie die Maßnahme zur Zielerreichung: "Schaffung eines städtischen Jugendzentrums in Horst-Süd im nahen Umfeld des Einkaufszentrums Markenstraße"	zurückgezogen				Eine Analyse der aktuellen Strukturen und Entwicklungen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit ist Bestandteil des „Kommunalen Kinder- und Jugendförderplans“, dessen Fortschreibung im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familien in der Novembersitzung vorgestellt wird. Mit Beschlussfassung werden öffentliche und freie Träger nicht nur beauftragt, die im Förderplan beschriebenen Ziele und Handlungsempfehlungen unter Berücksichtigung der haushaltsrechtlichen Vorgaben umzusetzen, sondern es erfolgt auch der Auftakt eines Prozesses zur Neuaufstellung und Weiterentwicklung der Kinder und Jugendarbeit. Ziel ist es, gemeinsam eine zeitgemäße, erhöhte und verlässliche soziale Infrastruktur an Angeboten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und deren Förderung in Gelsenkirchen zu erarbeiten. Eine Bewertung der beantragten Ziele ist durch die Verwaltung erst nach Abschluss dieses Prozesses möglich. Im Bezirk West befinden sich insgesamt sechs Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, davon vier Einrichtungen im Stadtteil Horst und zwei Einrichtungen im Stadtteil Beckhausen/Schaffrath. Darüber hinaus werden über Jugendverbände in Horst und Beckhausen zahlreiche Angebote für junge Menschen vorgehalten.  <i>Hinweis: Antrag zwischenzeitlich zurückgezogen.</i>

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/ abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €	Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
268	HFBPD	FDP	3602	4	Die FDP-Ratsfraktion stellt folgenden Zielvereinbarungsantrag zum Haushaltsaufstellungsverfahren 2022 in der Sitzung HFBPD am 2.12.2021: In der Produktgruppe 3602: Kinderbetreuung in der buerschen City Um die Attraktivität der Innenstadt zu steigern, wird die Verwaltung beauftragt, langfristig in der buerschen City in einem Ladenlokal eine Kinderbetreuung während der Öffnungszeiten des Einzelhandels einzurichten. Dazu sollte aus Kostengründen auch in Erwägung gezogen werden, die Kinderbetreuung durch Ehrenamtliche zu ermöglichen. Dies ist unter Anleitung pädagogischer Fachkräfte möglich, sofern erweiterte Führungszeugnisse ohne Eintrag vorliegen. Begründung: Die Innenstädte befinden sich im Wandel, der durch die Corona-Pandemie noch beschleunigt worden ist. Wir Freien Demokraten wollen daher Innenstädte neu denken und ausrichten. Für die Innenstadt in Buer schlagen wir eine Anlaufstation für Besucher:innen vor, wo diese ihre Kinder zur Betreuung abgeben können, während sie selbst in der Innenstadt bummeln. Wir denken dabei an Beispiele wie Ikea oder das Controlino in Oberhausen, könnten uns eine Kooperation von Stadt, Kaufmannschaft und einem freien Träger der Jugendhilfe wie beispielsweise die FALKEN vorstellen. Die Kinder sollen von Fachpersonal beaufsichtigt und beschäftigt werden. Sie sollen nicht nur bespaßt werden, ihnen soll - gegen eine kleine Gebühr - auch ein niederschwelliges Lernangebot gemacht werden. Wir schlagen eine Altersbegrenzung der Kinder von 3 bis 10 Jahren vor.	zurückgezogen				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
269	HFBPD	FDP	3602	4	Die FDP-Ratsfraktion stellt folgenden Änderungsantrag zum Haushaltsaufstellungsverfahren 2022 in der Sitzung HFBPD am 2.12.2021: In der Produktgruppe 3602: Kinderbetreuung in der buerschen City Die Verwaltung wird beauftragt, in der buerschen City in einem leerstehenden oder anzumietenden Ladenlokal eine Kinderbetreuung während der Öffnungszeiten des Einzelhandels einzurichten. Ein Testbetrieb soll bereits im Jahr 2023 aufgenommen werden. Dazu könnten Gelder aus dem Förderprogramm zur Stärkung der Innenstädte verwendet werden. Um Kosten weiter zu reduzieren, sollte Kontakt zur Ehrenamtsagentur aufgenommen werden, ob und wenn ja, in welcher Kapazität die Beaufsichtigung der Kinder übernommen werden kann. In den Haushalt sollen für das Projekt 50.000 Euro eingestellt werden. Begründung: Die Innenstädte befinden sich im Wandel, der durch die Corona-Pandemie noch beschleunigt worden ist. Wir Freien Demokraten wollen daher Innenstädte neu denken und ausrichten. Für die Innenstadt in Buer schlagen wir eine Anlaufstation für Besucher:innen vor, wo diese ihre Kinder zur Betreuung abgeben können, während sie selbst in der Innenstadt bummeln. Wir denken dabei an Beispiele wie Ikea oder das Controlino in Oberhausen. Wir schlagen eine Altersbegrenzung der Kinder von 3 bis 10 Jahren vor.	zurückgezogen				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
270	AfG	FDP	4101	5	Zielvereinbarungsantrag: Zähne putzen in der Schule Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftig bei allen Schulneubauten/ gravierenden Sanierungsmaßnahmen mit Mittagessen-Angebot, verbindlich die Möglichkeit zu schaffen, dass die Kinder sich die Zähne putzen können. Dazu sollten Gespräche mit den ortsansässigen Zahnärzten, der Kammer und dem Arbeitskreis Zahngesundheit geführt werden, um konkrete Kosten evaluieren zu können.	zurückgezogen				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/ abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €	Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
271	WIBG	FDP	5101	1	<p>Die FDP-Ratsfraktion stellt folgenden Zielvereinbarungsantrag zum Haushaltsaufstellungsverfahren 2022 in der Sitzung des WIBT am 30.11.2021:</p> <p>In der Produktgruppe 5101: Öffentliche Toiletten Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept für das „Projekt nette Toilette“ zu entwickeln. Bei der netten Toilette, die bundesweit in einzelnen Kommunen bereits durchgeführt wird, stellen Gastronomen in der Innenstadt ihre Toiletten kostenlos zur Verfügung. Sie werden von der Kommune entsprechend ihren Kosten entschädigt. Die Verwaltung möge über die Citymanager:innen eine Umfrage starten, unter welchen Konditionen Geschäftsleute und Gastronomen bereit wären, ein solches Projekt zu unterstützen.</p> <p>Begründung: Öffentliche Toiletten erhöhen die Aufenthaltsqualität. Spätestens nach der Corona-Pandemie wird deutlich, dass öffentliche Toiletten im Stadtgebiet Mangelware sind. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft ein Fiasko. Auch ist es wenig einladend für Besucher einer Stadt, wenn keine oder zu wenige öffentliche Kapazitäten an Toiletten vorhanden sind. Den Freien Demokraten ist bewusst, dass öffentliche Toiletten teuer sind, sowohl im Bau als auch in der hygienischen Unterhaltung.</p>	zurückgezogen				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
272	StePIA	Die Linke	5102	6	<p>Auflegung von Dach- und Fassadenbegrünungsprogrammen außerhalb von Stadterneuerungsgebieten. Dafür sollen im Haushalt 100.000 € für einen Fördertopf eingeplant werden.</p>	zurückgezogen				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
273	StePIA	AUF	5102	6	<p>Räumliche Planung Antrag auf Einfügung als zweiter Spiegelstrich auf Seite 479, Zielsetzung - Sanierung von Gewerbeflächen und Industriebrachen auf Kosten der Verursacher, als dringende Vorbereitung für eine erneute Nutzung. Begründung: In Gelsenkirchen, wie überhaupt im Ruhrgebiet, gibt es Gewerbeflächen und Industriebrachen, die nicht oder nicht ausreichend saniert sind. Große Konzerne suchen und suchen Gewerbeflächen im Ruhrgebiet, weil die Grundstückspreise in vielen Großstädten (z.B. München) in die Höhe geschossen sind. Sie haben jedoch von einer Ansiedlung im Ruhrgebiet Abstand genommen, weil geeignete Flächen erst mit hohen Kosten hätten saniert werden müssen. Dies betrifft einen größeren Teil der ehemaligen Zechengelände. Diese Verhinderung von Industrieansiedlungen und Arbeitsplätzen ist auch eine Folge der Politik der verbrannten Erde der RAG.</p>	zurückgezogen				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/ abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €	Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
274	AVM	B90/Die Grünen	5402	6	<p>„Zur Umsetzung der Aktion Stadt-Terrassen des Zukunftsnetzes Mobilität NRW inklusive eines Begleitprogramms mit Information, Kultur und Aktionen in der Altstadt von Gelsenkirchen werden in den Haushalt 2022 Mittel in Höhe von 40.000 Euro eingestellt. Für eine Umsetzung der Aktion in Buer im Jahr 2023 wird die gleiche Summe bereitgestellt.“</p> <p>Begründung: Das Zukunftsnetz Mobilität NRW hat die Aktion „Stadt-Terrassen“ ins Leben gerufen. Kommunen können sich um die kostenlose Ausleihe von entsprechendem Stadtmobiliar bewerben, mit denen für einen begrenzten Zeitraum Parkplätze in Treffpunkte für Bürgerinnen und Bürger umgewandelt werden. Um die Rahmenbedingungen für das Verleihangebot des Mobiliars (siehe Vorlage 20-25/2087) erfüllen zu können, werden die o.a. Mittel benötigt. Die Aktion ist ideal, um Vorschläge zur Aufwertung von Innenstädten durch Reduzierung des fließenden und ruhenden Verkehrs aufzugreifen und den möglichen Wandel für einen begrenzten Zeitraum erfahrbar zu machen. Der neu geschaffene Straßenraum kann unterschiedlich genutzt werden: als Fahrradstraße, Spielplatz, als Ort der Begegnung zwischen Nachbar*innen und als Ort für Kunst und Kultur. Dies ermöglicht es, die notwendige gesellschaftliche Diskussion um den Wandel der Innenstädte breit zu führen und an eine konkrete Erfahrung zu knüpfen. Laut Vorlage 20-25/2087 wird die Weberstraße zwischen Sellhorststraße und Augustastraße als für ein solches Projekt geeignet angesehen.</p>	abgelehnt				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
275	AVM	FDP	5403	6	<p>Zielvereinbarung - Landeplätze und Routen für Flugtaxen (lfd. Nr. 5 der Anfragen zur AVM Sitzung)</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt den Punkt Landeplätze und Routen für Flugtaxen in das Mobilitätskonzept der Stadt Gelsenkirchen aufzunehmen, um inhaltliche oder konkrete finanzielle Angaben zu evaluieren und ggf. im Haushalt 2023 dann eine Konzept- und Machbarkeitsstudie in Auftrag geben zu können.</p> <p>Begründung: Ab 2025 sollen Flugtaxen eine Erweiterung des ÖPNV werden. In Deutschland forschen Start-ups wie Volocopter oder Lilium daran. Schon jetzt sollten wir die Weichen setzen und Start- und Landeplätze definieren.</p>	zurückgezogen				Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/ abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €	Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
276	UNK	AUF	5601	6	Antrag zur kurzfristigen Zielsetzung für das Planungsjahr 2022 des sonstigen Immissionsschutzes Durchführung eines kleinräumigen Human-Bio-Monitoring von Anwohnerinnen und Anwohnern der Zentraldeponie Emscherbruch mit Landesfinfmitteln Begründung: Auf eine nachdrückliche Initiative der Anwohnerinnen und Anwohner der ZDE hin wurde am 27.4.2021 einstimmig mit Enthaltung der AfD vom Ausschuss für Umwelt, Nachhaltigkeit und Klima beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, sich mit dem Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW ins Benehmen zu setzen mit dem Ziel der Durchführung eines kleinräumigen Human-Bio-Monitoring und Maßnahmen zur Kostenübernahme durch das Ministerium. Aus Gründen des Immissionsschutzes ist dieses Human-Bio-Monitoring wegen den erheblichen Immissionen um die Zentraldeponie für die Sicherung der Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner von zentraler Bedeutung und sollte deshalb in den kurzfristigen Zielen des Haushalts aufgeführt werden.	abgelehnt				<i>Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.</i>
277	WIBG	Die Linke	5701	1	Die Fraktion DIE LINKE. beantragt, das Projekt "Luise bringt's" in einer Machbarkeitsstudie für Gelsenkirchen zu überprüfen und dafür 10.000 € zur Verfügung in den Haushalt einzustellen.	abgelehnt				<i>Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.</i>

Antragsteller/Schriftführung									Fachdienststelle		
Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/ abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €	Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
301	HFBPD	AUF	1101	OB	Wie hoch wäre die in den Haushalt einzustellende Summe, wenn Einzelratsmitglieder, die keiner Gruppe oder Fraktion des Rates angehören, 1/3 der Zuwendungen für die Geschäftsbedürfnisse und 1/3 der Investitions- und Betriebskostenzuschüsse der kleinsten im Rat vertretenen Fraktion bekommen?			x			Auf Grundlage des Beschlusses des Rates der Stadt vom 17.12.2020 wurde der Zuwendungsbetrag zum 1. Januar angepasst. Für den Haushaltsansatz wurde ein Zuwendungsbetrag für die kleinste Fraktion (3 Mitglieder) in Höhe von 73.477,50 € veranschlagt. Somit wäre ein Mehraufwand i. H. v. 24.492,50 € im Haushalt einzuplanen, sofern eine Auszahlung von Zuwendungen an Einzelmandatsträgerinnen und Einzelmandatsträger, wie im Antragstext beschrieben, durch den Rat beschlossen würde. Ergänzend wäre ein Mehraufwand i. H. v. 1.667,00 € für den Investitionskosten- und Sachmittelzuschuss einzuplanen.
302	HFBPD	AfD	1102	OB	Repräsentation Städtepartnerschaft zu Produktgruppe 110203 auf Seite 74 Sehr geehrte Frau Welge, angesichts fortbestehender Kontaktbeschränkungen wegen der Corona-Pandemie, aber auch aufgrund der Erwartung, dass auch in 2022 Kontakte nur unter der 3-G-Auflage stattfinden werden, fragen wir, wie es dabei zu einer Steigerung der Ausgaben im Bereich Repräsentation/Städtepartnerschaften kommen kann. Zudem sind Aktivitäten der Städtepartnerschaften nach allgemeiner Erfahrung seit Jahren rückläufig. Wie hoch ist der Haushaltsansatz allein für letztere?			x	18		Die Steigerung der Aufwendungen im Bereich Repräsentation und Städtepartnerschaften (Produkt 110203) ergibt sich ausschließlich durch die produktspezifische Verteilung der Personalkosten; alle weiteren Haushaltsansätze des Produkts sind unverändert. Der Haushaltsansatz für Städtepartnerschaften beläuft sich auf 18.000 €.
303	HFBPD	SPD	1108	2	Öffentliche Mobilität stärken – Firmenticket ausweiten Mitarbeiter*innen der Stadt Gelsenkirchen können auf ein vergünstigtes Firmenticket zurückgreifen, um den öffentlichen Personennahverkehr in Gelsenkirchen zu nutzen. Dieses Angebot unterstützen wir aus verschiedenen Gründen, insbesondere deshalb, da es die öffentliche Mobilität stärkt und die Umwelt entlastet, aber auch die Parkflächenbelastung reduziert und einen Mitarbeiter*innenanreiz darstellt. Wir bitten deshalb zu prüfen und darzulegen, ob dieses Angebot auch bereits für die Arbeitnehmer*innen der städtischen Töchter gilt, ob es ansonsten entsprechend ausgeweitet werden kann und mit welchen potentiellen finanziellen Belastungen eine solche Ausweitung verbunden wäre (bspw. MiR, Geisendienste, Stadtwerke).			x			Das Firmenticket ist aktuell aufgrund der vertraglichen Gestaltung für die Dienstkräfte der Kernverwaltung und der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen vorgesehen. Ob eine Ausweitung erfolgen kann, wird geprüft.

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/ abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €	Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
304	HFBPD	SPD	1108	2 6; PG 1110	<p>Externalisierungen von Leistungen im VB 6</p> <p>Vor dem Hintergrund der anstehenden und geplanten Baumaßnahmen im erheblichen Umfang (u.a. Schulneubauten, Sanierung des Rathaus Buer) und des sich zuspitzenden Fachkräftemangel im Bereich der Stadtplanung, des Bauingenieurwesens etc. bittet die SPD-Fraktion um Beantwortung der folgenden Anfragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Könnten aus Sicht der Verwaltung weitere Leistungen externalisiert werden – und wenn ja, welche –, um die ambitionierten Maßnahmen termingerecht fertigzustellen?</li> <li>- Wäre eine externe Untersuchung bzw. die Bereitstellung von entsprechenden Haushaltsmitteln aus Sicht der Verwaltung sinnvoll, um zu prüfen, ob gem. den gesetzlichen Verpflichtungen bei Ausschreibungen und Vergaben eine Beschleunigung von Planungs- und Bauverfahren durch weitere Externalisierungen von Leistungen möglich wäre? Falls ja, mit welchen Kosten wäre eine solche Untersuchung aus Sicht der Verwaltung verbunden?</li> </ul>			x			<p>Das Referat Hochbau und Liegenschaften priorisiert die Aufgaben nach folgenden Faktoren: 1. Brandschutz, 2. Fördermaßnahmen, 3. Inklusion und 4. Schaffung von ausreichendem Schulraum.</p> <p>Bereits jetzt werden daher alle Baumaßnahmen, bei denen eine externe Durchführung sinnvoll ist, extern ausgeschrieben und vergeben.</p> <p>Aber auch diese externalisierten Leistungen verursachen einen internen Personalaufwand. Zunächst ist die Erstellung der erforderlichen Ingenieurverträge und oftmals eine europaweite Ausschreibung notwendig. Darüber hinaus müssen alle externen Architekten und Ingenieure auch fachlich von Maßnahmenleitungen der Stadtverwaltung betreut werden, um Kosten, Termine und Qualitäten zu steuern.</p> <p>Die Kosten der Externalisierungen von Leistungen müssten natürlich gegen die Kosten einer Personalaufstockung abgewogen werden.</p> <p>Um Bauvorhaben zu beschleunigen werden im Einzelfall bereits Ausnahmen für die Zulassung von Generalunternehmer-Ausschreibungen eingereicht und mit den zuständigen Stellen diskutiert. Dies ist jedoch nur im Rahmen der zu beachtenden gesetzlichen Verpflichtungen möglich.</p> <p>Zukünftig könnte auch in Betracht gezogen werden, Maßnahmen im Rahmen von ÖPP abzuwickeln.</p> <p>Ob eine solche Vertragsform zur Realisierung einzelner Großbauprojekte Anwendung finden kann bzw. darf, müsste dann jedoch noch untersucht werden. Derzeit wird geprüft, mit welchen Kosten eine solche Untersuchung verbunden ist.</p>
305	HFBPD	SPD	1108	2	<p>Ein bunter Haufen: Werben um Fachkräfte</p> <p>2020 hat die städtische Verwaltung erfolgreich die Kampagne „Ein bunter Haufen“ ins Leben gerufen, um als Arbeitgeberin um Fachkräfte zu werben. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, der zunehmenden Aufgabenvielfalt und -menge sowie Arbeitgeberinnenfürsorgepflicht bittet die SPD-Fraktion die Verwaltung um die Beantwortung folgender Anfragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wie und auf welchen Wegen wirbt die Stadt als Arbeitgeberin um Fachkräfte?</li> <li>- Könnte durch die Zurverfügungstellung weiterer finanzieller Mittel die Bemühungen der Stadt Gelsenkirchen im Werben um Fachkräfte ausgebaut werden und würde dies aus Sicht der Verwaltung perspektivisch zu mehr Bewerbungen führen?</li> </ul>			x			<p>Alle externen Stellenausschreibungen werden in der Stellenbörse der Arbeitsagentur, auf der Homepage der Stadt, in den Stellenportalen Interamt.de und karriere.nrw.de, sowie bei Monster, LinkedIn, Xing oder Indeed und bei google for jobs veröffentlicht. Darüber hinaus werden sie ggf. in fachspezifischen Portalen wie z. B. der Jobbörse der Architektenkammer NRW, bei stellenblatt.de oder im Ärzteblatt veröffentlicht. Außerdem werden Ausschreibungen teilweise auch bei den einschlägigen Universitäten veröffentlicht.</p> <p>In einigen Fällen wurden Headhunter und ein externes Beratungsunternehmen mit der Suche von Fachkräften (in der technischen Verwaltung sowie im Bereich der sozialen Arbeit) beauftragt. Weitere Information zu den Personalgewinnungsmaßnahmen ergeben sich aus der entsprechenden Vorlage „Personalgewinnungs- und Personalbindungsmaßnahmen bei der Stadt Gelsenkirchen“ für den HFBPD am 02.12.2021.</p> <p>Zusätzliche finanzielle Mittel würden in der derzeit angespannten Arbeitsmarktsituation nicht zu mehr Bewerbungen führen.</p>
306	HFBPD	WIN	1108	2	<p>Organisationsuntersuchung Ausländerbehörde</p> <p>Mit welchem finanziellen und personellen Aufwand war es verbunden die Organisationsuntersuchung bei der Ausländerbehörde durchzuführen?</p> <p>Welche Arbeiten umfasste die Organisationsuntersuchung konkret?</p>			x			<p>Die Organisationsuntersuchung wurde durch das Referat Personal und Organisation durchgeführt. Die Untersuchung umfasste die Festlegung von Zielen, die IST-Aufnahme, die Analyse und die Sollkonzeption. Die Umsetzung und die spätere Evaluation werden in den Untersuchungsbereichen durchgeführt. Alle Planungen und Maßnahmen orientieren sich an den vorher festgelegten Zielen.</p>

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €	Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
307	HFBPD	WIN	1108	2	Organisationsuntersuchung Bürgercenter Mit welchem finanziellen und personellen Aufwand wäre es verbunden eine Organisationsuntersuchung beim Bürgercenter ähnlich der bei der Ausländerbehörde durchzuführen? Die Organisationsuntersuchung soll Prozesse, Arbeitsaufwand, Fallzahlen und daraus resultierend Prozessänderungs- und den Personalbedarf ermitteln, mit dem Ziel die Wartezeiten zu verringern und die Bürgercenter bürgerfreundlicher zu gestalten. Hierzu sollen Vergleiche mit Nachbarkommunen herangezogen werden, was bei der Ausländerbehörde gemäß Drucksache 20-25/1121 erfolgt sein soll.			x			Die grundsätzliche Notwendigkeit einer organisatorischen Untersuchung ist zunächst mit dem Referat Bürgerservice abzustimmen. Eine Untersuchung umfasst die Festlegung von Zielen, die IST-Aufnahme, die Analyse und Sollkonzeption. Die Umsetzung und die spätere Evaluation werden in den Untersuchungsbereichen durchgeführt. Alle Planungen und Maßnahmen orientieren sich an den vorher festgelegten Zielen. Im Rahmen der IST-Aufnahme erfolgt immer auch eine interkommunale Recherche und es werden empirische Möglichkeiten zur Zielerreichung geprüft. Inwiefern sich diese Methode eignet, wird in der Analysephase geprüft und hängt insbesondere davon ab, ob übertragbare Best-Practice-Modelle identifiziert werden. Das Sollkonzept stellt auf die individuell festgelegten Ziele des Untersuchungsbereichs ab.
308	HFBPD	WIN	1108	2	Organisationsuntersuchung KFZ Zulassungsstelle Mit welchem finanziellen und personellen Aufwand wäre es verbunden eine Organisationsuntersuchung bei der KFZ Zulassungsstelle ähnlich der bei der Ausländerbehörde durchzuführen? Die Organisationsuntersuchung soll Prozesse, Arbeitsaufwand, Fallzahlen und daraus resultierend Prozessänderungs- und den Personalbedarf ermitteln, mit dem Ziel die Wartezeiten zu verringern und die KFZ Zulassungsstelle bürgerfreundlicher zu gestalten. Hierzu sollen Vergleiche mit Nachbarkommunen herangezogen werden, was bei der Ausländerbehörde gemäß Drucksache 20-25/1121 erfolgt sein soll.			x			Im März 2020 wurde eine umfassende Organisationsuntersuchung abgeschlossen. Die Wirksamkeit der Maßnahmen ist zu evaluieren. Inwieweit die pandemische Lage zu aussagekräftigen Ergebnissen geeignet ist, ist im Rahmen der Evaluation zu beurteilen.
309	HFBPD	Die Linke	1108	2	1. Wie viele neue Planstellen beim Kommunalen Ordnungsdienst sieht der Haushaltsentwurf vor und in welchem Posten schlagen sich die Kosten nieder? In welcher jährlichen Höhe liegen die Kosten? 2. Wie hoch sind die Personal- und Sachkosten jährlich für jeweils 10 neugeschaffene Stellen?			x			Im Haushalt sind für das Jahr 2022 weitere 20 Planstellen vorgesehen. Die Kosten werden bei den Personalaufwendungen veranschlagt. Die genaue Höhe kann erst nach Abschluss der Gesamtkonzeption und der damit verbundenen Bewertung der Planstellen ermittelt werden.
310	HFBPD	Die Linke	1108	2	Da der Schlachtbetrieb nicht fortgeführt wird, ist davon auszugehen, dass deutlich weniger Personal für die Fleischhygiene benötigt wird, wodurch die Aufwendungen deutlich sinken. a) Wann ist mit einer Neuberechnung unter Einbezug der Situation der Betriebsschließung zu rechnen? b) Welche Kosten werden für Abfindungen bzw. Abwicklung von Arbeitsverträgen der voraussichtlich zu kündigenden Beschäftigten in der Fleischhygiene anfallen?			x			Zu a) In der Personalkostenplanung für das Haushaltsjahr 2022 wurde bereits berücksichtigt, dass Dienstkräfte vom Schlachthof in die allgemeine Verwaltung wechseln. Zu b) Für die Abwicklung von Arbeitsverträgen und die Zahlung von Abfindungen sind 70.000,- € veranschlagt worden.
311	HFBPD	Die Linke	1108	2	Warum rechnet die Verwaltung angesichts der momentanen Inflationsentwicklung und der Tarifforderung von ver.di nach 5% Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst dennoch lediglich mit einer Anhebung der Personalaufwendungen von 1%? (vgl. S. 41 Vorbericht)? Sollte es zu einer Tarifierhöhung um mehr als 1% kommen, woher nimmt die Stadt die zusätzlichen Mittel, die in ihrer Höhe den geplanten Jahresüberschuss deutlich überstiegen?			x			Die Personalkostenplanung für die Beschäftigten der Stadt Gelsenkirchen für das Haushaltsjahr 2022 erfolgte ab dem 01.04.2022 mit einer Erhöhung um 1,8 %. Dies ist das Ergebnis aus den letzten Tarifverhandlungen für die Beschäftigte im Bereich des TVöD VKA. Für die Berechnung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge wurde eine 1,5 %ige Erhöhung auch ab dem 01.04.2022 zu Grunde gelegt, da voraussichtlich auch für die Beschäftigten des Landes NRW, damit auch analog für die Beamten und Versorgungsempfänger, ein Tarifabschluss, wie im Bereich des TVöD VKA, zustande kommen wird. Es ist nicht davon auszugehen, dass für die Beschäftigten des Landes NRW ein höherer Tarifabschluss als im Bereich des TVöD VKA zustande kommen wird. Die Fortschreibung der Personalkosten für die folgenden Haushaltsjahre um 1% ist durch gesetzliche Regelungen festgeschrieben.

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €	Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
312	HFBPD	AUF	1108	2 1: PG 1212	Wie viele Stellen müssten in der Ausländerbehörde geschaffen werden bzw. für wieviel zur Zeit nicht besetzte Stellen müsste Personal eingestellt werden, um die Wartezeit für einen persönlichen Termin in der Ausländerbehörde auf drei Monate zu senken? Wie hoch wäre die in den Haushalt einzustellende Summe für die entsprechenden Personalkosten?			x			<p>Mit dem Ergebnis der im März 2021 abgeschlossenen Organisationsuntersuchung ist ein Sollkonzept zur Situation bei der Ausländerbehörde erstellt worden. Nach diesem ist u. a. ein Personalmehrbedarf festgestellt worden. Die Personalaufstockung hat zwischenzeitlich nahezu vollständig stattgefunden, zwei noch ausstehende Einstellungen stehen unmittelbar bevor. Aktuell sind bei der Ausländerbehörde vier Stellen nicht besetzt, ab dem 01.01.2022 wird eine weitere Stelle frei. Diese Stellen sind derzeit in der Ausschreibung.</p> <p>Eine Beantwortung im Sinne der Fragestellung ist zum derzeitigen Zeitpunkt nicht möglich, da bisher nicht alle Inhalte der Organisationsuntersuchung umgesetzt werden konnten und insofern keine verlässliche Beurteilung der eingetretenen Wirkung der getroffenen Maßnahmen erfolgen kann.</p> <p>Eine abschließende Aussage, ob die eingeleiteten organisatorischen und personalwirtschaftlichen Maßnahmen die gewünschten Wirkungen erzielen und die Arbeitssituation nachhaltig verbessern, kann erst getroffen werden, wenn sich die Arbeitsabläufe innerhalb der Aufgabenfelder eingespielt haben. Eine Evaluation ist daher nach einem repräsentativen Zeitraum von einem Jahr nach der Umsetzung aller Maßnahmen vorgesehen.</p>
313	HFBPD	AUF	1108	2	Welche Schritte und Kosten schlägt die Stadtverwaltung vor für eine Kampagne für die Erhöhung der Ausbildungsquote? Welche Summen sind dafür in den Haushalt 2022 einzustellen?			x			<p>Die geplanten Ausbildungs- und Studienplätze konnten in diesem Jahr bis auf vereinzelte und kurzfristige Absagen unmittelbar vor Beginn der Ausbildung besetzt werden.</p> <p>Im vergangenen Jahr wurde die Kampagne "Ein bunter Haufen" gelauncht, welche die Kommunikation bezüglich Ausbildung und Studium beinhaltet. Darüber hinaus werden weitere Maßnahmen des Ausbildungsmarketings umgesetzt. Hierzu zählen u. a. das Talentscouting, Teilnahme an Messen und Berufsinformationstagen. In Zeiten der Pandemie wurden diese überwiegend digital wahrgenommen.</p> <p>Insgesamt ist festzuhalten, dass die derzeitigen Kapazitäten bei den Bildungsinstituten (SEL; Hochschulen) in voller Höhe ausgeschöpft werden.</p>
314	HFBPD	AUF	1109	2	Welchen Betrag würde eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes für die Haushaltsplanung 2022 ergeben? a) um 5 % b) um 10 %			x			<p>Der Planansatz der Gewerbesteuer (73.000.000 €) würde sich wie folgt erhöhen: zu a) um 750.000 € auf 73.750.000 €, zu b) um 1.500.000 € auf 74.500.000 €.</p>
315	HFBPD	AUF	1109	2	Auf welchen Annahmen beruhen die Gewerbesteuerschätzungen für die Jahre 2022 bis 2025? Wie wurden diese berechnet?			x			<p>Die Erträge aus der Gewerbesteuer entwickeln sich in Gelsenkirchen sehr volatil und stark schwankend. Die Ansätze können nicht konkret berechnet werden, sie werden unter Berücksichtigung von Erfahrungswerten auf der Basis der Ergebnisse der vorangegangenen Jahre geschätzt. Aktuell wurden die Planwerte für die Jahre 2022 bis 2025 der Mittelfristigen Finanzplanung 2022 bis 2024, die Bestandteil des Haushaltsplans 2021 ist, fortgeschrieben. Berücksichtigt wurden dabei auch die Ergebnisse der 160. Sitzung des Arbeitskreises Steuerschätzungen des Deutschen Städtetages: erwarteter Anstieg im Vergleich zu 2021 = 4,2%.</p>
316	HFBPD	AUF	1109	2	Welche Auswirkungen hätte eine Verdoppelung bzw. Vervierfachung des Zinssatzes für Liquiditätskredite auf den Haushalt 2022?			x			<p>Die Zahlungsverpflichtungen aus den bestehenden Liquiditätskrediten sind vertraglich festgelegt und im Haushalt eingeplant, so dass eine Zinsveränderung hier keine Wirkung entfaltet. Für möglicherweise notwendig werdende, neue Liquiditätskredite wurde ein Zinssatz von 0,875% p.a. respektive 1,5 Mio. € eingeplant. Eine Verdopplung oder Vervierfachung des Zinssatzes hätte einen entsprechend höheren Aufwand (3 bzw. 6 Mio. €) zur Folge. Aktuell liegt der Zinssatz für kurzfristige Liquiditätskredite bei -0,30% p.a., so dass ein derartiger Anstieg eher nicht wahrscheinlich erscheint.</p>

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €	Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
317	HFBPD	AfD	1111	1	Vervierfachung Haftpflichtangelegenheiten zu Produkt 111102 auf S. 151 Sehr geehrte Frau Welge, bei diesem Produkt lag der Haushaltsansatz 2020 bei ca. 1,2 Millionen Euro, ab 2021 und in den Folgejahren sind die Ansätze in etwa vervierfacht. Wie ist diese enorme Steigerung zu erklären? Was plant die Stadt hier zur Vermeidung einer solchen Steigerung?			x			Die Aufwendungen für die Umlage zur Unfallkasse sowie zu umlagefähigen Versicherungen werden ab 2021 zentral bei den mittelbewirtschaftenden Referaten veranschlagt. Eine Erhöhung des Haushaltsansatzes für Haftpflichtaufwendungen ist nicht erfolgt.
318	HFBPD	Die Linke	1116	1	Warum sinken trotz Zunahme der zu reinigenden Flächen durch z. B. den Neubau diverser Schulgebäude die Ausgaben für Reinigungskosten im nächsten Jahr und warum ist darüber hinaus bis 2025 keine einzige Anhebung geplant?			x			GELSENDIENSTE vermutet eine Fehldeutung der Kennzahlen / Berichte. Anhand der Wirtschaftspläne ist beispielsweise zu erkennen, dass sowohl der entsprechende Aufwand als auch der Betriebskostenzuschuss steigen.
319	HFBPD	AfD	1208	1 zzgl. PG1210	Wartezeiten in Bürgercentern zu den Produkten 120801/120802 auf Seite 219 und zu Produkt 121001 auf Seite 227 Sehr geehrte Vorsitzende, mit Verwunderung nehmen wir zur Kenntnis, dass Bürger im Straßenverkehrsamt und in den Bürgercentern 2020 durchschnittlich nur 8 Minuten warten mussten und seit 2021 nur 10 Minuten und dass dies auch für die Folgejahre möglich sein soll. Unserer Erfahrung nach warten Bürger aber mehrere Wochen auf freie Termine. Wird hier lediglich die Wartezeit in den Dienststellen abgebildet von Bürgern, die Wochen oder Monate zuvor auf diesen Termin gewartet haben? Welche Vorlaufzeiten plant die Stadt in 2022 und in den Folgejahren ein, d.h. welche Zeitspannen plant die Stadt zwischen Beantragung des Termins und dem Stattfinden des Termins? Wie erklären sich die ab 2022 im Vergleich zu den Vorjahren reduzierten Haushaltsansätze (Produkt 121001) vor dem Hintergrund der wochenlangen Terminwartezeiten und des somit – eigentlich zu erwarten – zu erhöhenden Personalkostenaufwands?			x			Es wird die Wartezeit in den Dienststellen abgebildet. Je nach aktueller personeller Besetzung werden morgens zusätzliche Termine für den Tag freigeschaltet. Notfälle wie auch die Abholung fertiggestellter Ausweisdokumente werden ohne Termin bearbeitet. Eine Mehrfachbuchung von Terminen wird technisch unterbunden. Die Bürger*innen werden persönlich wie auch über die Öffentlichkeitsarbeit angehalten, Termine, die sie nicht wahrnehmen können, zeitnah abzusagen, damit sie für andere wieder freigegeben werden können. Mittelfristig ist mit einer Reduzierung der Wartezeit zwischen der Vereinbarung und dem Stattfinden der Termine zu rechnen. Zum Produkt 121001 (Meldeangelegenheiten und Personaldokumente) gibt es im Vergleich zu den Vorjahren keine reduzierten Haushaltsansätze.
320	HFBPD	FDP	1208	1 zzgl. PG 1210, 1211	Bürgerbus 1. Kann die Verwaltung einen Bürgerbus in den Stadtteilen (z.B. an Markttagen) einsetzen, um Dienstleistungen der Verwaltung vor Ort bürgernah anzubieten? Der Bus soll seniorenfreundlich gestaltet sein und die Bedürfnisse von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen berücksichtigen. 2. Ist es möglich, ämterübergreifend alle Dienstleistungen von der Meldebescheinigungen über den Personal- und Führerschein, Wohngeldanträge sowie Kfz- Um- und Abmeldungen in einem solchen Bus anzubieten? 3. Was würde die Einrichtung eines solchen Fahrzeugs kosten? Mit welchen laufenden Kosten ist zu rechnen.  Begründung: Die momentanen Probleme in der Führerscheinstelle der Stadt Gelsenkirchen machen es deutlich, dass der Bürgerservice erweitert werden muss. Für ältere Einwohner und vor allem für die Bewohner:innen der 18 Gelsenkirchener Stadtteile sind die Wege zur Verwaltung oft schwierig und lang. Der Bürgerbus könnte die Arbeit in den Ämtern entlasten. Er muss nicht täglich unterwegs sein. Garantiert werden sollte aber zumindest der Besuch des Stadtteils einmal im Monat. In den Wintermonaten könnte man das Projekt bedarfsorientiert planen — also nur nach vorheriger Anmeldung losfahren.			x			Zur Erweiterung des Bürgerservice wird der Einsatz eines Bürgerbusses grundsätzlich begrüßt. Die rechtlichen und technischen Voraussetzungen (z.B. für die Übermittlung von Ausweisdaten) müssen geprüft werden. Ein entsprechend ausgerüsteter Bus inklusive Fahrer*in wäre zu beschaffen. Auch wäre zusätzliches Personal zur Besetzung des Busses zu generieren. Das Personal muss, da ämterübergreifende Dienstleistungen -nicht nur die der Bürgercenter- angeboten werden sollen, zuvor ausreichend geschult werden.  Wie beschrieben muss hierzu erst ein entsprechendes Konzept unter Berücksichtigung der rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen erstellt werden. In Bezug auf den angesprochenen zusätzlichen Personalbedarf (außer Fahrer) müsste insoweit auch eruiert werden, ob mit dem Bus eine Verringerung des Aufkommens bei den jeweiligen Anlaufstellen einhergeht und damit die Personalbedarfe dort grundsätzlich minimiert werden könnten.  Zu der Beschaffung eines entsprechend ausgestatteten Fahrzeuges kann aufgrund mangelnder Informationen zur Größe, Beschaffenheit bzw. technischen Ausstattung aktuell keine Angabe gemacht werden.

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €	Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
321	HFBPD	WIN	1210	1	Zustellservice Ausweisdokumente Ergänzend zu den Fragen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen möchten wir wissen:  1) Wieviele Ausweisdokumente werden durch die Stadt jährlich erstellt? 2) Wieviel Ausweisdokumente werden abgeholt und wieviele zugestellt? 3) Wer übernimmt die Kosten der Zustellung und wie hoch sind diese? 4) In welcher Form wurde die Möglichkeit einer CO2 neutralen Zustellung Bürgerinnen und Bürger kommuniziert? 5) In welcher Form wurde die Westfälische Hochschule über die Suche eines Zustelldienstes informiert? 6) In welcher Form wurden Studenten der Westfälischen Hochschule über die Suche eines Zustelldienstes informiert? 7) Besteht die Möglichkeit, dass man der Westfälischen Hochschule anbietet, dass Studenten im Rahmen einer Haus-, Bachelor- oder Masterarbeit das wirtschaftliche Potenzial eines CO2 neutralen Zustelldienstes in Gelsenkirchen untersuchen?			x			1) Im Durchschnitt werden jährlich 7.700 Reisepässe 23.000 Personalausweise und 3.000 Kinderreisepässe ausgestellt. 2) Einen Zustellservice gibt es aktuell noch nicht. Es werden alle Dokumente abgeholt. 3) Die Kosten je Zustellung sollen 5,- Euro nicht übersteigen und werden von den Antragsteller*innen getragen, die diesen Service in Anspruch nehmen werden. 4) Einen Zustellservice gibt es aktuell noch nicht. 5) Die Westfälische Hochschule wurde bisher nicht über die Suche eines Zustelldienstes informiert. 6) Die Studenten der Westfälischen Hochschule wurden bisher nicht über die Suche eines Zustelldienstes informiert. 7) Die Möglichkeit besteht grundsätzlich. Die Prüfung unter anderem des wirtschaftlichen Potentials wird jedoch auch im Rahmen der Einführung des Zustellservices mit Blick auf die Tatsache erfolgen, dass dieser Service in anderen Städten (z.B. Düsseldorf) bereits angeboten wird. Dortige Erfahrungswerte können genutzt werden.
322	HFBPD	AUF	3601	4	Wie hoch wäre die in den Haushalt einzustellende Summe, um die Stellen bei Gekita für den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz aufzustocken? Welche Maßnahmen schlägt die Stadtverwaltung vor, um dem andauernden Fachkräftemangel bei der Förderung von Kindern in Tagesbetreuung entgegen zu wirken? Welche Kosten sind dafür in den Haushalt 2022 einzustellen?			x			Um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz sicherstellen zu können, ist ein umfangreicher Ausbau der Tageseinrichtungen für Kinder erforderlich. Dies erfolgt vorrangig unter der Einbindung der freien Träger. Eine Bezifferung der Kosten ist nicht möglich.  Im Haushaltsplanentwurf 2022 sind zusätzliche Stellen für die Ausbildung neuer Fachkräfte eingeplant. Dies betrifft die Erzieherinnen und Erzieher im Anerkennungsjahr, die Praxisintegrierte Ausbildung und das duale Studium. Die Kosten für die zusätzlichen Ausbildungsplätze betragen für das Jahr 2022 ca. 200.000,00 Euro.
323	BV Mitte	SPD	5402	6	Die SPD-Bezirksfraktion fragt, ob folgende Maßnahme im Haushalt 2022 ansonsten mittelfristig Berücksichtigung finden kann: Erneuerung der Fahrbahndecke Marschallstr. von der Einmündung Herkendellstr. bis Kronenstr. in Richtung Sellmannsbachstr.			x			Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
324	BV Mitte	SPD	5402	6	Die SPD-Bezirksfraktion fragt, ob folgende Maßnahme im Haushalt 2022 ansonsten mittelfristig Berücksichtigung finden kann: Erneuerung der Fahrbahndecke der Erdbrüggenstr. ab Kreisverkehr in Richtung Bahnübergang			x			Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
325	BV Mitte	SPD	5402	6	Die SPD-Bezirksfraktion fragt, ob folgende Maßnahme im Haushalt 2022 ansonsten mittelfristig Berücksichtigung finden kann: Aufnahme der Position Gehwegerneuerung und Straßenbelag Kanzlerstr. ab Stadion bis zur Grimmstr.			x			Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
326	BV Mitte	SPD	5402	6	Die SPD-Bezirksfraktion fragt, ob folgende Maßnahme im Haushalt 2022 ansonsten mittelfristig Berücksichtigung finden kann: Erneuerung der Fahrbahndecke der Grimmstr. von Fersenbruch bis Jahnstr.			x			Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
327	BV Mitte	SPD	5402	6	Die SPD-Bezirksfraktion fragt, ob folgende Maßnahme im Haushalt 2022 berücksichtigt ansonsten im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht erledigt werden kann: Der Gehweg/Fußgängerüberweg der Hans-Böckler-Allee zwischen Fürstinnenstr. und Arnoldstr. sollte aufgrund der vielen Stolperfallen saniert werden.			x			Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.

Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/ abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €	Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
328	BV Mitte	SPD	5402	6	Die SPD-Bezirksfraktion fragt, ob folgende Maßnahme im Haushalt 2022 berücksichtigt ansonsten im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht erledigt werden kann: Nach Fertigstellung der Baumaßnahmen am Friedrich-Ludwig-Jahn-Platz wird um Prüfung der Erneuerung des Belages mit Einparkbuchten unter Berücksichtigung mindestens eines Schwerbehindertenparkplatzes im Bereich des Stadioneingangs gebeten.			x			Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
329	BV Mitte	SPD	5402	6	Die SPD-Bezirksfraktion fragt, ob folgende Maßnahme im Haushalt 2022 berücksichtigt ansonsten im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht erledigt werden kann: Nach Abschluss der Baumaßnahmen an der Kita Kanzlerstraße (neben der Villa) wird um Prüfung der Gehwegerneuerung vor der Kita und der Wiederherstellung der vorhandenen Parkplätze und der angedachten weiteren Parkmöglichkeiten gebeten.			x			Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
330	HFBPD	AUF	5405	1	Wie hoch wäre die in den Haushalt einzustellende Summe, wenn im Stellenplan drei zusätzliche Stellen als Leichtarbeitsplätze geschaffen würden für ältere oder erwerbsgeminderte Arbeitnehmer in den Bereichen Pforte, „Mülldektive“ und „Pflegeservice“ bei Gelsendienste?			x			GELSENDIENSTE stellt für bereits beschäftigte Mitarbeiter*innen, die auf Grund einer Leistungseinschränkung ihre bisherigen Tätigkeiten nicht mehr ausführen können, sog. Leichtarbeitsplätze zur Verfügung. Da diese Personen ihre bisherigen Lohngruppen einschl. Zulagen beibehalten, können keine spezifische Angaben über die Höhe der Personalkosten gemacht werden. Unter der Annahme einer Eingruppierung in E5 (TVöD) würden pro Person ca. 55 TEUR p.a. anfallen. Bei den Mülldektiven muss beachtet werden, dass diese grundsätzlich zu zweit im Team arbeiten und ein Fahrzeug benötigt wird. Für letzteres betragen die Kosten ca. 25 TEUR p.a.
331	BV Süd	CDU	5502	1	Einzelprojekte Süd: Ist es möglich, auf dem Grünzug „An der Luthenburg“ vis à vis des Bolzplatzes die Anlage eines Boule-Spielfeldes einzurichten? Welche Kosten würden für die Neuanlage entstehen?			x			Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
332	HFBPD	FDP	5703	2	Nachfrage zur Stellungnahme der Verwaltung lfd. Nr. 4 in der Anlage 1 zur Vorlage 20-25/2019: Was würde eine digitale Stadtführung mit und ohne Förderungen kosten?			x			Die Kosten für eine digitale Stadtführung sind abhängig vom Umfang und den Funktionen einer App und lassen sich daher theoretisch nicht beziffern. Es werden ab dem kommenden Jahr Routen umgesetzt, die sich teilweise schon in Planung befinden. Fördermittel können über die nächste EFRE-Förderung (Territoriales Strategiekonzept der Ruhr Tourismus GmbH unter Beteiligung Gelsenkirchens) ab Mitte 2022 beantragt werden. Hierbei ist zu beachten, dass der Fokus auf den Sinusmilieus als Zielgruppe liegt und das Angebot entsprechend auf die definierte Hauptzielgruppe der Expeditiven (z.B. StreetArt, Lifestyle) zugeschnitten wird. Weitere Fördermöglichkeiten bestehen über z.B. HeimatScheck NRW und weitere diverse EU-Förderprogramme.
333	HFBPD	AUF	5703	2	Welche Kosten sind in den Haushalt als Schäden einzustellen für Vorausleistungen, sollte die Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung nicht nach Gelsenkirchen kommen? Welche Gelder sind in dem Fall in den Haushalt für einen Schimmelbad-Neubau als Ersatz für das Zentralbad in den Haushalt einzustellen?			x			Sollte der Zuschlag für den Bau der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung nicht am Standort des ehemaligen Zentralbades / der ehemaligen Polizeinspektion Süd in Gelsenkirchen erfolgen, wird eine Ergebnisbelastung zunächst in der Beteiligung AiR eintreten. Inwieweit diese dann mit Haushaltsmitteln gestützt werden muss, hängt wesentlich von der dann bestehenden Werthaltigkeit des Projektareals ab. Die Kosten für den Bau eines neuen Zentralbades hängen vom konkreten Anforderungsprofil ab sowie von der Entwicklung der Baukosten bis zur Ausschreibung. Inwieweit die Kosten den städtischen Haushalt belasten werden, hängt maßgeblich vom gewählten Betriebsmodell (wer wird Eigentümer, wer wird Betreiber) ab. Daher ist eine Prognose dieser Kosten zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

## Anträge zum investiven Haushalt 2022

## Anlage 4

Lfd. Nr.	Antragsteller/Schritfführung					Fachdienststelle			HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021	
	Gremium	Antrag- steller	PG/Finanz- stelle	VB	Antrags-/Auftragstext	Änder- ungs- antrag	Abstimmungs- ergebnis (zugestimmt/)	Anfrage		Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
401	HFBPD	SPD CDU B90/Die Grünen	1110	6	PG 1215: Instandsetzung- und Sanierungsmaßnahmen an der Wache der Freiwilligen Feuerwehr Gelsenkirchen Scholven-Hassel (Zielformulierung)  Aufnahme des mittelfristigen Ziels: „Durchführung von Instandsetzung- und Sanierungsmaßnahmen an der Wache der freiwilligen Feuerwehr Gelsenkirchen Scholven-Hassel an der Lüttinghofstraße.“	x.				zugestimmt
402	HFBPD	SPD CDU B90/Die Grünen	1110	6	PG 1215: Instandsetzung- und Sanierungsmaßnahmen an der Wache der Freiwilligen Feuerwehr Gelsenkirchen Ückendorf (Zielformulierung)  Aufnahme des mittelfristigen Ziels: „Durchführung von Instandsetzung- und Sanierungsmaßnahmen an der Wache der freiwilligen Feuerwehr Gelsenkirchen Ückendorf an der Bergmannstraße.“	x.				zugestimmt
403	HFBPD	SPD CDU B90/Die Grünen	1110	6	PG 1110: Gesamtschule Berger Feld Aufnahme des mittelfristigen Ziels 2022-2025: „Für die Gesamtschule Berger Feld wird die Entscheidung getroffen, ob ein Ersatzbau oder ein Sanierungskonzept verfolgt wird.“	x.				zugestimmt
404	AfB	B90/Die Grünen	1110	6	Haushalts-Änderungsantrag Mittelfristige Ziele (Investiv) 2022 - 2025, PG 1110  Für die Gesamtschule Berger Feld wird die Entscheidung getroffen, ob ein Ersatzbau oder ein Sanierungskonzept verfolgt wird.	x	zugestimmt		Für die Aufstellung eines Sanierungskonzeptes für die Gesamtschule Berger Feld wurden zum Haushalt 2022 150.000 € angemeldet, um eine grundsätzliche Entscheidung über eine Sanierung oder einen Neubau treffen zu können.	erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)
405	AfB	SPD CDU	1110	6 4: PG 2101	Neubau einer Turnhalle zur Erweiterung der Sporthallenkapazitäten am Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium und am Max-Planck-Gymnasium Der Neubau einer Turnhalle zur Erweiterung der Sporthallenkapazitäten am Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium und am Max-Planck-Gymnasium ist als Einzelmaßnahme noch nicht im Haushalt 2021. Auch befinden sich die notwendigen Planungskosten nicht im Haushaltsjahr 2022, obwohl dies in den Haushaltsberatungen 2021 beschlossen wurde. Die Maßnahme wird in der Produktgruppe 1110 als Investitionsmaßnahme und in die Produktgruppe 2101 Bereitstellung schulischer Einrichtungen aufgenommen.	x	zugestimmt		Das Referat Hochbau und Liegenschaften priorisiert die Aufgaben nach folgenden Faktoren: 1. Brandschutz, 2. Fördermaßnahmen, 3. Inklusion und 4. Schaffung von ausreichendem Schulraum.  Die Verwaltung wird im nächsten Jahr einen Vorschlag zur Aufnahme in die Prioritätenliste machen.	zugestimmt

## Anträge zum investiven Haushalt 2022

## Anlage 4

Lfd. Nr.	Antragsteller/Schritfführung					Fachdienststelle			HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021	
	Gremium	Antrag- steller	PG/Finanz- stelle	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungs- antrag	Abstimmungs- ergebnis (zugestimmt/)	Anfrage		Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
406	BV Ost	SPD	1110	6	<p>Aufnahme der Planungskosten für den Umbau bzw. Neubau des Umkleidetraktes an der Sportanlage „Im Emscherbruch 70“</p> <p>Die SPD-Bezirksfraktion Gelsenkirchen-Ost beantragt, die Aufnahme folgender Änderungen in den Haushalt 2022 der Stadt Gelsenkirchen aufzunehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Rahmen des Haushaltes 2022 sollen die Planungskosten für einen Umbau, bzw. des Umkleidetraktes an der Sportanlage „Im Emscherbruch 70“ in Höhe von 25.000 € aufgenommen werden.</li> </ul> <p>Begründung: Die Spielvereinigung Resse-Middelich ist Hauptnutzerin der Sportanlage „Im Emscherbruch 70“. Der dortige Umkleidetrakt entspricht in allen Formen hinsichtlich bspw. Hygiene und Brandschutz nicht mehr den aktuellen Bestimmungen und muss dringend erneuert werden. Auch im Übrigen entspricht die Anlage nicht mehr den aktuellen Anforderungen an den Stand der Technik. Bereits im letzten Jahr wurde der gleichlautende Antrag gestellt. Über das Schicksal der Planungskosten liegen bisher jedoch keine Informationen vor.</p>	x	zugestimmt		<p>In der Planungsabteilung als auch in der Bauausführung können im Referat 65 - Hochbau und Liegenschaften - nur priorisierte Pflichtaufgaben, resultierend aus Brandschutzmängeln sowie Maßnahmen zur Schaffung von Schulraum, bearbeitet werden. Die Aufnahme eines Planungskostenbudgets in Höhe von 25.000 € für externe Fach-Ingenieure korrespondiert mit einer baufachlichen internen Begleitung der vergebenen Leistung. Nach momentanem Status kann dieses im Haushaltsjahr 2022 nicht sichergestellt werden. Des Weiteren wird seitens der Verwaltung der Betrag von 25.000 € für den Umfang der avisierten Planungsleistung als zu gering eingestuft. Dieser müsste im Vorfeld erst verifiziert werden.</p>	<p>zugestimmt</p> <p><b>Hinweis:</b> Der Antrag umfasst nur noch 10.000 € - nicht 25.000 €.</p>
407					<p>ausreichender noch der bestmögliche Schutz und auf Dauer unzumutbar. Weitere Informationen: <a href="https://www.medrxiv.org/content/10.1101/2020.10.02.20205633v2">https://www.medrxiv.org/content/10.1101/2020.10.02.20205633v2</a> <a href="https://www.swr.de/wissen/luftreiner-fuer-schulen-100.html">https://www.swr.de/wissen/luftreiner-fuer-schulen-100.html</a></p>	x	zugestimmt			<p><i>rein redaktionelles Versehen in der Darstellung - Auszug des abgebildeten Antragstextes ohne weitere Bedeutung</i></p>
408	HFBPD	B90/Die Grünen	1207	6	<p>Änderungsantrag für die Produktgruppe 1207 Einstellung eines Budgets von 19.500€ in den Haushalt 2022 für die Anschaffung von drei mobilen Geschwindigkeitsanzeigen zwecks flexiblen Einsatzes innerhalb der Bezirke Begründung: Mobile Geschwindigkeitsanzeigen können an auffälligen oder besonders schutzbedürftigen Örtlichkeiten eingesetzt werden, um so unmittelbar einen positiven Effekt auf das Fahrverhalten der Verkehrsteilnehmer*innen im Bereich der jeweils ausgesuchten Standorte zu erwirken. Diese mobilen Geschwindigkeitsanzeigen geben bezüglich der angezeigten aktuellen Geschwindigkeit der Verkehrsteilnehmer*innen sowie dem Hinweis, ob es sich um eine Geschwindigkeitsüberschreitung handelt, eine unmittelbare Rückmeldung, welche insbesondere bei fahrlässigen, unbewussten Geschwindigkeitsüberschreitungen eine sofortige, positive Anpassung zur Folge hat. Mobile Geschwindigkeitsanzeigen haben dabei den zusätzlichen Vorteil, dass kurzfristig auf Entwicklungen reagiert werden kann und kein Gewöhnungseffekt wie bei einem dauerhaften Standort eintritt. Sie stellen somit eine sinnvolle Ergänzung zu reinen Geschwindigkeitskontrollen mit anschließender finanzieller Sanktionierung dar und können dabei auf eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen.</p>	x.				<p>zugestimmt</p>

Lfd. Nr.	Antragsteller/Schritfführung					Fachdienststelle			HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021	
	Gremium	Antrag- steller	PG/Finanz- stelle	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungs- antrag	Abstimmungs- ergebnis (zugestimmt/)	Anfrage		Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
409	OPV	B90/Die Grünen	1207	1	<p>Ferner stellt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rahmen des Haushaltsberatungsverfahrens folgenden Änderungsantrag:</p> <p>Einstellung von 32.500 € in den Haushalt 2022 für die Anschaffung von fünf mobilen Geschwindigkeitsanzeigen zwecks flexiblen Einsatzes innerhalb der Bezirke.</p> <p>Begründung: Mobile Geschwindigkeitsanzeigen können an auffälligen oder besonders schutzbedürftigen Örtlichkeiten eingesetzt werden, um so unmittelbar einen positiven Effekt auf das Fahrverhalten der Verkehrsteilnehmer*innen im Bereich der jeweils ausgesuchten Standorte zu erwirken. Diese mobilen Geschwindigkeitsanzeigen geben bezüglich der angezeigten aktuellen Geschwindigkeit der Verkehrsteilnehmer*innen sowie dem Hinweis, ob es sich um eine Geschwindigkeitsüberschreitung handelt, eine unmittelbare Rückmeldung, welche insbesondere bei fahrlässigen, unbewussten Geschwindigkeitsüberschreitungen eine sofortige, positive Anpassung zur Folge hat. Mobile Geschwindigkeitsanzeigen haben dabei den zusätzlichen Vorteil, dass kurzfristig auf Entwicklungen reagiert werden kann und kein Gewöhnungseffekt wie bei einem dauerhaften Standort eintritt. Sie stellen somit eine sinnvolle Ergänzung zu reinen Geschwindigkeitskontrollen mit anschließender finanzieller Sanktionierung dar und können dabei auf eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen.</p>	x	ohne Abstimmung		Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.	erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)
410	OPV	Die Linke	1212	1	<p>Investitionsmaßnahme 32001212015002 Keine Beschaffung eines Abschriebefahrzeugs</p> <p>Die Linksfraktion beantragt, dass kein Fahrzeug für Abschreibungen angeschafft wird. Die freiwerdenden Mittel werden für die Schaffung einer neuen Sachbearbeiter-Stelle in der Ausländerbehörde verwendet.</p>	x	ohne Abstimmung		Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.	abgelehnt
411	BV West	B90/Die Grünen	3602	4	<p>Änderungsantrag zum Bezirkshaushalt West im Haushaltsberatungsverfahren 2022 Produktgruppe 3602 (Familienbüro) Die Bezirksfraktion West von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt folgende Änderung: Einrichten eines Familienbüros im nahen Umfeld der Markenstraße in Horst-Süd nach dem Vorbild des Familienbüros in der Ebertstraße in Gelsenkirchen-Altstadt. Begründung: Die sozialen Probleme im Umfeld der Markenstraße in Horst-Süd sind bekannt und diskutiert worden. Um das soziale Umfeld in Horst-Süd zu stärken und den Spannungen entgegenzuwirken, sollten mehrere soziale Einrichtungen im Bereich der Markenstraße geschaffen werden. Hierzu gehört auch eine Einrichtung, welche junge Familien stützt. Diese Funktion erfüllt ein Familienbüro nach dem Vorbild in Gelsenkirchen-Altstadt. Hier werden Beratungsangebote für junge Familien gemacht. Ferner können sich junge Familien in diesen Familienbüros begegnen und austauschen. Diese Begegnungen können auch dazu führen, dass die Menschen in dem Stadtteil zusammenfinden, sich integrieren und evtl. vorhandene Vorurteile wechselseitig abgebaut werde.</p>	x	zugestimmt		<p>Das Konzept des Familienbüros Gelsenkirchen richtet sich an Kinder im Alter von 0 - 6 Jahren. Es ist bewusst in den Citybereich und die Laufzone zur Innenstadt gelegt worden. Der Wirkungsbereich des Familienbüros lässt sich grob wie folgt zusammenfassen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- gesamtstädtische Abdeckung</li> <li>- Anlaufstelle für Fragen rund um die erste Familienphase</li> <li>- Unterstützende Kursangebote für Eltern mit Babys</li> <li>- Kinderbetreuung am Samstagvormittag während des Elterneinkaufs</li> <li>- Wickel- und Stillservice</li> </ul> <p>Das Familienbüro im Süden wird über Fördermittel refinanziert. Miete: ca. 129.000 €, Angebote ca. 40.000 €, zudem Personalkosten, die zusätzlich über Gekita eingebracht werden.</p> <p>All diese Begebenheiten liegen an einem Standort in Horst-Süd nicht vor. Die angesprochenen komplexen Fragestellungen lassen sich aus Sicht der Verwaltung nicht mit einem Familienbüro in Horst-Süd adäquat begegnen. Haushaltsmittel für ein weiteres Familienbüro in Gelsenkirchen sind im Planungszeitraum des Haushaltsplanentwurfs 2022 nicht veranschlagt.</p>	erledigt <b>Hinweis:</b> zurückgezogen lt. B90/Die Grünen

## Anträge zum investiven Haushalt 2022

## Anlage 4

Lfd. Nr.	Antragsteller/Schriftführung					Fachdienststelle			HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021	
	Gremium	Antragsteller	PG/Finanzstelle	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/)	Anfrage		Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
412	BV West	Die Linke	3602	4	Beschaffung und Montage von Solarmodulen als festen Sonnenschutz In der Produktgruppe 3602 „Instandhaltung der Einrichtungen West“ beantrage ich als kurzfristige Maßnahme für das Haushaltsjahr 2022 die Einfügung „Beschaffung und Montage von Solarmodulen als festen Sonnenschutz vor den großen Süd-Fenstern des Jugendzentrums Buerer Straße“ Begründung: Da sich bisher in dieser Angelegenheit nichts getan hat, erneuere ich den Antrag. Das Fehlen eines außenliegenden Sonnenschutzes hat immer wieder dazu geführt, dass es drinnen wärmer war als draußen und an Lüften war nicht zu denken. Inzwischen haben sich speziell schräg oberhalb von Fenstern montierte Solarmodule nicht nur als zuverlässiger Sonnenschutz erwiesen, sondern auch als finanziell nachhaltig lohnender aktiver Beitrag zur Energiewende und damit zum Klimaschutz.	x	zugestimmt		Die beschriebenen klimatischen Verhältnisse werden aus Sicht der Fachdienststelle bestätigt. Die Installation einer geeigneten Beschattungsanlage wird als erforderlich erachtet.  Der Antrag ist der Verwaltung bekannt und wird derzeit bearbeitet. Zum jetzigen Zeitpunkt sind allerdings noch Fragestellungen offen, die einer abschließenden Klärung zuzuführen sind. Deshalb kann eine seriöse Kostenschätzung noch nicht vorgelegt werden.	abgelehnt
413	BV Nord	Die Linke	3602	4 6: PG 5102	Es wird beantragt eine Ideenwerkstatt mit den Jugendlichen in dem Quartier durchzuführen und anschließend eine Machbarkeitsstudie zu beauftragen, für die Umgestaltung der Kirche Maria Himmelfahrt (Kreuzung Erlestr. Goldbergstr.) zu einem Jugendzentrum / Kulturzentrum. Dafür werden 30.000 Euro in den Haushalt eingestellt.	x	zugestimmt		Der Antrag, junge Menschen des Quartiers zu beteiligen, wird grundsätzlich begrüßt. Die Methode sollte korrespondierend mit dem Alter der Zielgruppe gewählt werden. Eine Bewertung des Antrags ist jedoch erst nach Abschluss des Beratungsverfahrens zum „Kommunalen Kinder- und Jugendförderplans“ möglich.	abgelehnt
414	AFS	SPD CDU B90/Die Grünen	4201	4	PG 4201: Investitionskosten zur Förderung von Sportbaumaßnahmen auf der Sportanlage Baulandstraße Die Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen beantragen 50.000 Euro investive Haushaltsmittel für projektoffene Sportbaumaßnahmen an der Sportanlage Baulandstraße in den Haushalt einzustellen. Über die genaue Verwendung der Mittel entscheiden die zuständigen Ratsgremien.	x	zugestimmt		Stellungnahme der Verwaltung erfolgt mündlich.	zugestimmt
415	AFS	SPD CDU B90/Die Grünen	4201	4	PG 4201: Investitionskosten Sportbaumaßnahmen in Gelsenkirchen Die Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen beantragen investive Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 Euro für Sportbaumaßnahmen in den Haushalt einzustellen. Über die Verwendung der Mittel entscheiden die zuständigen Ratsgremien.	x	zugestimmt		Stellungnahme der Verwaltung erfolgt mündlich.	zugestimmt

Lfd. Nr.	Antragsteller/Schriftführung					Fachdienststelle			HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021	
	Gremium	Antragsteller	PG/Finanzstelle	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/)	Anfrage		Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
416	HFBPD	B90/Die Grünen	4201	4	<p>Änderungsantrag für die Produktgruppe 4201 „Einstellung eines Budgets von 10.000€ für die Aufarbeitung der Trainingsfläche des AFC Gelsenkirchen Devils e. V. am Schalker Gymnasium Liboriusstraße Gelsenkirchen.“</p> <p>Begründung: Die o. g. Freifläche wurde dem AFC Gelsenkirchen Devils e. V. von Gelsensport als Trainingsfläche im Jahr 2012 zugewiesen. Durch den Trainingsbetrieb sind öfter Trainingsunfälle und Verletzungen aufgetreten und diesbezüglich Gespräche mit Gelsensport geführt worden. Daraus ergaben sich einige Begehungen mit Verantwortlichen von Gelsensport und Abhilfe wurde zugesagt. Bis heute ist weder an dem Gelände etwas aufbereitet worden, noch wurde eine Alternative angeboten.</p> <p>Die Freifläche ist nach DIN 18035, Teil 4 eigentlich nicht als solche zu nutzen, da weder eine ausreichende Bewässerung nach DIN 18035, Teil 2 noch die Entwässerung nach DIN 18035, Teil 3 vorhanden sind. Aufgrund der extremen Unebenheiten auf der gesamten Fläche ist es somit nicht möglich, Teamsport auszuüben, zu welchem Sprints, Sprünge etc. gehören.</p> <p>Die Abmessungen der Freifläche entsprechen einem Kleinfeld von 30 x 50 m, was mit einer Jugendmannschaftsgröße von bis zu 40 Spielern schon eng bemessen ist, aber ausreichen würde. Dafür müsste der Rasenbereich eine Drainage erhalten, ebenerdig aufgefüllt und mit Rasen neu bepflanzt werden.</p>	x	zugestimmt		Stellungnahme der Verwaltung erfolgt mündlich.	zugestimmt
417					<p>In einer solchen dringend notwendigen Aufbereitungsphase dieser Fläche wird aber auch eine Alternative für den Trainingsbetrieb benötigt, und zwar für drei Jugendmannschaften (115 Jugendliche von 10–19 Jahren) und ein Damenteam (25 Spielerinnen von 14–40 Jahren). Bei der oben angegebenen Feldgröße würde der Verein von Montag bis Freitag, jeden Tag von 18–21 Uhr, entsprechende Trainingsmöglichkeiten benötigen.</p>	x	zugestimmt			
418	BV Nord	CDU	5102	6	<p>Laufende Nr. 11 Gustav Bär Platz Produktgruppe 5102</p> <p>Für die Aufwertung des Gustav Bär Platzes, anlässlich des 100 jähr. Jubiläums 12.11.22 sollen 10.000 € eingestellt werden.</p> <p>Begründung: Der bevorstehende Jahrestag anlässlich Einweihung der Synagoge am 12.11.1922 macht die Aufwertung dringend erforderlich.</p>	x	zugestimmt		<p>Die Verwaltung kann zu den Kosten einer Sanierung, Umgestaltung oder Aufwertung des Platzes keine Aussage treffen. Solche Maßnahmen erfordern einen hohen Zeit- und Koordinierungsaufwand, da mehrere Referate miteingebunden sind.</p> <p>Platzaufwertungen/-umgestaltungen können in der Regel unter personellen, aber auch finanziellen Ressourcen nur im Zusammenhang mit geförderten Stadterneuerungsmaßnahmen oder Bebauungsplanverfahren bearbeitet werden.</p>	zugestimmt

Antragsteller/Schriftführung					Fachdienststelle				HFBPD	
Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	PG/Finanzstelle	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	Beratungsergebnis am 02.12.2021
419	BV West	SPD	5102	6	Umbau/Umgestaltung Marktplatzes Beckhausen Die SPD Fraktion beantragt in der Produktgruppe 5402 den Umbau/Umgestaltung des Marktplatzes in Beckhausen als mittelfristiges Ziel in den Haushaltsentwurf 2022 mit aufzunehmen.	x	zugestimmt		Im Zusammenhang mit den Planungen für den 3. Bauabschnitt des Umbaus der Horster Straße waren bereits Vorplanungen für eine Umgestaltung des Kirchenvorplatzes (hier als „Marktplatz Beckhausen“ bezeichnet) erarbeitet worden. In der Beschlussvorlage zum Ausbau dieses Straßenabschnitts ist der „Marktplatz“ ebenfalls enthalten (04-09/4574). Nach hiesigen Recherchen war auch im Jahr 2009 ein entsprechender Grundstückstausch vorbereitet, es konnte allerdings zwischen Kirchengemeinde und Stadt nicht der erforderliche Konsens zur Übertragung des „Marktplatzes“ gefunden werden, so dass diese Teilmaßnahme aus der Ausbauplanung ausgeklammert worden ist. Mit einem Verkauf des Grundstücks von der Kirche an einen Investor liegen heute veränderte Rahmenbedingungen vor und es besteht für die Stadt die Gelegenheit, die „Marktplatzfläche“ im Tausch gegen ein angrenzendes Flurstück zu erhalten. Von der Liegenschaftsverwaltung wird gegenwärtig der erneut angefragte Tausch von Flurstücken vorbereitet.  Die Aufnahme der Umgestaltung bzw. des Umbaus des Marktplatzes Beckhausen kann grundsätzlich als mittelfristiges Ziel in den Haushaltsentwurf 2022 in der Produktgruppe 5102 berücksichtigt werden.	zugestimmt
420	HFBPD	FDP	5102	6	Einrichtung eines Wohnmobil-Stellplatzes im Stadtnorden (Stepla) Die Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass immer mehr Menschen mit Wohnmobilen in den Urlaub fahren. Um Gelsenkirchen Wohnmobil-freundlich zu gestalten und den touristischen Wert zu steigern, soll - wenn möglich im Stadtnorden - ein Stellplatz für etwa acht Wohnmobile eingerichtet werden. Wir fordern eine Machbarkeitsstudie der Verwaltung in der ersten Hälfte 2022. Dafür sollen 10.000 Euro in den Haushalt eingestellt werden.	x.				zugestimmt
421	StePIA	FDP	5102	6	Einrichtung eines Wohnmobil-Stellplatzes auf der Königswiese Die Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass immer mehr Menschen mit Wohnmobilen in den Urlaub fahren. Um Gelsenkirchen Wohnmobil-freundlich zu gestalten und den touristischen Wert zu steigern, soll auf der Königswiese ein Stellplatz für etwa acht Wohnmobile eingerichtet werden. Da die Infrastruktur (Versorgungsmedien Strom, Wasser und Abwasser) bereits vorhanden sind, sollen für kleinere Umbauten, die Abtrennung und Verschönerung des Bereichs 10.000 Euro in den Haushalt eingestellt werden.	x	durchgelaufen		Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.	erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)

Antragsteller/Schriftführung					Fachdienststelle				HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021	
Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	PG/Finanzstelle	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	
422	HFBPD	B90/Die Grünen	5201	6	<p>Änderungsantrag für die Produktgruppe 5201 „Einstellung von 10.000€ in den Haushalt 2022 als Planungskosten zur Durchführung der denkmalgerechten Sicherung und Aufwertung des Bahnhofsfensters und gleichzeitiger Klärung von Fördermöglichkeiten unter Berücksichtigung der bereits existierenden Beleuchtung“</p> <p>Begründung: Das alte Bahnhofsfenster, welches an prominenter Stelle im Bereich der Bahnhofstraße und des Bahnhofvorplatzes aufgestellt wurde, besitzt einen hohen identitätsstiftenden Charakter für die Bürger*innen Gelsenkirchens. Seit ein paar Monaten wird es sogar in der Nacht beleuchtet, um es noch mehr zur Geltung zu bringen. Bis jetzt steht das Bahnhofsfenster ohne Schutz vor Vandalismus in der Innenstadt. Im Falle einer Beschädigung oder Zerstörung des Bahnhofsfensters würde dieses Wahrzeichen unwiederbringlich für Gelsenkirchen verloren gehen oder sich nur unter immens hohem Aufwand reparieren lassen.</p> <p>Zudem ist die Halterung, in der das Bahnhofsfenster präsentiert wird, mit seiner abblätternden weißen Farbe und dem Werbeschild des ehemaligen Geschäftes, über welchem das Bahnhofsfenster aufgestellt wurde, der Bedeutung dieses Wahrzeichen absolut nicht angemessen. Daher benötigt das alte Bahnhofsfenster dringend Schutz und Aufwertung. Die Inanspruchnahme von Fördergeldern soll in diesem Zuge mit abgeprüft werden.</p>	x.				zugestimmt
423	StePIA	B90/Die Grünen	5201	6	<p>„Einstellung von 15 000€ in den Haushalt 2022 zum denkmalgerechten Schutz und für die Aufwertung der Präsentation des alten Bahnhofsfensters“</p> <p>Begründung: Das alte Bahnhofsfenster, welches an prominenter Stelle im Bereich der Bahnhofstraße und des Bahnhofvorplatzes aufgestellt wurde, besitzt einen hohen identitätsstiftenden Charakter für die Bürger*innen Gelsenkirchens. Seit ein paar Monaten wird es sogar in der Nacht beleuchtet, um es noch mehr zur Geltung zu bringen. Bis jetzt steht das Bahnhofsfenster ohne Schutz vor Vandalismus in der Innenstadt. Im Falle einer Beschädigung oder Zerstörung des Bahnhofsfensters würde dieses Wahrzeichen unwiederbringlich für Gelsenkirchen verloren gehen oder sich nur unter immens hohem Aufwand reparieren lassen.</p> <p>Zudem ist die Halterung, in der das Bahnhofsfenster präsentiert wird, mit seiner abblätternden weißen Farbe und dem Werbeschild des ehemaligen Geschäftes, über welchem das Bahnhofsfenster aufgestellt wurde, der Bedeutung dieses Wahrzeichen absolut nicht angemessen. Daher benötigt das alte Bahnhofsfenster dringend Schutz und Aufwertung. Die Inanspruchnahme von Fördergeldern soll in diesem Zuge mit abgeprüft werden.</p>	x	durchgelaufen		Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.	erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)

Lfd. Nr.	Antragsteller/Schritfführung					Fachdienststelle			HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021	
	Gremium	Antrag- steller	PG/Finanz- stelle	VB	Antrags-/Auftragstext	Änder- ungs- antrag	Abstimmungs- ergebnis (zugestimmt/)	Anfrage		Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
424	HFBPD	SPD CDU	5401	6	PG 5401: Fahrrad-Modellachsen „Nord-Süd“ und „West-Ost“ (Zielformulierung) In die mittelfristigen Ziele werden Modellachsen für den Fahrradverkehr für die Verbindung "Nord-Süd" und "West-Ost" aufgenommen. In diesem Rahmen sollen vorhandene, von den PKW-Flächen getrennte Fahrradwege ertüchtigt und auf Streckenabschnitten, wo dies nicht möglich ist, bestenfalls Bypass-Lösungen auf vom PKW-Verkehr getrennten Fahrradwegen zu realisieren. Geografische Orientierungspunkte für die „Nord-Süd-Achse“ können der Hbf Gelsenkirchen und die Westfälische Hochschule sein. Orientierungspunkte für die „West-Ost-Achse“ können das Schloss Horst und das Nahversorgungszentrum Resse sein.	x.				zugestimmt
425	HFBPD	B90/Die Grünen	5401	6	Zielvereinbarung für die Produktgruppe 5401  Kurzfristiges Ziel: "Analyse der Varianten zur Schaffung eines barrierefreien Gehwegs an der Schalcker Straße (Höhe 109) unter Einbindung des Ausschusses für Verkehr und Mobilitätsentwicklung."  Begründung: Der Gehweg im genannten Bereich der Schalcker Straße ist sehr eng und aufgrund von Bodenanehebungen in einem sanierungswürdigen Zustand. Die Gesamtsituation ist für Menschen im Rollstuhl, gehbehinderte Personen oder für Eltern mit Kinderwagen unzumutbar und muss dringend geändert werden.	x.				zugestimmt
426	HFBPD	SPD CDU B90/Die Grünen	5402	6	PG 5402: Beleuchtung für den Rad- und Fußweg Weg entlang der Wohnsiedlung "ehem. Güterbahnhof Schalke" Die Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen beantragen die Summe von 175.000 Euro investiver Haushaltsmittel für die bauliche Umsetzung einer Beleuchtungsanlage am Rad- und Fußweg an der Rheinischen Straße/Spitzhornstraße in den Haushalt einzustellen.	x.				zugestimmt
427	HFBPD	SPD CDU B90/Die Grünen	5402	6	PG 5405: Installation von Trinkwasserbrunnen Die Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragen die Fortführung des Programms zur Installation von Trinkwasserbrunnen. Wie im Haushaltsjahr 2021 soll je Bezirk ein weiterer Brunnen aufgestellt werden. Hierfür werden 40.000 € an investiven Mitteln in den Haushalt eingestellt. Ziel des Programms ist es, mittel- bis langfristig auf möglichst vielen Plätzen einen Trinkwasserbrunnen zu betreiben, um somit die Aufenthaltsqualität – insbesondere in Bereich von Hitzeinseln – zu verbessern.	x.				zugestimmt
428	UNK	SPD CDU	5402	6	Gelsendienste / Installation von Trinkwasserbrunnen Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen die Fortführung des Programms zur Installation von Trinkwasserbrunnen. Wie im Haushaltsjahr 2021 soll je Bezirk ein weiterer Brunnen aufgestellt werden. Hierfür werden 40.000 Euro in den Haushalt eingestellt. Ziel des Programms ist es, mittel- bis langfristig auf möglichst vielen Plätzen einen Trinkwasserbrunnen zu betreiben, um somit die Aufenthaltsqualität – insbesondere in Bereich von Hitzeinseln – zu verbessern.	x	zugestimmt		Technische Voraussetzungen für die Installierung von Trinkwasserbrunnen sind eine trinkwasserführende Leitung und ein Abwasseranschluss in unmittelbarer Nähe des Wasserspenders. Die Kosten für einen Wasserspender betragen einschließlich einer Hygiene Spülung ca. 5.000 €. Die Anschlusskosten sowie die Be- und Entwässerung liegen je nach Oberflächenbefestigung bei ca. 15.000 €. Die Gesamtkosten je Spender belaufen sich somit auf ca. 20.000 €. Hinzu kommen jährliche Wartungskosten von ca. 3.500 €.	erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)

Antragsteller/Schritfführung					Fachdienststelle				HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021	
Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	PG/Finanzstelle	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	
429	AVM	SPD CDU	5402	6	Fahrradabstellflächen am MiR Die Verwaltung wird beauftragt, 40.000 € an investiven Mitteln in den Haushaltsplan 2022 einzustellen, um in unmittelbarer Nähe des Musik-theaters eine moderne und gesicherte Fahrrad-abstellanlage mit ausreichender Kapazität nach dem Vorbild der an der Westfälischen Hochschule bereits existierenden Anlage zu errichten. Diese Anlage könnte als erster Pilot für weitere öffentliche Standorte fungieren. Die Möglichkeit, das Fahrrad sicher abstellen zu können ist eine wesentliche Bedingung zur Erhöhung der Radnutzung. Durch die Belegschaft der MIR GmbH, Besucher:innen des Musiktheaters sowie die Lage des Standortes an einem Knotenpunkt von ÖPNV, IPNV und in unmittelbarer Nähe der Innenstadt ist gerade an dieser Stelle eine erhöhte Nutzung gesicherter Fahrradstellplätze in und auch außerhalb bekannter Verkehrsspitzen zu erwarten.	x	zugestimmt		Mit der MiR GmbH werden derzeit konkrete Gespräche zur Schaffung von gesicherten Fahrradabstellplätzen für die Mitarbeitenden geführt. Für die Besucher des MiR und Nutzenden der Haltestelle ist eine DeinRadschloss-Anlage denkbar. Wie an der Westfälischen Hochschule (Kosten rd. 40.000 Euro) könnte hier eine Sammelabstellanlage hergestellt werden und in das bewährte Schließ- und Buchungssystem von DeinRadschloss integriert werden. Eine Ladeinfrastruktur für Elektrofahräder kann mit erstellt werden. Eventuell müssten zur Herstellung einer solchen Sammelabstellanlage noch zusätzliche Stellplätze bzw. das vorhandene Grün entfallen. Der Platz vor dem Gebäude des MiR ist geschützt und steht nicht zur Verfügung.  Eine Förderung von DeinRadschloss-Anlagen ist grundsätzlich über § 12 ÖPNVG NRW möglich. Fördermittelgeber ist hier der VRR. Die Frist für die Meldungen zum Förderkatalog 2022 ist am 30.04.2021 abgelaufen. Somit käme eine Antragstellung erst für das Jahr 2023 in Frage. Eine alternative Förderung durch den VRR ist für das Jahr 2022 nach telefonischer Rücksprache nicht möglich.	zugestimmt
430	AVM	SPD CDU	5402	6	Sitzbänke mit Solar-Einheiten Für die Einrichtung von Sitzbänken, die durch eine Solar-Einheit gewonnenen Strom an seitlich angebrachten Steckdosen ausgeben, sollen 30.000 € an investiven und 16.500 € an konsumtiven Mitteln in den Haushalt eingestellt werden. Hiermit soll ermöglicht werden, dass pro Stadtbezirk eine solche Sitzbank eingerichtet wird, um Erfahrungen für weitere derartige Projekte sammeln zu können.	x	zugestimmt		In der Regel müssen Solarbänke nicht an ein Stromnetz angeschlossen werden. Grundvoraussetzung ist jedoch ein nichtverschatteter Standort. Neben den Anschaffungs- und Installationskosten fallen jährliche Kosten für die Wartung sowie die internetbasierte Steuerung und Überwachung an. Hier ist neben der Kostenübernahme ebenfalls die Zuständigkeit bzw. Trägerschaft zu klären. Im Rahmen der Initiative Solarmetropole Ruhr wurde mit Fördergeldern des Regionalverbands Ruhr eine Solarbank an der Neuen Zeche Westerholt installiert. Die Kosten für die Anschaffung lagen hier bei ca. 6.000 Euro. Darüber hinaus fallen für die Herrichtung und Montage einmalig ca. 3.000 Euro an.  Für die Einrichtung von je einer Sitzbank pro Stadtgebiet wären somit insgesamt 45.000 Euro investiv erforderlich. Die zusätzlichen Kosten der internetbasierten Steuerung und Überwachung liegen pro Standort bei ca. 150 Euro jährlich.  Sitzbänke mit Solarmodulen sind am Markt verfügbar. Nach diesseitiger Auffassung wäre ein kindersicherer Betrieb problematisch. Auch sind Schäden durch Vandalismus sehr wahrscheinlich, sodass derartige Sitzbänke im öffentlichen Raum nicht empfohlen werden.	zugestimmt
431	HFBPD	SPD CDU	5402	6	PG 5402: Mittel für weitere Bergmannsampeln Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen 10.000 Euro investive Mittel in den Haushalt für weitere sogenannte Bergmannsampeln einzustellen. Bei der Umrüstung auf sogenannte Bergmannsampeln sollen Wünsche und Anregungen der Bevölkerung berücksichtigt werden.	x.				zugestimmt
432	BV Ost	CDU	5402	6	Schul- bzw. Radwegsicherung durch Schluss der Beleuchtungslücke an der Oststraße zwischen Resse und Erle Es wird beantragt, einen Betrag von 10.000 € in den Haushalt einzustellen für Planungskosten einer durchgehenden Geh- und Radwegbeleuchtung entlang der Oststraße zwischen Resse und Erle.	x	zugestimmt		Die Planung für eine neue Beleuchtungsanlage hat die Verwaltung bereits erstellt, sodass keine Planungskosten mehr benötigt werden.  Die Kostenschätzung für die bauliche Umsetzung des Lückenschlusses zwischen Erle und Resse liegt aktuell bei ca. 130.000 Euro.  Wegen weiterer dringlicher Beleuchtungsmaßnahmen könnte die Maßnahme erst frühestens in 2024 umgesetzt werden.	zugestimmt
433	BV West	CDU	5402	6	Der Fuß- und Radweg auf der Horster Straße, entlang der Straßenbahnschienen in Richtung Gelsenkirchen-Buer, zwischen Pannschoppenstraße und Bahnhof Buer Süd ist zu verbreitern. Begründung: Der Fuß- und Fahrradweg ist an manchen Stellen nur ca. 1 Meter breit. Fahrer mit Lastenfahrrädern oder mit Anhängern können Fußgänger nicht sicher überholen, zumal auch noch Unfallgefahr durch die unmittelbar daneben liegende Straßenbahnschienen besteht.	x	zugestimmt		Der im Antrag angesprochene Bereich ist zurzeit als Radweg ausgewiesen, wird aber in der Praxis auch durch zu Fuß Gehende benutzt. Mit einer Breite von 1,50 m ist er dafür eigentlich zu schmal, sodass die Anfrage berechtigt ist. Derzeit befindet sich der 6. Bauabschnitt Horster Straße (Flurstraße bis Haus Nr. 402) in der Vorbereitung für das Planfeststellungsverfahren. Der angesprochene Abschnitt ist nicht Teil des 6. Bauabschnitts und würde dementsprechend erst nach Fertigstellung von diesem überplant werden können. Eine Mitbetrachtung des hier erwähnten Abschnitts im Rahmen des 6. Bauabschnitts ist nicht möglich, sondern kann erst nachgelagert erfolgen.	erledigt  Hinweis: zurückgezogen lt. CDU

Anträge zum investiven Haushalt 2022

Anlage 4

Antragsteller/Schritfführung					Fachdienststelle				HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021	
Lfd. Nr.	Gremium	Antrag- steller	PG/Finanz- stelle	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungs- antrag	Abstimmungs- ergebnis (zugestimmt/)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	
434	BV West	CDU	5402	6	Auf dem Gehweg der Horst-Gladbecker-Straße zwischen Auf dem Schollbruch und DB Unterführung, östliche Seite, sind neue Straßenlaternen zu installieren. Begründung: Der o.g. Gehweg wird durch die Straßenlaternen auf der westlichen Seite unzureichend ausgeleuchtet. Personen, die diesen Gehweg nutzen, fühlen sich beängstigt und nicht sicher, zumal der Gehweg auch noch entlang der Friedhofes Horst-Nord verläuft.	x	zugestimmt		Eine Ertüchtigung des Teilbereiches der Horst-Gladbecker-Straße ist technisch möglich. Bereits 2017 wurde dort LED-Technik verbaut. Für eine bessere Ausleuchtung müssten auch die Mastanlagen umgebaut und ergänzt werden. Die Kostenschätzung liegt bei ca. 15.000 €. Finanzmittel stehen hierfür im Jahr 2022 zur Verfügung.	<b>erledigt</b> <b>Hinweis:</b> <b>zurückgezogen lt. CDU</b>
435	BV West	CDU	5402	6	Die Straßenlaternen auf der Essener Straße, zwischen Industrie- und Bottroper Straße sind durch hellere Leuchtkörper zu ersetzen. Begründung: Die aktuellen Laternen erzeugen ein Dämmerlicht und vermitteln nicht den Eindruck einer Einkaufsstraße. Eine hellere Beleuchtung kann die Fluktuation auf einer Einkaufsstraße wesentlich verändern. Außerdem kann sie zu einer Belebung durch mehr Personen beitragen. Das bedeutet ein höheres Sicherheitsgefühl und eine längere Aufenthaltsdauer in den Herbst- und Wintermonaten.	x	zugestimmt		Eine Ertüchtigung der Beleuchtung der Essener Straße zwischen Bottroper Straße und Industriestraße ist technisch möglich. Bereits 2017 wurde dort LED-Technik verbaut. Für eine bessere Ausleuchtung müssten Leuchten mit größerer Lichtleistung verbaut werden. Die Bestandsleuchten müssten an anderer Stelle wieder eingesetzt werden. Die Kostenschätzung liegt bei ca. 20.000 €. Finanzmittel stehen hierfür im Jahr 2022 zur Verfügung.	<b>erledigt</b> <b>Hinweis:</b> <b>zurückgezogen lt. CDU</b>
436	BV West	CDU	5402	6	Der Geh- und Fahrradweg rund um den Golfplatz in Horst soll eine insektenfreundliche Beleuchtungsanlage mit Solarleuchten oder LED Lampen erhalten, eventuell kombiniert mit Bewegungsmeldern. Begründung: Erhöhung des Sicherheitsgefühls in den Abendstunden für Freizeitsportler und Fußgänger, insbesondere in den Herbst- und Wintermonaten.	x	zugestimmt		Eine Beleuchtungsanlage für den Geh- und Radweg rund um den Golfplatz in Horst ist technisch möglich, müsste aber mit einem komplett neuen Netzanschluss durch die Emscher Lippe Energie GmbH erfolgen. Planungen für die Realisierung durch Solarleuchten oder konventionelle LED-Leuchten wurden bereits prüfend gegenübergestellt. Eine erneute Kostenschätzung mit konventioneller LED-Beleuchtung liegt aufgrund der Länge der Wegeverbindung mittlerweile bei rund 200.000 € (mit Bewegungssensorik 220.000 €). Die Kosten für eine Beleuchtungsanlage mit Solarleuchten wird derzeit auf rund 180.000 € geschätzt. Künstliches Licht wirkt sich allerdings auch negativ auf naturnahe Räume (Naturschutzgebiete, Siedlungs- und Waldränder, Stadtparks und Ufer von Gewässern) aus, die besonders ökologisch wertvoll sind, da sie einen größeren Artenreichtum aufweisen als andere Gebiete und die letzten Refugien für seltenere Arten im Siedlungsraum oder in Siedlungsnähe sind. Der störende Einfluss von Beleuchtungsanlagen auf den naturnahen Raum müsste mitsamt der Verkehrsbedeutung für den betroffenen Weg noch geprüft werden.	<b>erledigt</b> <b>Hinweis:</b> <b>zurückgezogen lt. CDU</b>
437	HFBPD	FDP	5402	6	Sensorgestützte Straßenbeleuchtung (UNK) 10.000 Euro In der Produktgruppe 5402: Die Verwaltung wird beauftragt, 10.000 Euro in den Haushalt einzustellen und davon etwa 25 weitere sensorgestützte Beleuchtungsanlagen am Stadtwald und der August-Wibbelt-Straße (alte Beleuchtung, noch nicht auf LED umgestellt, daher größtes Einsparpotenzial. Alternativ in Erle: Fettingkotten, Flachsstraße) anzuschaffen. Begründung: Pro Tag gibt die Stadt Gelsenkirchen kapp 9000 Euro für die Straßenbeleuchtung aus. Um Energiekosten und die Lichtverschmutzung zu reduzieren, hält die FDP-Fraktion die Umrüstung der alten Beleuchtung für sinnvoll.	x.				<b>zugestimmt</b>
438	UNK	FDP	5402	6	Die Verwaltung wird beauftragt, 10.000 Euro in den Haushalt einzustellen und davon etwa 25 weitere sensorgestützte Beleuchtungsanlagen anzuschaffen. Begründung: Pro Tag gibt die Stadt Gelsenkirchen kapp 9000 Euro für die Straßenbeleuchtung aus. Um Energiekosten und die Lichtverschmutzung zu reduzieren, hält die FDP-Fraktion die Umrüstung der alten Beleuchtung für sinnvoll.	x	durchgelaufen		<i>Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.</i>	<b>erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)</b>

Antragsteller/Schritfführung					Fachdienststelle				HFBPD Beratungsergebnis am 02.12.2021	
Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	PG/Finanzstelle	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/)	Anfrage	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	
439	HFBPD	FDP	5402	6	Querungshilfen entsiegeln (UNK) 10.000 Euro In der Produktgruppe 5402: Die Verwaltung wird beauftragt, 10.000 Euro in den Haushalt einzustellen, um bis zu fünf innenstadtnahe Querungshilfen im Jahr 2022 zu entsiegeln. Wir schlagen die Querungshilfen (Hagenstraße am Michaelshaus und Husemannstr./Ecke Rothhauser Str.) vor. Dabei sollte versucht werden, Fördergelder zu akquirieren. Dort soll eine pflegeleichte Wildblumenwiese gesät werden, die nur zwei Mal im Jahr gemäht werden muss. Begründung: Der Klimawandel verdeutlicht, wie wichtig es ist, begrünten Freiraum zu nutzen und neue naturnahe Gebiete zu schaffen. Um dem Klimawandel und den Hitzeinseln auch im Kleinen entgegenzuwirken, fordern wir ein Entsiegelungsprogramm dieser Flächen, da es unter anderem das Kanalsystem entlasten und dafür sorgen würde, dass mehr Regenwasser direkt in das Erdreich versickern kann.	x.				zugestimmt
440	UNK	FDP	5402	6	Die Verwaltung wird beauftragt, 10.000 Euro in den Haushalt einzustellen, um bis zu fünf innenstadtnahe Querungshilfen im Jahr 2022 zu entsiegeln. Dabei sollte versucht werden, Fördergelder zu akquirieren. Begründung: Der Klimawandel verdeutlicht, wie wichtig es ist, begrünten Freiraum zu nutzen und neue naturnahe Gebiete zu schaffen. Um dem Klimawandel und den Hitzeinseln auch im Kleinen entgegenzuwirken, fordern wir ein Entsiegelungsprogramm dieser Flächen, da es unter anderem das Kanalsystem entlasten und dafür sorgen würde, dass mehr Regenwasser direkt in das Erdreich versickern kann.	x	durchgelaufen		Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.	erledigt durch modifizierten Antrag (s.o.)
441	AVM	Die Linke	5402	6	Fahrradzone Rothhausen die Linksfraktion beantragt, dass im Haushalt zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, um eine Fahrradzone Rothhausen im Siedlungsbereich zwischen der Achternbergstraße, Auf der Reihe und Steeler Straße einzurichten. Begründung: Das Viertel in dem genannten Bereich ist bereits eine Tempo 30 Zone. Aufgrund zahlreicher Geschwindigkeitsübertretungen vieler Autofahrer wird sicheres Radfahren gerade für ältere Radfahrer oft eingeschränkt. Eine Fahrradzone kann die Sicherheit verbessern und passt auch gut zu der möglichen Aufwertung der Lothringer Straße, die sich in diesem Viertel befindet.	x	durchgelaufen		Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.	abgelehnt
442	BV Mitte	CDU	5402	6	Fortführung des Graffiti Kunstwerkes für den östlichen Brückenkopf an der Unterführung der A 42 in Bismarck, vor allem mit dem Bezug zur Zoom Erlebniswelt. Die Kosten belaufen sich auf 6.000 Euro bis 10.000 Euro (vgl. Drucksache Nr. 20-25/1846).	x	zugestimmt		Die Umsetzung einer künstlerischen Wandgestaltung an dieser städtebaulich bedeutsamen Stelle sollte eine gewisse künstlerische und fachliche Qualität aufweisen. Zudem erfordert die Durchführung der Arbeiten technisches Equipment, was den Kostenaufwand nachhaltig beeinflussen kann.	zugestimmt

auszufüllen von:																		
Antragsteller/Schriftführung							Fachdienststelle											
Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	PG/Finanzstelle	VB	Antrags-/Auftragstext	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €					Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €					Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
								2022	2023	2024	2025	ff.	2022	2023	2024	2025	ff.	
501	AfB	B90/Die Grünen	1110	6	Haushalts-Änderungsantrag Mittelfristige Ziele (Investiv) 2022 - 2025, PG 1110  Es existiert ein Konzept zur nachhaltigen Versorgung aller Gelsenkirchener Schulen mit Trinkwasserspendern (vgl. auch Projekt Wasserwende von atiptap e. V.).	zurückgezogen											Zum Haushalt 2021 wurden bisher für alle 5 Schulbezirke jeweils 10.000 € angemeldet. Um die Kosten für die Versorgung von Trinkwasserspendern an allen Schulen im Stadtgebiet belastbar beantworten zu können, sind detaillierte Untersuchungen erforderlich. Das Referat Hochbau und Liegenschaften priorisiert die Aufgaben nach folgenden Faktoren: 1. Brandschutz, 2. Fördermaßnahmen, 3. Inklusion und 4. Schaffung von ausreichendem Schulraum.  <i>Hinweis: Antrag zwischenzeitlich zurückgezogen.</i>	
502	ABL	FDP	1110	6	Zielvereinbarungsantrag:Smarte Beleuchtung an Schulen und öffentlichen Gebäuden (Ifd. Nr. 6 der Anfragen zur ABL Sitzung) Um unnötige Beleuchtung zu vermeiden und Stromkosten langfristig zu senken, wird die Verwaltung beauftragt, bei Neubauten oder gravierenden Sanierungen von Schulen und öffentlichen Gebäuden eine smarte Beleuchtung zu installieren, da intelligente Beleuchtung, die zum Beispiel über Bewegungsmelder gesteuert wird, ein riesiges Potenzial hat, um den CO2-Verbrauch zu reduzieren.	zurückgezogen											<i>Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.</i>	
503	ABL	FDP	1110	6	Zielvereinbarungsantrag:Fassadenbegrünung (Ifd. Nr. 9 der Anfragen zur ABL Sitzung) Um Hitzeeinseln zu vermeiden, wird die Verwaltung beauftragt, bei Neubauten von öffentlichen Gebäuden begrünte Fassaden verbindlich vorzuschreiben.	zurückgezogen											<i>Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.</i>	
504	ABL	FDP	1110	6	Zielvereinbarungsantrag:PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden (Ifd. Nr. 10 der Anfragen zur ABL Sitzung) Um bis 2030 klimaneutral zu werden, wird die Verwaltung beauftragt, die 200 als geeignet eingestuften Liegenschaften der Stadt mit Photovoltaik auszustatten. Dies sollte über Fördergelder finanziert werden, kann aber auch über Verpachtung und KfW-Kredite geschehen.	zurückgezogen											<i>Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.</i>	
505	ABL	FDP	1110	6	Öffentliche Gebäude mit Solar/Photovoltaik ausstatten Die Verwaltung wird beauftragt, mindestens eine von den 200 als geeignet eingestuften Liegenschaften pro Jahr mit Photovoltaik auszustatten. Das Investitionsvolumen sollte 100.000 Euro nicht überschreiten und über das Erneuerbare-Energien-Gesetz mit 90 Prozent gefördert werden. Daher sollten 10.000 Euro für das Projekt in den Haushalt eintestellt werden. Die Stromkostensparnis und eventuelle Einspeiseerlöse sowie die weitere Kostensparnis nach Amortisierung der Anlage soll nach Abzug von Wartungs- und Versicherungskosten für weitere Projekte dieser Art eingesetzt werden. Begründung: Die großen Dachflächen von Schulen, Rathäusern, Turnhallen und weiteren öffentlichen Liegenschaften eignen sich besonders gut für PV Anlagen. Da der Strom für Licht, Computer, Kantinen in erster Linie tagsüber gebraucht wird, ist der Eigenverbrauch hoch und die Anlagen amortisieren sich innerhalb weniger Jahre.	zurückgezogen											<i>Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.</i>	





Antragsteller/Schritfführung								Fachdienststelle														
Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	PG/Finanzstelle	VB	Antrags-/Auftragstext	Abstimmungs- ergebnis (zugestimmt/ abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €					Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €					Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung				
								2022	2023	2024	2025	ff.	2022	2023	2024	2025	ff.					
510					Der Reitverein ist daran interessiert für seine Arbeit auch die vorhandenen Flächen des Fußballplatzes ohne zusätzliche Bebauung zu nutzen und ökologisch und klimatisch aufzuwerten. Er hat dazu bereits eine grobe Skizze zur Gestaltung dieser Fläche erarbeitet, die in eine solche Konzeptstudie mit einfließen könnte. Viele Anwohner*innen und auch der Reitverein haben bereits in der frühzeitigen Bürgerbeteiligung zum Bebauungsplanverfahren 437 entsprechende Forderungen sehr eindringlich zum Ausdruck gebracht.	zurückgezogen																
511	StePIA	B90/Die Grünen	5102	6	Machbarkeitsstudie zur Nutzbarmachung der vorhandenen Unterführung der Berliner Brücke als Rad- und Fußwegeverbindung (PG 5102) Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, in der Produktgruppe 5102 Räumliche Planung 25.000 € zur Finanzierung einer externen Machbarkeitsstudie zur Nutzbarmachung der vorhandenen Unterführung der Berliner Brücke als Rad- und Fußwegeverbindung einzustellen. Die Machbarkeitsstudie soll insbesondere die Fragestellungen aus der entsprechenden Haushaltsanfrage der GRÜNEN (unter lfd. Nr. 9 der Anfragen zur StePIA Sitzung) und den Antworten der Verwaltung dazu aufgreifen und erste grobe Kostenschätzungen vornehmen. Begründung: Hierzu verweisen wir zunächst auf die genannte Haushaltsanfrage und die Antworten der Verwaltung. Die Realisierung wäre ein großer weiterer Schritt in Richtung einer schnelleren und sichereren Radwegeverbindung zwischen Buer und City und damit in Richtung einer Verkehrswende für Gelsenkirchen. Die damit verbundenen vielfältigen Problematiken und Fragestellungen sollten im Rahmen der Machbarkeitsstudie untersucht werden. Hierdurch soll eine Entscheidungsgrundlage geschaffen werden, ob und in welcher Weise eine Realisierung sinnvoll ist. Ein besonderes Augenmerk sollte auf die möglichst weitgehende Vermeidung der Entstehung eines Angstraumes durch eine entsprechende Gestaltung der Unterführung gelegt werden. Des Weiteren sollten als wesentliche Elemente die Anbindungsoptionen an die Radwege an der Kurt-Schumacher-Straße Richtung Buer und die Möglichkeiten der Nutzung der Schalker Straße als Fahrradstraße zur Anbindung in Richtung City untersucht werden.	zurückgezogen																Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
512					Nicht zuletzt sollte untersucht werden, ob und wie möglicherweise der Schalker Markt zur Neugestaltung und Belebung in diese Planung eingebunden werden könnte. Selbstverständlich unter Einbeziehung der derzeitigen Eigentümer dieser Fläche.	zurückgezogen																





Antragsteller/Schriftführung								Fachdienststelle												
Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	PG/Finanzstelle	VB	Antrags-/Auftragstext	Abstimmungs- ergebnis (zugestimmt/ abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €					Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €					Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung		
								2022	2023	2024	2025	ff.	2022	2023	2024	2025	ff.			
517	BV West	B90/DIE GRÜNEN	5402	6	Änderung Produktgruppe 5401/5402 Hiermit beantragt die Bezirksfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Bezirkshaushalt West 2022 folgende Änderungen innerhalb der Produktgruppe 5401/5402 (Verkehrsplanung / Verkehrsplanungen und -einrichtungen): Aufnahme des Mittelfristigen Zieles: "Schaffung eines beidseitigen Radweges entlang der Flurstraße zwischen Ekhostraße und Theodor-Otte-Straße" Aufnahme des kurzfristigen Zieles: "Planung eines beidseitigen Radweges entlang der Flurstraße zwischen Ekhostraße und Theodor-Otte-Straße" sowie die Maßnahme zur Zielerreichung: "Wiederaufnahme der Gespräche mit Grundstückseigentümern zum notwendigen Grundstückserwerb"	zurückgezogen														Der hier vorgetragene Sachverhalt muss zunächst verwaltungsintern geprüft werden. Sollten die Voraussetzungen dafür gegeben sein, wird die Herstellung einer Radverkehrsanlage auf der Flurstraße in die Fortschreibung des Zukunftsprogramm Radverkehr aufgenommen.  <i>Hinweis: Antrag zwischenzeitlich zurückgezogen.</i>
518	ASA	B90/Die Grünen	5402	6	Für die Herrichtung bestehender Immobilien zu zwei Radstationen (Radabstellanlage plus Serviceangebot) am Hauptbahnhof und am ZOB Buer, die als Projekte des Sozialen Arbeitsmarkts gemäß Teilhabechancengesetz (§ 16i SGB II) betrieben werden sollen, werden investive Mittel in Höhe von 200.000 EUR bereitgestellt.	zurückgezogen														<i>Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.</i>
519	AVM	B90/Die Grünen	5402	6	„Die Mittel zum Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur werden ab dem Jahr 2022 um 1.400.000 Euro von bisher 1.600.000 Euro auf 3.000.000 Euro pro Jahr (2,6 Mio. EUR investiv; 0,4 Mio. EUR konsumtiv) erhöht.“ Begründung: Die Vorlage Zukunftsprogramm Radverkehr 2022-2026 (Vorlage 20-25/1980) beschreibt 44 Maßnahmen, mit denen der Radverkehr in den kommenden fünf Jahren gestärkt werden soll. Die dafür benötigten Mittel sind im Haushalt bislang nicht ausreichend vorhanden. Eine deutliche Verstärkung der entsprechenden Haushaltsmittel erscheint daher geboten, auch um den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur zu beschleunigen. Ein Haushaltsansatz in Höhe von 3.000.000 Euro entspricht in Gelsenkirchen einem Pro-Kopf-Betrag von ca. 11,50 Euro und erscheint als angemessener kommunaler Beitrag zu einer Gesamtaufwendung durch Bund, Land und Kommune für den Radverkehr in Höhe von 30 Euro je Person und Jahr, die als Empfehlung im Nationalen Radverkehrsplan 3.0 formuliert ist.	abgelehnt														<i>Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.</i>



Antragsteller/Schriftführung								Fachdienststelle												
Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	PG/Finanzstelle	VB	Antrags-/Auftragstext	Abstimmungs- ergebnis (zugestimmt/ abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €					Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €					Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung		
								2022	2023	2024	2025	ff.	2022	2023	2024	2025	ff.			
522	AVM	B90/Die Grünen	5402	6	Sanierung und Verbreiterung des Gehweges Schalker Straße auf der westlichen Seite kurz vor der Grenzstraße zwischen Grenz- und Grillostraße unter Wegnahme von Parkstellplätzen (Produktgruppe 5402 (Verkehrsanlagen und -einrichtungen)) Begründung: Der Gehweg im genannten Bereich der Schalker Straße ist sehr eng und aufgrund von Bodenanhebungen in einem sanierungswürdigen Zustand. Die Gesamtsituation ist für Menschen im Rollstuhl, gehbehinderte Personen oder für Eltern mit Kinderwagen unzumutbar und muss dringend geändert werden. Gespräche mit Grundstückseigentümern zwecks Grundstückserwerb für eine Verbreiterung des genannten Gehwegbereiches führten zu keinem Ergebnis. Die Entnahme von gesunden Bäumen für eine Gehwegverbreiterung ist eine schlechte Alternative in einer Zeit, in der es das Ziel ist, durch große Programme Stadtbäume aufzuforsten. Vor diesem Hintergrund bleibt zur Verbreiterung der genannten Engstelle lediglich der Wegfall von Parkstellplätzen, um den Gehweg auch begehbar zu machen. In diesem Fall würde die Gehwegbreite lediglich 2 m betragen, welches nicht einer barrierefreien Breite von 2,5 m entspricht. Dennoch würde diese Maßnahme zu einer erheblichen Verbesserung der Situation führen.	zurückgezogen														Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
523	AVM	FDP	5402	6	Zielvereinbarung - Bushaltestellen, die den Grundsätzen des "Digital Green" entsprechen (lfd. Nr. 16 der Anfragen zur AVM Sitzung) Die Verwaltung wird beauftragt, bei neuen, von den beiden kommunalen Verkehrsunternehmen BOGESTRA AG oder Vestische Straßenbahnen GmbH sowie der Werbefirma Fa. Ströer (Deutsche Städte Medien - DSM) geplanten FGU diese nur zu genehmigen, wenn die Flächen sinnvoller genutzt werden. Neue Haltestellen sollen den Grundsätzen des "digital Green" entsprechen, sie sollen zu Oasen für Wartende werden, die WLAN bieten, Strom produzieren und das Mikroklima verbessern (begrünte Wände und Solarpaneele auf den Dächern).	zurückgezogen													Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.	
524	AVM	B90/Die Grünen	5403	6	Zielvereinbarung als Mittelfristiges Ziel: „Aufnahme der Straßenbahnlinien 301 und 302 in das Nachtexpressnetz der Stadt Gelsenkirchen“ (Produktgruppe 5403 (ÖPNV (VRR-Umlage für Inanspruchnahme)) Begründung: Die Straßenbahnlinien 301 und 302 sind bis jetzt noch kein Teil des Nachtexpressnetzes. Sie bilden die Hauptstrecken des ÖPNV in der Stadt auf direkten Wege ab, ohne große Umwege in den Quartieren zu nehmen. Um den ÖPNV auszubauen und zu verstetigen ist diese Aufnahme zu den Nachtfahrzeiten an den Wochenenden notwendig, um so den Nachtschwärmern ein zusätzliches, attraktives Transportangebot zu machen. Dieses Angebot führt zu einer Stärkung des ÖPNV und des Nachtlebens in Gelsenkirchen gleichermaßen.	zurückgezogen													Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.	



auszufüllen von:																				
Antragsteller/Schriftführung									Fachdienststelle											
Lfd. Nr.	Gremium	Antragsteller	PG/Finanzstelle	VB	Antrags-/Auftragstext	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis (zugestimmt/abgelehnt)	Anfrage	Ansatz Entwurf 2022 in T €					Änderung ggü. Entwurf 2022 in T €					Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung	
									2022	2023	2024	2025	ff.	2022	2023	2024	2025	ff.		
601	BV Mitte	CDU	3602	4 1: PG 5502	Die CDU-Bezirksfraktion fragt, ob folgende Maßnahme im Haushalt 2022 ansonsten mittelfristig Berücksichtigung finden kann: Modernisierung und Erweiterung des bestehenden Mehrgenerationenspielfeldes im Burgers Park in GE Bulmke. Die Verwaltung wird gebeten, bis zur 2. Lesung des HFBPD die Kosten für einen 1. Bauabschnitt zur Aufwertung des Mehrgenerationenspielfeldes zu beziffern.			x												Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
602	BV Mitte	SPD	4201	4	Die SPD-Bezirksfraktion fragt, ob folgende Maßnahme im Haushalt 2022 ansonsten mittelfristig Berücksichtigung finden kann: In der Produktgruppe 4201 wird um Aufnahme einer Position zur Aufwertung / Erweiterung der Skateranlage am Kohlenbunker auf dem Gelände ehemals Schalker Verein gebeten.			x												Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
603	BV Mitte	SPD	5402	6	Die SPD-Bezirksfraktion fragt, ob folgende Maßnahme im Haushalt 2022 ansonsten mittelfristig Berücksichtigung finden kann: Umgestaltung der Magdalenenstr. ab der Henry-Dunant-Str. bis zum Bahnübergang. Das betrifft die Haushaltsstelle 6901 5402 025076 und soll ab 2023 bis 2024 in Angriff genommen werden. Im Rahmen Möglichkeiten, z. B. wenn andere Maßnahmen nicht kurzfristig möglich sind, wird um das Vorziehen dieser Maßnahme gebeten.			x												Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
604	BV Mitte	SPD	5402	6	Die SPD-Bezirksfraktion fragt, ob folgende Maßnahme im Haushalt 2022 ansonsten mittelfristig Berücksichtigung finden kann: Besprühen der weiteren Wände auf der Bismackstraße unter der Unterführung mit Themenbildern.			x												Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
605	BV Mitte	CDU	5502	1	Die CDU-Bezirksfraktion fragt, ob folgende Maßnahme im Haushalt 2022 ansonsten mittelfristig Berücksichtigung finden kann: Wiederherstellung der Boule Bahn im Burgers Park. Die Verwaltung möge bis zur 2. Lesung des HFBPD die Kosten für die Wiederherstellung ermitteln und entsprechend informieren.			x												Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.
606	BV Mitte	SPD	1110	6	Die SPD-Bezirksfraktion fragt, ob folgende Maßnahme im Haushalt 2022 ansonsten mittelfristig Berücksichtigung finden kann: Bereits für den letzten Haushalt wurde darum gebeten, die Musikschule Rolandstr. baulich zu verbessern. Hier soll auch eine rollstuhlfahrgerechte Nutzungsmöglichkeit geschaffen werden.			x												Keine Stellungnahme im Zuge der Haushaltsaufstellung.